

Antje Kreutzmann  
Steffi Kalz  
Silvana Sattelkau  
Marleen Schulze  
Juliane Specht

Widerstand junger Liberaler  
an der Oberschule Genthin  
1947-1949

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-  
heitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

---

	INHALT
Vorwort	2
Prolog	3
Erster Teil: Widerstand junger Liberaler an der Oberschule Genthin 1947–1949	
1. Kapitel: Jugend auf der Suche nach einem neuen Anfang	7
2. Kapitel: Junge Leute bilden ihre Interessenvertretung - Der Beginn der Arbeit einer Schülersvertretung	10
3. Kapitel: Die Schülersvertretung wird zu einem Organ demokratischer Mitbestimmung	14
4. Kapitel: Die Schülersvertretung und junge LDP-Mitglieder beginnen, Widerstand gegen das System zu leisten	21
5. Kapitel: Die Staatsmacht reagiert drastisch	30
6. Kapitel: Junge Leute sind der Willkür des Staates ausgeliefert	42
7. Kapitel: Die „Gruppe Kochheim“ - Opfer des Kalten Krieges?	59
8. Kapitel: Ein Vater kämpft um seinen Sohn	63
9. Kapitel: Rückerinnerung und Bewältigung	69
Zweiter Teil: Arbeitsbericht	84
Anhang: Verfassung der Schülersvertretung der Oberschule Genthin	121
Abkürzungsverzeichnis	124
Literaturverzeichnis	125

Redaktioneller Hinweis: Zitate sind in kursiver Schrift dargestellt. Die in Abschriften aus MfS-Unterlagen enthaltenen orthografischen und grammatischen Fehler wurden beibehalten.

In den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg war es auch in Ostdeutschland möglich, demokratische Einrichtungen, wie z. B. Betriebs- und Schülerräte aufzubauen. Mit dem Entstehen zentraler Verbände unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) wurde diese Arbeit jedoch zunächst behindert und wenig später verboten.

In der vorliegenden Broschüre machten sich fünf Schülerinnen einer 12. Klasse des Bismarck-Gymnasiums in Genthin auf die Suche nach den Schicksalen ehemaliger Schüler, welche sich in der Zeit von 1947 bis 1949 für eine unabhängige Schülervertretung an ihrer Schule eingesetzt hatten. Die Arbeit wurde 1999 als Beitrag zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten zum Thema „Aufbegehren, Handeln, Verändern. Protest in der Geschichte“, ausgerichtet von der Körber-Stiftung Hamburg, eingereicht. Dort bekam sie einen ersten Preis.

Neben den Ergebnissen der Archivrecherchen und Gespräche enthält der Beitrag einen umfangreichen Arbeitsbericht. Hier wird besonders gut beschrieben, wie die jungen Menschen sich dem Thema genähert haben, auf welche Schwierigkeiten sie in den Archiven stießen und wie sie sich auf die Gespräche mit den damaligen Schülern, vorbereiteten. Im Verlauf der Arbeit kam es so zu einer Begegnung zwischen Menschen sehr unterschiedlichen Alters. Diese Auseinandersetzung mit Geschehnissen vor Ort fördert das Verständnis von Geschichte, indem sie lokale und manchmal auch familiäre Ansatzpunkte für Gespräche bietet.

Dieser Beitrag wurde in die Reihe „Sachbeiträge“ aufgenommen, um Schülern und Lehrern Mut zu machen, sich auf eine ähnliche Spurensuche in ihrem Bereich einzulassen. Beispiele von Verfolgungen aus politischen Gründen gibt es an jeder Schule, man sollte ihnen nachgehen - um der Betroffenen willen, aber auch zur Vermittlung historischer Zusammenhänge.

Edda Ahrberg  
Landesbeauftragte

Am 27. Januar 1950 verurteilte das sowjetische Militärgericht Halle sieben Jugendliche, darunter vier Oberschüler, wegen angeblicher Spionage, illegaler Gruppenbildung und antisowjetischer Hetze zu insgesamt 170 Jahren Haft:



**Hansjochen Kochheim,  
20 Jahre**

Abitur, dann Kreisjugendreferent der LDP und jüngster Abgeordneter des Deutschen Volkskongresses, verhaftet am 10.8.1949, inhaftiert im Lager Taischet, Sibirien

Foto: Privatarchiv Kochheim



**Wolfgang Niemeyer, 21 Jahre**

Abitur, dann Praktikant in einem Baugeschäft, will Bauwesen studieren, verhaftet am 27.8.1949, inhaftiert in Bautzen und Torgau

Foto: Privatarchiv Niemeyer



**Joachim Würdig, 19 Jahre**

Oberschüler, 12. Klasse,  
verhaftet am 2.9.1949,  
inhaftiert in Bautzen

Foto: Privatarchiv Würdig



**Franz Freitag, 17 Jahre**

Oberschüler, 11. Klasse,  
verhaftet am 11.8.1949,  
inhaftiert in Bautzen

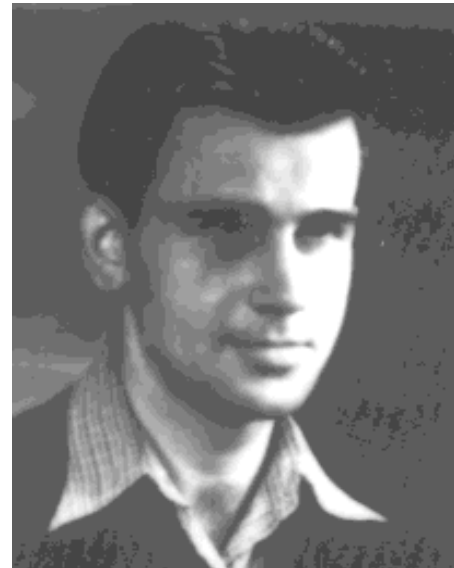
Foto: Privatarchiv Freitag



**Gerhard Nühs, 21 Jahre**

Elektrikerlehre beendet,  
arbeitet als Sattler,  
verhaftet am 11.8.1949,  
inhaftiert in Bautzen

Foto: Privatarchiv Nühs



**Fritz Dammasch, 28 Jahre**

ältestes Gruppenmitglied,  
Lagerist,  
verhaftet am 27.8.1949,  
inhaftiert in Bautzen und Branden-  
burg

Foto: Privatarchiv Dammasch



**Horst Meusel, 21 Jahre**

Student,  
verhaftet am 1.9.1949,  
inhaftiert in Bautzen

Foto: Privataarchiv Meusel

**Die Geschichte dieser jungen Leute steht im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit.**

## Erster Teil:

### Widerstand junger Liberaler an der Oberschule Genthin 1947–1949

*Wir haben heiß diskutiert über Marxismus, den Sprung von Quantität zur Qualität und den Einfluss der Umwelt auf die Menschen.*

(Niemeyer 1998 a, S. 2)

## 1. Kapitel

### Jugend auf der Suche nach einem neuen Anfang

Wir schreiben das Jahr 1945. Der Krieg ist zu Ende, Deutschland ist geschlagen und zerstört, es gibt keinen deutschen Staat mehr.

Die damals Fünfzehn- bis Sechzehnjährigen, die die letzten Kriegsmonate als Flakhelfer oder in Panzernahkampfteinheiten das letzte Aufgebot Hitlers waren, kehrten geschlagen und demoralisiert aus dem Krieg zurück. Wolfgang Niemeyer hatte ein Bein verloren, Hansjochen Kochheim konnte aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft fliehen und musste sich nach zehntägigem Fußmarsch durch schwelende Wälder, vorbei an verwesenden Leichen und Tierkadavern, verstecken, um als entfloherer Kriegsgefangener nicht wieder eingesperrt zu werden (vgl. Kochheim 1997, S. 6).

Sie alle hatten aber auch noch etwas anderes verloren: ihre Hoffnungen, ihre Ideale, ihre Lebensvorstellungen. Sie sahen sich als traurige, geschlagene Truppe (vgl. Niemeyer 1998 a, S. 2) ohne Sinn und Ziel.

Ihre Jugend, ihr ganzes bisheriges Leben war vom Nationalsozialismus geprägt worden. So empfanden sie den Zusammenbruch 1945 als unvorstellbares Erlebnis (vgl. Kochheim 1998 a, S. 2).

Erst nach und nach erfuhren sie von den unsäglichen Verbrechen des nationalsozialistischen Systems. Niemeyer berichtet, wie er im Lazarett in Oberschlesien von einem Mitpatienten, einem ehemaligen Aufseher von Auschwitz, hörte, dass die Juden im Lager vor Hunger sogar Gras gegessen haben und fand es schrecklich, all das zu verkraften, was passiert war. Von der Vergasung der Juden erfuhr er hier noch nichts (vgl. Niemeyer 1998 a, S. 2).

Die jungen Leute waren zutiefst enttäuscht durch die Erkenntnis, in ihrem Glauben betrogen worden zu sein, nach falschen Idealen gelebt zu haben, fühlten sich als verlorene Generation.

Nie wieder solch falschen Idealen aufzusitzen, sich verdummen zu lassen, sich benutzen zu lassen, alles kritisch zu prüfen, das war ihre wichtigste Erkenntnis (vgl. Niemeyer 1998 a, S. 2).

Nach und nach entstand in den frühen Nachkriegsjahren neben dem Gefühl der Niederlage und Enttäuschung auch die Hoffnung auf einen Neubeginn. So war diese Zeit vor allem auch durch die Suche nach neuen Wegen, neuen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und des politischen Aufbruchs gekennzeichnet.

Auch Kochheim, Niemeyer, Nühs, Dammasch, Meusel und etwas später die Jüngeren, Würdig und Freitag, wollten an diesem Neuanfang teilhaben und gemeinsam mit all den anderen einen neuen Staat aufbauen. Der sollte vor allem anders sein als der Nazistaat, darüber waren sich alle einig. Wie etwas Neues zu erreichen war, das wusste man jedoch noch nicht.

Die Suche nach neuen Wegen wird in der Schilderung Niemeyers besonders plastisch:

*Da kam dann auch die KPD und ich dachte, na dann gehst du da mal hin und hörst dir an, was die wollen.*

*Da hab ich dann abends mit anderen gemeinsam als Gast in einer Jugendgruppe gehockt. Wir haben heiß diskutiert über Marxismus, den Sprung von Quantität zu Qualität und den Einfluss der Umwelt auf die Menschen.*

*Natürlich über die Veränderung der Lebensumstände, die uns zu besseren Menschen machen müssten und das wäre der Weg in eine bessere Gesellschaft. Ich will damit sagen, wie wir auf der Suche waren und auch die KPD begreifen wollten. Sie hatten ein Rezept, das sehr eingängig war. Wenn man an die Not damals denkt, versteht man, dass sie so großen Zulauf hatten.*

*Aber es erschien mir doch nur als schöne Utopie.* (Niemeyer 1998 a, S. 2)

Dass die marxistischen Theorien außerdem mit dem Kommunismus, wie er in der Sowjetunion und in der späteren DDR praktiziert wurde, überhaupt nichts gemein hatte, wurde den jungen Leuten bald bewusst. Das wird in einer ebenfalls von Niemeyer erzählten Episode deutlich:

*Dann erblickte ich Margot, die spätere Frau von Honecker auf einer Dorfversammlung. Die Versammlung schloss mit einem Lied „Im Kreml brennt noch Licht, Väterchen Stalin denkt für uns“. Und wenn dann ein Mann wie Ulbricht, der in Russland das alles miterlebt hat und wissen muss, welche Verbrechen geschehen sind, Stalin als großes Vorbild hinstellt, ist das für mich Verdummung. Und solche Verdummung, die hatten wir schon vorher bei den Nazis.* (Niemeyer 1998 a, S. 3)

Auch die FDJ spielte beim Suchen der Jugend nach neuen Wegen eine große Rolle. Die in den Statuten dieses Verbands formulierten Grundsätze wie der Erhalt der Einheit Deutschlands, die Gewinnung der Jugend für Demokratie, Frieden und Völkerverständigung sowie die Mitbestimmung der jungen Generation im Staat entsprachen den Zielen vieler Jugendlicher. Aber auch hier zeigte sich bald der Widerspruch zwischen theoretischem Anspruch und praktischer Realität (vgl. Dammasch 1998, S. 1).

Auf der Suche nach Gleichgesinnten trafen sich die Oberschüler Hansjochen Kochheim, Wolfgang Niemeyer, Achim Würdig und Franz Freitag und Jugendliche aus der Stadt Genthin, Fritz Dammasch und Gerhard Nühs. Später stieß Horst Meusel aus Neuhaldensleben zu der Genthiner Gruppe.

Vereint waren sie in dem Gedanken, tatsächlich etwas anderes zu versuchen – Demokratie.

Allen war klar, dass sie sich dabei nicht nur auf den Staat verlassen konnten. Wollten sie wirklich etwas erreichen und neue Weichen für die Zukunft stellen, so mussten sie versuchen, aus eigener Kraft etwas Neues zu schaffen.

*Das kann man nur verstehen, wenn man daran denkt, dass Schüler in dem Alter Hunger hatten (...) da kann man heute nur drüber lachen, diese pap-pigen Brötchen. Aber die waren ein wertvolles Stück Essen und wir haben dann erfahren, dass die über-zähligen Brötchen im Lehrerkollegium gegessen wurden. (Kochheim 1998 a, S. 3)*

## 2. Kapitel

### Junge Leute bilden ihre Interessenvertretung

#### - Der Beginn der Arbeit einer Schülervertretung

Im Juni 1945 wurde in der „Staatlichen Oberschule für Jungen in Aufbauform“, später Oberschule Genthin, der Schulbetrieb wieder aufgenommen.

Allerdings fand noch kein regulärer Unterricht statt. *Um die Schüler nicht ohne Betreuung zu lassen, wurden sie in den allgemeinen Arbeitseinsatz eingegliedert (...) Neben Feldarbeit in der Umgebung der Stadt sind sie mit (...) der Instandsetzung ihrer Schulgebäude (...) beschäftigt.* (Schulchronik, 23. Juni 1945)

Der eigentliche Unterricht begann dann am 1. September 1945.

Von der Lehrerschaft wurden dabei erzieherische Probleme durch den teil-weise großen Altersunterschied der Schüler festgestellt (vgl. Schulchronik, 6.12.1946).

Schüler, die vor dem Ablegen des Abiturs zum Einsatz als Flakhelfer bzw. in die Wehrmacht einberufen worden waren, und die jetzt in die Schule zu-rückkehrten, hatten natürlich andere Lebenserfahrungen als ihre jüngeren Klassenkameraden.

Es waren vor allem diese älteren Schüler, die sich um die Verbesserung der materiellen Belange der Schülerschaft kümmerten, sei es z. B. die Lebens-mittelversorgung der Schüler oder die Versorgung mit Tabakwaren. So kann man in diesen Bestrebungen die Anfänge der Arbeit einer Schülerinteressenvertretung sehen.

Für dieses Gremium werden in den Quellen verschiedene Begriffe verwen-det: Schülervertretung, Schülerrat, Schüler selbstverwaltung, Schülerbeirat, auch die Abkürzung SV, bis sich dann die Bezeichnung Schülervertretung durchsetzt. Alle Begriffe sind hier als Synonyme zu betrachten.

Ende 1946 begannen die Vorbereitungen zur Bildung einer Schülervertretung: Es gab zwar noch keine Satzung und keine offizielle Wahl, aber Klassen-sprecher hatten sich schon seit längerer Zeit getroffen und Probleme be-sprochen (vgl. Kochheim 1997, S. 6).

Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Interessenvertretung stand zunächst die Beseitigung bzw. Linderung der großen materiellen Not.

*Die [zu diesem Zeitpunkt noch inoffizielle, d. Verf.] Schülervertretung der Oberschule Genthin gibt ein Rundschreiben heraus an alle Schülervertre-tungen der Oberschulen des Bezirkes Magdeburg, um eine gemeinsame Eingabe an die SMAD Berlin wegen der Lebensmittelkarteneinstufung der Oberschüler zu machen. An dieser Eingabe beteiligen sich folgende Ober-schulen: Halberstadt, Wernigerode, Schönebeck, Barby, Calbe, Genthin.* (Schulchronik, 3.3.1947)

Im Juli 1947 stellte dieses Gremium beim Bürgermeister von Genthin einen Antrag auf Ausgabe von „Raucherkarten“ an Schüler, also Bezugscheinen für Tabakwaren.

Sie baten ihn auch dafür Sorge zu tragen, dass die Schüler mit frischeren Brötchen beliefert würden (vgl. Schulchronik, 30.7.1947).

Die Schülerschaft erhielt vom Bürgermeister die Antwort, dass die Versor-gung mit Tabakwaren durch Befehle der Besatzungsmacht geregelt sei. Er würde jedoch die Bitte der Schüler dem Amt für Handel und Versorgung bei der Deutschen Zentralverwaltung in Berlin weiterleiten (vgl. Schulchronik, 23.8.1947). Doch mit dieser Auskunft gab sich die Schülervertretung nicht zufrieden. Sie wandte sich Anfang September mit ihren Problemen an die Jugendredaktion des Berliner Rundfunks.

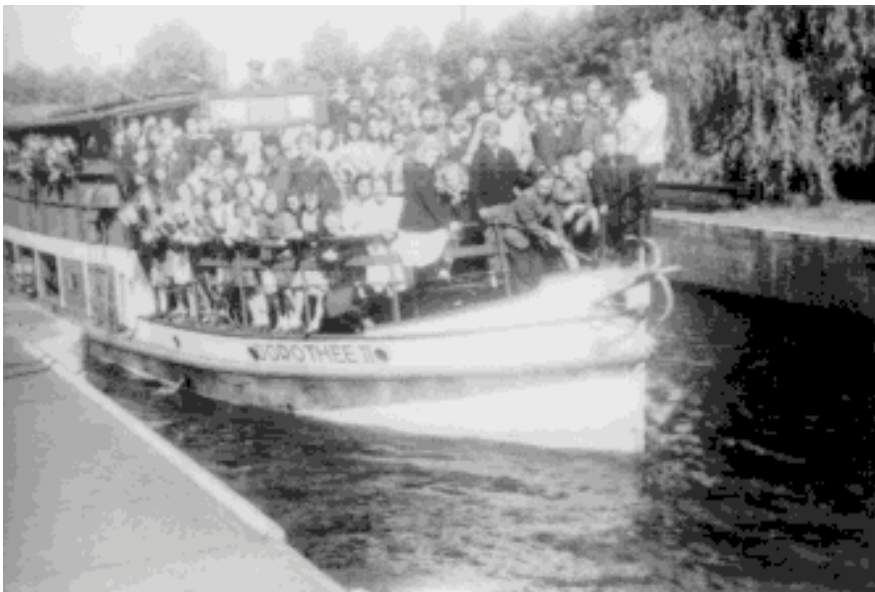
*Die Jugendlichen erwarten, daß die Verfügungen (...) dahingehend geän-dert werden, daß die Oberschüler (über 14 Jahre) in eine höhere Lebensmit-telkartengruppe eingestuft und daß ihnen mit Erreichung des 18. Lebens-jahres die Raucherkarten zugestanden werden. Sie bitten (...) durch den Rundfunk von der zuständigen Behörde eine ausführliche Stellungnahme zu unterbreiten.* (Schulchronik, 3.9.1947)

Gleichzeitig wurde ein Schreiben der Schülerschaft mit der entsprechenden Forderung an das Ministerium für Handel und Versorgung in Halle gesandt (vgl. Schulchronik, 8.9.1947).

Ähnliche Aktivitäten entwickelte die Schülervertretung *in bezug auf Spinn-stoff- und Schuhzuteilung* (Strube 1948, S. 2). Sie bemühte sich auch, die Versorgung mit Schulheften zu verbessern. Hier konnte sie jedoch *infolge der überall herrschenden Knappheit keinen durchschlagenden Erfolg erzie-len.* (Strube 1948, S. 2)

Der Vertretung gelang es, einen für die Fahrschüler günstigeren Stunden-plan durchzusetzen (vgl. Strube 1948, S. 2).

Natürlich wirkte sich diese auf die Interessen aller Schüler gerichtete Tätig-keit der Schülervertretung auf ihr Ansehen in der Schule aus, besonders,



Dampferfahrt auf dem Plauener See 1948 (Privatarchiv Kochheim)

wenn sie sich auch einmal gegen das Lehrerkollegium stellte. Eine von Kochheim geschilderte Episode macht das deutlich:

*Also, die Mitschüler haben eifrig in der Schülervertretung mitgemacht, das hat großen Anklang in der Schule gefunden und hat zu einer wirklichen Vertretung in den Klassen geführt, weil wir uns durchaus auch mal gegen das Lehrerkollegium gewandt haben. Das kann man nur verstehen, wenn man daran denkt, dass Schüler in dem Alter Hunger hatten. Wir kriegten eine Schulspeisung, die bestand aus einem dunklen Roggenbrötchen. Die wurden von den Lehrern verteilt, und es blieben immer welche übrig. Wir haben als Schülervertretung von den Lehrern Transparenz gefordert, da kann man heute nur drüber lachen, diese pappigen Brötchen, aber die waren ein wertvolles Stück Essen, und wir haben dann erfahren, dass die überzähligen Brötchen im Lehrerkollegium gegessen wurden. Das haben wir bemängelt, und fortan wurden die Brötchen durch die Schülervertretung verteilt. Das hat das Kollegium ohne weiteres hingenommen. (Kochheim 1998 a, S. 3)*

Neben der Verbesserung der täglichen Lebensbedingungen der Mitschüler sah die Schülervertretung ihre Aufgabe besonders in der Verbesserung der Unterrichtsbedingungen, in der Unterstützung des Lernens sowie in der Förderung des Gemeinschaftslebens. So setzte sie sich für die Wiedereinfüh-

rung des regelmäßigen Sportunterrichts ein, organisierte Schülerwettstreite und setzte die Einführung von freiwilligen Arbeitsgemeinschaften in Erdkunde, Geschichte und Religion zur Vertiefung des Unterrichtsstoffes durch.

Die Schülervertretung organisierte Schülerfeste und Dampferfahrten, Kino- und Kulturabende für Schüler mit ermäßigten Preisen und zahlreiche Sportwettkämpfe.

Bei allen Maßnahmen gab es eine enge Zusammenarbeit mit dem Lehrerkollegium (vgl. Strube 1948, S. 2).

Um das Ansehen der Schule nach außen zu verbessern, traten die von der Schülervertretung gebildete Laienspielgruppe und der bereits bestehende Chor in der Öffentlichkeit auf.

Zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung mit Brennmaterial wurden sonntags freiwillige Holzaktionen organisiert (vgl. Strube 1948, S. 3).

Die Schülervertretung gab eine eigene Schülerzeitung, „Das Sprachrohr“, heraus.



Laienspielgruppe 1947 - „Der Nachtwächter“ (Privatarchiv Kochheim)



Volkstanzgruppe 1948 (Privatarchiv Kochheim)

Anlässlich der Abiturfeiern verabschiedete sie alle Abiturienten mit einer persönlichen Urkunde.

Kennzeichnend für diese erste Phase des Bestehens der Schülervertretung an der Oberschule Genthin ist eine überwiegend unpolitische, auf die Verbesserung allgemeiner Lebens- und Lernbedingungen der Schüler gerichtete Tätigkeit.

Am 6. September 1947 wurde dann eine offizielle Schülervertretung mit Satzung und Geschäftsordnung gewählt. Die Arbeit dieser Gremiums erreichte nun eine neue Qualität.



*Und wir haben als junge Menschen das durchaus wörtlich genommen mit der Demokratie. (Kochheim 1998 a, S. 2)*

### 3. Kapitel

#### Die Schülervertretung wird zu einem Organ demokratischer Mitbestimmung

In einem Schreiben an den Bildungsminister des Landes Sachsen-Anhalt berichtete Schulleiter Jänicke im Februar 1948 von der Bildung einer Schüler selbstverwaltung an der Oberschule Genthin.

*Unsere Schüler sind im vergangenen Herbst mit dem Wunsch an mich herangetreten, eine Schüler selbstverwaltung (Schülerbeirat) ins Leben zu rufen (...) Die SV gibt eine eigene wöchentlich erscheinende Wandzeitung heraus (...) Dann hat sich die SV ausgezeichnet im außerschulischen Einsatz bewährt (...) ebenso finde ich in der SV eine gute Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Schulordnung (...) Ich habe sie (...) frei schalten und walten und sich organisch entwickeln lassen. (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 7310, S. 236)*

Obwohl die Schülervertretung zu diesem Zeitpunkt bereits fast ein halbes Jahr bestand, berichtet der Schulleiter erst jetzt über sie. Er begründet das mit der Durchführung eines von den Schülern organisierten Schulfestes, dessen vollen Erfolg [er, d. Verf.] *abwarten und mitmelden wollte*. (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 7310, S. 236)

Der tatsächliche Grund ist wahrscheinlich jedoch eine erst Anfang 1948 durch das Ministerium per Rundschreiben erlassene Verfügung zur Bildung von Schüler selbstverwaltungen (vgl. LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 7310, S. 236). Offensichtlich hielt es Jänicke bis dahin für besser, der vorgesetzten Behörde nichts über die Angelegenheit zu berichten.

Im Sommer 1947 wurde durch die seit längerer Zeit arbeitende Schülervertretung die offizielle Gründung vorbereitet. Dazu wurden ein Wahlgesetz sowie der Entwurf für eine Geschäftsordnung und eine Verfassung ausgearbeitet.

Maßgeblichen Anteil daran hatte Hansjochen Kochheim, der auch in den vergangenen Monaten Motor und führender Kopf bei allen Initiativen der Schülervertretung gewesen war. Jetzt, zum Zeitpunkt der offiziellen Gründung, war er Schüler der 12. Klasse.

Am 6.9.1947 fand dann die erste öffentliche ordentliche Sitzung des Schüler rates, bestehend aus den einzelnen Klassenvertretern, statt. Kochheim wurde zum 1. Vorsitzenden, Hänicke und Bölker zu Stellvertretern gewählt. Der

Entwurf der Geschäftsordnung wurde bestätigt (vgl. Schulchronik, 6.9.1947). Somit bestand seit dem 6.9.1947 an der Oberschule Genthin eine demokratisch gewählte Schülervertretung.

Das Lehrerkollegium hatte *zunächst Bedenken dahin geäußert, daß sich der Schülerbeirat in Angelegenheiten zu mischen versuchen würde, die man nicht aus der Hand geben könne* (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 7310, S. 236), führte Jänicke dazu im Bericht an den Minister aus. Es war ganz persönlich sein Verdienst, die Lehrerschaft davon zu überzeugen, *daß es zur wahrhaft demokratischen Erziehung beitrage, die Schüler an der Vertretung und Verwaltung ihrer eigenen Belange zu beteiligen*. (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 7310, S. 236)

Er musste dabei deutlichen Widerstand einiger Lehrer gegen ein Mitbestimmungsgremium der Schüler überwinden (vgl. Protokolle, S. 163).

In den kommenden Wochen wurde der Entwurf für eine Verfassung der Schülervertretung öffentlich diskutiert. Die Lehrer beanstandeten den Artikel 16, der formulierte, die Schülervertretung sei beratendes Organ der Lehrerschaft sowie das im Artikel 28 festgeschriebene passive Wahlalter von 16 Jahren (vgl. Protokolle, S. 141). Aus dem Artikel 16 wurde die beanstandete Formulierung entfernt, das Wahlalter von 16 Jahren blieb bestehen.



Abiturienten des Jahrganges 1948 mit ihrem Klassenlehrer Dr. Schirmer - Hansjochen Kochheim ganz rechts (Privatarchiv Kochheim)

Am 26.11.1947 trat die geänderte Verfassung dann in Kraft. Sie beinhaltete in fünf Abschnitten besonders Rechte und Pflichten der Schüler, Aufgaben und Befugnisse von Schülervertretung und ihrem Vorstand, die Stellung des Vertrauenslehrers und formale Festlegungen für die Arbeit des Gremiums.

Von Anfang an betonte die Schülervertretung als ihre wichtigste Aufgabe *Die Vertretung der Interessen der Schülerschaft, die vertrauensvolle Verständigung mit dem Lehrkörper und die Erziehung der Schülerschaft zu demokratischem Denken und Handeln.* (Strube 1948, S. 3)

Als wichtiger Grundsatz der gesamten Tätigkeit wurde die absolute Überparteilichkeit formuliert (vgl. Kochheim 1998 a, S. 3).

Bereits in den Tagen unmittelbar nach ihrer Gründung zeigten sich jedoch Probleme, die sich in den nächsten Monaten noch verschärften.

Im Protokoll der Schülervertretungssitzung vom 23.9.1947 wird über Differenzen mit der FDJ berichtet, die an der Zugehörigkeit einer zu bildenden Schachgruppe sichtbar wurden: Sollte sie „Schulschachgruppe“ oder „FDJ-Schachgruppe“ heißen? (vgl. Schulchronik, 23.9.1947)

Bölker, stellvertretender Vorsitzender der Schülervertretung, formulierte im „Sprachrohr“ 1948 dieses Problem:

*Ueber allem stand uns das Bestreben nach enger Zusammenarbeit mit unserem Lehrerkollegium und dem Elternbeirat, desgleichen mit der FDJ, soweit deren Ueberparteilichkeit in jeder Hinsicht gewahrt bleibt. Denn im Hinblick auf die Parteien hat sich die SV gegen jede Einmischung irgend welcher parteipolitischer Bestrebungen ausgesprochen, um eine ungehinderte Arbeit der SV zu ermöglichen. Trotz allem aber ist es eines unserer Hauptziele, die Jugend zu demokratischem Denken und Handeln anzuregen.* (Strube 1948, S. 3)

Der Druck, den die FDJ auf die Schülervertretung ausübte, wurde zunehmend stärker. Obwohl zwei Vertreter der FDJ-Gruppe Mitglied der Schülervertretung waren, wurden wahrscheinlich durch die FDJ-Kreisleitung massive Vorwürfe gegen dieses Gremium erhoben, so dass die Schülervertretung in ihrer Sitzung am 23.1.1948 beschloss, sämtliche Vorwürfe zurückzuweisen und einen Vertreter der Kreisleitung zu einem klärenden Gespräch aufzufordern (vgl. Schulchronik, 23.1.1948).

Auch die von der Schülervertretung ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaften bekamen diesen Druck zu spüren. So gab es auf der Sitzung am 23.1.1948

*Diskussionen über die Übernahme des Schulchores in die FDJ-Schulgruppe als „FDJ-Chor der Oberschule“. Die Mitglieder des Chores haben die Über-*

**Das Sprachrohr**  
Wandchrift der Oberschule Genthin: Sonderausgabe zum Abschlussfest am 23. Juli 1948  
Preis 1.- RM    Redaktion: Gisela Strube, Klaus Händel

**Zum Geleit** • Wir sind in der glücklichen Lage am heutigen Abichtstag unsere Wandzeitung „Das Sprachrohr“, die sonst ihre Aufgabe an der Wand hängend erfüllt, in einer gebrauchten Ausgabe unseren Lesern in die Hand zu legen. Wir sehen heute kurz vor der Ende eines Schuljahres und 2 Klassen – Klasse 12 und 10 m – verlassen uns. Ein Jahr ausgefüllt mit mehr oder weniger Arbeit, mit den Sorgen und Nöten des Alltags und mit den Ereignissen in unserer Schule liegt hinter uns. Und heute blicken wir auf das hinter uns liegende Schuljahr zurück, und das Hauptthema unserer heutigen Sonderausgabe heißt ja auch: „Rückblick auf unser Leben in der SV und in der Wandzeitung“. Aber wir wollen nicht nur Rückblick halten und uns auf eventuell erhaltene Verbesserungen ausruhen, sondern wir wollen aus den Ereignissen des letzten Schuljahres lernen und sehen, was sich im nächsten Schuljahr besser machen lässt. Gleichzeitig soll diese Ausgabe den Lesern unter uns wertvollen Einblick in die Probleme, die uns in der großen Gemeinschaft Schule beschäftigen. Der uns zur Verfügung stehende Raum gestattet uns nicht, alle kleinen Ereignisse unseres Schullebens aufzuführen, aber die Hauptprobleme sind kurz umrissen. So möchte ich mit dem schönen Spruch von Goethe schließen:  
Tages Arbeit! Abends Gäste! Saure Wochen! Frohe Feite!  
Die Redaktion der Wandzeitung wünscht allen Gästen, Lehrern und Schülern einen angenehmen Verlauf des heutigen Abends und wünscht den Schülern, die unsere Gemeinschaft verlassen, viel Glück und Erfolg auf ihrem Lebensweg.  
Klaus Händel

**Unsere Arbeit** • Zum letzten Male kann ich als Mitarbeiter unserer „Sprachrohr“ hier das Wort ergreifen und möchte deshalb einen Rückblick auf unsere Arbeit im vergangenen Jahr geben.  
Mit sehr großer Begeisterung wurde im Oktober des vorigen Jahres der Gedanke einer Wandzeitung aufgenommen. Aber diese Begeisterung legte sich schnell, als sich herausstellte, dass die händische und regelmäßige Herausgabe einer Wandzeitung viel Arbeit verlangt. Ganz besonders in der ersten Zeit verstand man es nicht, die notwendige Arbeit richtig zu verteilen. Gern wurde die Wandzeitung von allen gelesen, doch zur Mitarbeit kam es nicht. Damit legte eine fruchtlose Zeit für unsere Wandzeitung ein, die an ihren Grundlagen rüttelte und alle unsere schönen Pläne zunichte zu machen drohte. Die Wenigsten sahen ein, dass eine Zeitung, die sich das „Sprachrohr“ der Schülerschaft nennt, nur dann überhaupt existieren kann, wenn sie auch wirklich die Meinung der gesamten Schülerschaft zu erfassen fähig ist. Aus dieser Situation heraus, fanden wir schließlich den Weg, auf dem die Mitarbeiter an der Wandzeitung nicht nur uns Freude machen würde. Wir mussten an den Gemeinschaftsgeist unserer Kameraden appellieren. Aus den tiefen Erlebnisnissen jedes der heutigen jungen Menschen trat uns der Ruf entgegen, der nicht mehr über seine eigene Not hinwegsehen konnte. Das Schicksal aber dabei war, einer von vielen konnte viele anreden, die dann auch glaubten, nur durch egoistisches Handeln durch unser heutiges Leben zu kommen. Unser Kampf galt diesen Elementen – die sich nicht nur in unserer Schule breit machen – und wir glaubten an den geliebten Kern unserer heutigen Jugend, als wir schrieben, jeder Mensch sollte stets die Gedanken empfangen: Ich gehöre in eine Gemeinschaft hinein und setze mein Ziel darin, für diese Gemeinschaft zu wirken. Wir mussten aber auch bemerkt sein, diese Idee von der Zusammengehörigkeit in der Gemeinschaft zu verwirklichen, denn dann konnte sie erst wirken werden. Diese Aufgabe aber stellt die Wandzeitung und unsere Schülervertretung noch zum größten Teil bevor. Die Grundlage für die Verwirklichung dieser Aufgabe ist gegeben, denn viele haben jetzt nicht mehr abgelehnt. Die Wandzeitung steht mit der Schülerschaft in enger Verbindung, und in einer Besprechung am 3.5.48 erklärten sich 12 Schüler zur hängigen Mitarbeit an unserer Wandzeitung bereit. Ihre zukünftige Arbeit wird klar umrissen, wenn es heißt: Das Arbeits der Wandzeitung dient der gesamten Schülerschaft und kann nur wirken, wenn die Mitarbeiter sich bewusst sind, dass sie in demokratischer Weise durch ihre Abhandlungen der Schülerschaft dienen; und, die Arbeit der Wandzeitung muss auf eine genügend große Anzahl von geeigneten Schülern verteilt werden, um jede Überforderung eines einzelnen Schülers, und die Abhängigkeit der Arbeit von einem einzelnen Schüler, zu verhindern. Für das neue Schuljahr möchte ich dem „Sprachrohr“ viele gute Gedanken.    Gisela Strube

**Die „Strolch“ ist weg!!!** • Die „Strolch“ ist weg! Ein Kater geht durch das ehrwürdige Schulgebäude. Im Treppenzimmer sieht halbgeborene Menschen in tiefem Schweigen. Jeder legt an seinem geistigen Auge die Schreckensbilder der Vergangenheit vorüberziehen: Rauchende Kassenjense mit Bierleichen und verengten Kassen (15 RM pro Stück), raufender Dutt im Klassenzimmer und im aufgewühlten Staub sich drehende Gefährten (geliebte Liebesbedürfnisse der Jungen), flackernde zerplatzende Feuerkerben in der Klasse und auf dem Flur, aufsteigende Rauchwolken über einer gewissen

Dokument 1: „Das Sprachrohr“ – Titelblatt der Sonderausgabe zur Abschlussfeier 1948 (Privatarchiv Kochheim)

*nahme zur FDJ einstimmig abgelehnt. Ebenso die Theatergruppe darf wahrscheinlich nicht mehr auftreten, wenn sie nicht in die FDJ eintritt. Auch die Schachgruppe zeigt kein Interesse, zur FDJ überzutreten. (Schulchronik, 23.1.1948)*

Auch die Besatzungsmacht übte auf die Schülervertretung, die den Willen hatte unabhängig zu bleiben, Druck aus. Kochheim berichtet, dass der Kulturoffizier der sowjetischen Kommandantur, ein Leutnant Glieder, ständig an die Schule kam und auch an Sitzungen der Schülervertretung teilnahm.

*Er erklärte uns, dass das, was wir da machten, falsch sei, es müsse alles über die FDJ laufen (...). Man merkte also überall, dass selbständiges Denken und Handeln in eigenständigen Organisationen wie der Schülervertretung nicht erwünscht war. Alles sollte über die FDJ, von der wir bald merken, dass sie eine kommunistische Jugendorganisation war, gehen (...). Das hat uns geärgert und da haben wir dagegen opponiert. (Kochheim 1998 a, S. 2)*

Das Verhältnis zur Staatsmacht, die durch die Kommandantur repräsentiert wurde, spitzte sich im April/Mai 1948 weiter zu. Nachdem die Schülervertretung bereits am 7.11.1947, dem Jahrestag der Oktoberrevolution in Sowjetrußland, *die rote (...) Fahne auf dem Schulgebäude beanstandet* hatte und formulierte *Es können ja ebenso die LDP und die CDU ihre Parteifahne heraushängen* (Schulchronik, 7.11.1947),

*ersucht [sie, d. Verf.] die Schulleitung nachdrücklich anlässlich der Feiern zum 1. Mai auf keinen Fall die Schule rot beflaggen zu lassen, da dies die Farbe einer Partei ist. Sollte eine Fahne in den Landes- oder Stadtfarben nicht zu beschaffen sein, so müssen wir darauf bestehen, daß jegliche Beflaggung unterlassen wird. (Schulchronik, 28.4.1948)*

Der Schülervertretung gelang es, ihre Position durchzusetzen. Auch in einer Aussprache mit dem sowjetischen Kulturoffizier, die wenige Tage später stattfand, erhielten sie Recht. Jedoch *diskutiert [dieser, d. Verf.] mit der Schülervertretung über das Verhalten am 1. Mai (...). Der Kulturoffizier vertritt die Auffassung, daß die rote Flagge das Symbol aller Werktätigen und des sozialistischen Fortschritts ist. (Schulchronik, 10.5.1948)*

Durch die beharrliche Arbeit des Schulleiters Jänicke, der immer wieder die Schülervertretung unterstützte (vgl. Kochheim 1998 a, S. 3) und den Lehrern gegenüber ihre Bedeutung bei der Herausbildung demokratischen Denkens bei den Schülern deutlich machte, wandelte sich nach und nach die Einstellung der meisten Pädagogen zu ihr. Das wird in den Konferenzprotokollen des Kollegiums im Mai 1948 besonders deutlich. Durch einstimmigen Beschluss unterstützte die Lehrerschaft das Bemühen der Schülervertretung um Überparteilichkeit und verhinderte die Einflussnahme der neu-

gebildeten „SED-Schulgruppe“ auf dieses Organ.

*Eine SED-Schulgruppe ist gegründet worden und beabsichtigt einen Vertreter in die Schülervertretung zu entsenden (...). Das Kollegium steht einstimmig auf dem Standpunkt, daß Vertreter der einzelnen Parteigruppen nicht in die Schülervertretung gehören, weil diese überparteilich sein soll. (Protokolle, S. 153)*

Zwei Wochen später musste die Lehrerkonferenz noch einmal über diese Frage beraten, weil die SED-Gruppe nach dem ersten Beschluss beantragt hatte, dass alle Parteigruppen Vertreter in die Schülervertretung entsenden. Der Standpunkt der Lehrer wurde jetzt noch eindeutiger und unmissverständlich formuliert.

*Zu dem Antrag der SED-Schulgruppe, daß die einzelnen Partei-Schulgruppen Vertreter in die S. V. entsenden, beschließt das Kollegium einstimmig:*

*Die Satzungen, die sich die S. V. selbst gegeben hat, sind vom ganzen Kollegium gebilligt worden. Die S. V. ist eine überparteiliche Organisation und wird es auch in Zukunft bleiben!*

*Für die parteipolitische und propagierende Tätigkeit ist den Jugendgruppen der einzelnen Parteien in ihren Schul- und Betriebsgruppen genügend Gelegenheit gegeben. Die Entsendung von Vertretern der Parteigruppen in die S. V. wird vom Kollegium grundsätzlich abgelehnt und nicht geduldet werden. (Protokolle, S. 156)*

Am gleichen Tag beschloss die Schülervertretung eine Ergänzung des Artikels 17 ihrer Verfassung. Die bisherige Fassung: *Die Schülervertretung besteht aus den von der Schülerschaft gewählten Vertretern und zwei Vertretern der FDJ-Schulgruppe* erhielt die Ergänzung: *Um parteipolitische Auseinandersetzung innerhalb der Schülervertretung zu vermeiden, sind Parteibetriebsgruppen in ihr nicht vertreten. (Schulchronik, 27.5.1948)*

An dieser Stelle soll die Person des Schulleiters Jänicke kurz beleuchtet werden, der durch seine wohlwollend unterstützende Haltung wesentlichen Anteil am Reifeprozess der Schülervertretung hatte und nach und nach auch seine Kollegen vom Wert dieses Gremiums für die Persönlichkeitsentwicklung der Schüler überzeugte.

Oberstudienrat Jänicke war bereits vor 1945 als Lehrer für Mathematik und Physik an der Bismarck-Schule. Er genoss bei seinen Schülern ein hohes Ansehen, sie schätzten ihn als ausgezeichneten Pädagogen und gerechten Lehrer, der sich für ihre Interessen einsetzte. So war er beispielsweise be-

auftragt, die zum Flakeinsatz einberufenen Schüler zu betreuen. Hier stand er ganz besonders an der Seite der ihm Anvertrauten (vgl. Caspari 1998, S. 2).

Im Oktober 1945 wurde er als kommissarischer Direktor der Bismarck-Aufbauschule eingesetzt. In diesem Amt bemühte er sich besonders um die Überwindung nazistischen Ungeistes an der Schule, führte Lehrerseminare zu solchen Themen durch und förderte junge Lehrer (vgl. Protokolle, S. 85-88).

Nach seiner Weltanschauung befragt, sagte er: *Es fällt mir schwer, jeden Idealismus zu verneinen; auch der materialistischen Anschauung muß eine ideelle Unterlage zugrunde liegen, der die Menschlichkeit und Menschenwürde als Richtschnur gilt, diesem Ziel hat sich die materialistische Anschauung unterzuordnen.* (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 91)

Durch seine Haltung erregte Jänicke bereits früh das Misstrauen seiner vorgesetzten Behörden.

Als die Schülervertretung ernsthaft gegen den Staat opponierte, wurde er verantwortlich gemacht und gemäßregelt. Davon wird jedoch später noch zu berichten sein.

Die Schülervertretung hatte sich im Verlaufe des Jahres 1948 zu einem Organ demokratischer Mitbestimmung entwickelt. Sie genoss das Vertrauen der Schülerschaft, für deren Interessen sie eintrat, und die Anerkennung der meisten Lehrer. Als im Sommer 1948 ihr geistiger Kopf und 1. Vorsitzender, Hansjochen Kochheim, nach bestandenem Abitur die Schule verließ, gab er seinen Nachfolgern mit auf den Weg:

*Eure Aufgaben stehen klar und eindeutig in unserer Verfassung (...) die Vertretung der Interessen der Schülerschaft (...) Wir haben uns bisher gegen jede Einseitigkeit und Überspitzung besonders in politischer Hinsicht gewehrt, und wenn ich jetzt die Schule verlasse, möchte ich euch noch einmal darum bitten: Haltet unsere Schülervertretung frei von parteipolitischen Auseinandersetzungen und wehrt euch gegen jede Einseitigkeit. Bewahrt unsere Schule als Stätte freier geistiger Entfaltung und wissenschaftlicher Betätigung.* (Strube 1948, S. 4)

*Wir glaubten seinerzeit, dass (...) die sowjetische Besatzungsmacht (...) beim Wort zu nehmen war. Wir wollten (...) Demokratie (...) Und dann sah man eben, dass man vor Ort damit nicht weiterkam. Wir glaubten zunächst, das wären eben diese Spießher da, diese Funktionäre vor Ort, die das verhindern und in Wirklichkeit wäre etwas ganz anderes gewollt.* (Kochheim 1998 a, S. 3)

## 4. Kapitel

### Die Schülervertretung und junge LDP-Mitglieder beginnen, Widerstand gegen das System zu leisten

Von Beginn ihres Bestehens an hatte sich die Schülervertretung mit dem immer stärker werdenden Druck durch FDJ und SED auseinanderzusetzen, die Einfluss auf dieses Organ erlangen wollten. Außerdem stand sie seit dem Sommer 1948 in Zusammenhang mit einem Ereignis, über das im nächsten Kapitel berichtet wird, unter ständiger Kontrolle durch die sowjetische Kommandantur.

*Fortan durfte keine Versammlung der Schülerschaft unter Leitung der Schülervertretung mehr ohne Anmeldung und die Anwesenheit des Schuloffiziers der Besatzungsmacht – immer in voller Uniform und mit allen Orden – abgehalten werden.* (Kochheim 1997, S. 8)

Nachdem sich die Schülervertretung über Monate, seit Frühjahr 1948 auch mit Unterstützung des Lehrerkollegiums, gegen Vereinnahmungsbestrebungen durch die FDJ, den Jugendverband der SED, zur Wehr gesetzt hatte, entwickelten die Schülervertreter 1948 eine andere Taktik: Um den von diesem Verband auf sie ausgeübten Druck zu unterlaufen, traten sie ihm in großer Anzahl selbst bei und entsandten von dort aus die „eigenen Leute“ als Vertreter der FDJ in die Schülervertretung. (Kochheim 1997, S. 9)

Etwa gleichzeitig dazu vollzog sich eine andere Entwicklung.

In der Wohnung des Schulhausmeisters war eine Flüchtlingsfamilie untergebracht. Deren Sohn, Wolfgang Knoll, kein Oberschüler, freundete sich bald mit Hansjochen Kochheim und weiteren Mitgliedern der Schülervertretung an. Selbst Mitglied der LDP, wurde Knoll zum Initiator einer Jugendgruppe dieser Partei, der Kochheim beitrug und die bald über die Schulmauern hinaus auf Genthin ausstrahlte und jugendliche Mitglieder außerhalb der Schülerschaft gewann.

Jetzt stießen der Elektrikerlehrling Gerhard Nühs und der junge Angestellte Fritz Dammasch zur Gruppe, später kam noch der Neuhaldenslebener Student Horst Meusel dazu (vgl. Kochheim 1998 b). So wurde Kochheim prak-





11. Klasse 1948 mit Achim Würdig (zweite Reihe, 6. von links)  
(Privatarchiv Würdig)

tisch zum Verbindungsglied einer auf ihren Rechten bestehenden Schülervertretung und einer jugendlichen Parteigruppe der LDP, die ebenso wie die Oberschüler auf der Suche nach neuen, demokratischen Wegen war.

Die jungen Leute waren dabei der Überzeugung, dass das, was sie in der täglichen Auseinandersetzung, beispielsweise um Überparteilichkeit der Schülervertretung erlebten, nur in der Engstirnigkeit und Beschränktheit örtlicher Funktionäre und der Genthiner Kommandantur begründet war, eigentlich doch aber eine andere Entwicklung angestrebt wurde.

*Wir glaubten seinerzeit, dass das, was die sowjetische Besatzungsmacht, auch in SMA-Befehlen, verkündete, beim Wort zu nehmen war. Wir wollten auch Demokratie (...) Und dann sah man eben, dass man vor Ort damit nicht weiterkam. Wir glaubten zunächst, das wären eben diese Spießherren da, diese Funktionäre vor Ort, die das verhinderten und in Wirklichkeit wäre etwas ganz anderes gewollt.* (Kochheim 1998 a, S. 3)

So ist es auch verständlich, dass die Schülervertretung zu anderen Schulen in Sachsen-Anhalt Kontakt aufnahm. Man wollte Erfahrungen in der Arbeit dieser Interessenvertretungen austauschen und den anderen *unseren Gedanken einer freien Schülervertretung nahebringen*. (Kochheim 1998 a, S. 3)

Es wurden an verschiedene Oberschulen Kuriere geschickt, deren Aufgabe es war, Verbindungen zu knüpfen, Erfahrungen zu sammeln und eigene zu übermitteln.

*Wir wollten das, was wir dachten, auf breitere Basis stellen in Sachsen-Anhalt.* (Kochheim 1998 a, S. 4)

Vor allem wollte man aber auch die Enge der Kleinstadt überwinden und die, wie man glaubte, Engstirnigkeit und Borniertheit der örtlichen Behörden.

Das Lehrerkollegium unterstützte dieses Bemühen nach Kräften. Stillschweigend wurde das Fehlen von Schülern, die als „Kuriere“ für einige Tage weggeschickt worden waren, akzeptiert. Auch das häufige Fehlen Kochheims, der als Vorsitzender oft zum Rapport in die Kommandantur befohlen wurde, wurde vom Lehrerkollegium wohlwollend behandelt, *dass ich dann nicht schlechte Noten bekam*. (Kochheim 1998 a, S. 3)

Beim Bemühen, durch Verbindung zu Schülervertretungen anderer Schulen die Interessen der Schülerschaft landesweit besser vertreten zu können, wurde bald deutlich, dass es überall ähnliche Probleme gab. Die Hoffnung, die Ursachen für Vereinnahmungsabsichten durch die FDJ und Behinderung der Arbeit der Schülervertretung lägen auf örtlicher Ebene, erwies sich bald als falsch.

*Wir merkten aber recht bald, dass auch von oben her nichts anderes gewollt wurde als die Einheitspartei, die Einheits-Nationale-Front, die Einheitsjugend, und wir wollten ja Vielfalt und eigenständige Parteien und eigenes Denken und nicht unterordnen unter ein Gesamtkonzept.* (Kochheim 1998 a, S. 3)

Der Gedanke, prinzipiell etwas gegen das System zu tun, wurde in dieser Zeit immer stärker.

Kochheim und seine Freunde begannen, Kontakte zu anderen Jugendgruppen der LDP zu knüpfen. Unterstützung erhielten sie dabei durch Wolfgang Knoll, der inzwischen Kreisjugendreferent dieser Partei war. Er vermittelte Verbindungen, machte auf überörtlichen Parteitag die Jugendlichen miteinander bekannt. So entstand zwischen der Genthiner Gruppe und einer Gruppe in Merseburg ein Kontakt, den Franz Freitag als Beauftragter der Genthiner herstellte.

Ziel der Jugendlichen war Zusammenschluss der Gruppen und gemeinsamer Widerstand. Die Verbindung zwischen den Genthinern und den Merseburgern war jedoch sehr lose, was auch den Informationsaustausch betraf. Dieser Umstand sollte sich dann im Sommer 1949 für Kochheim und seine Freunde verhängnisvoll auswirken (vgl. Kochheim 1998 b).

Über Wolfgang Knoll kam es auch zwischen den Genthinern und einer in Westberlin arbeitenden LDP-Gruppe unter Leitung von Schwennicke zu einem Kontakt, bei dem die Jugendlichen, die vor allem Informationen erhalten wollten, auch den Jugendreferenten Herbert Geisler kennenlernten.

*Wir wollten Schriften lesen, die man bei uns nicht erhielt und was man in den Zeitungen bei uns nicht lesen konnte, wir erhofften uns natürlich in erster Linie Hilfe und Unterstützung in dem Bestreben, demokratische Verhältnisse auch bei uns einzuführen. Das war sicher sehr naiv, doch wir fühlten uns einfach verpflichtet, freie Verhältnisse von Berlin aus auch nach Genthin zu übertragen.* (Kochheim 1998 a, S. 4)

Auch die Frage nach der Einheit Deutschlands war den Jugendlichen dabei wichtig.

*Das war es, was uns an der LDP so begeisterte, die ja gesamtdeutsche Institutionen gebildet hatte oder zu bilden versuchte in jener Zeit. Da haben wir geglaubt, das ist der richtige Weg, wir kommen so wieder zu einem einigen Deutschland.* (Kochheim 1998 a, S. 7)

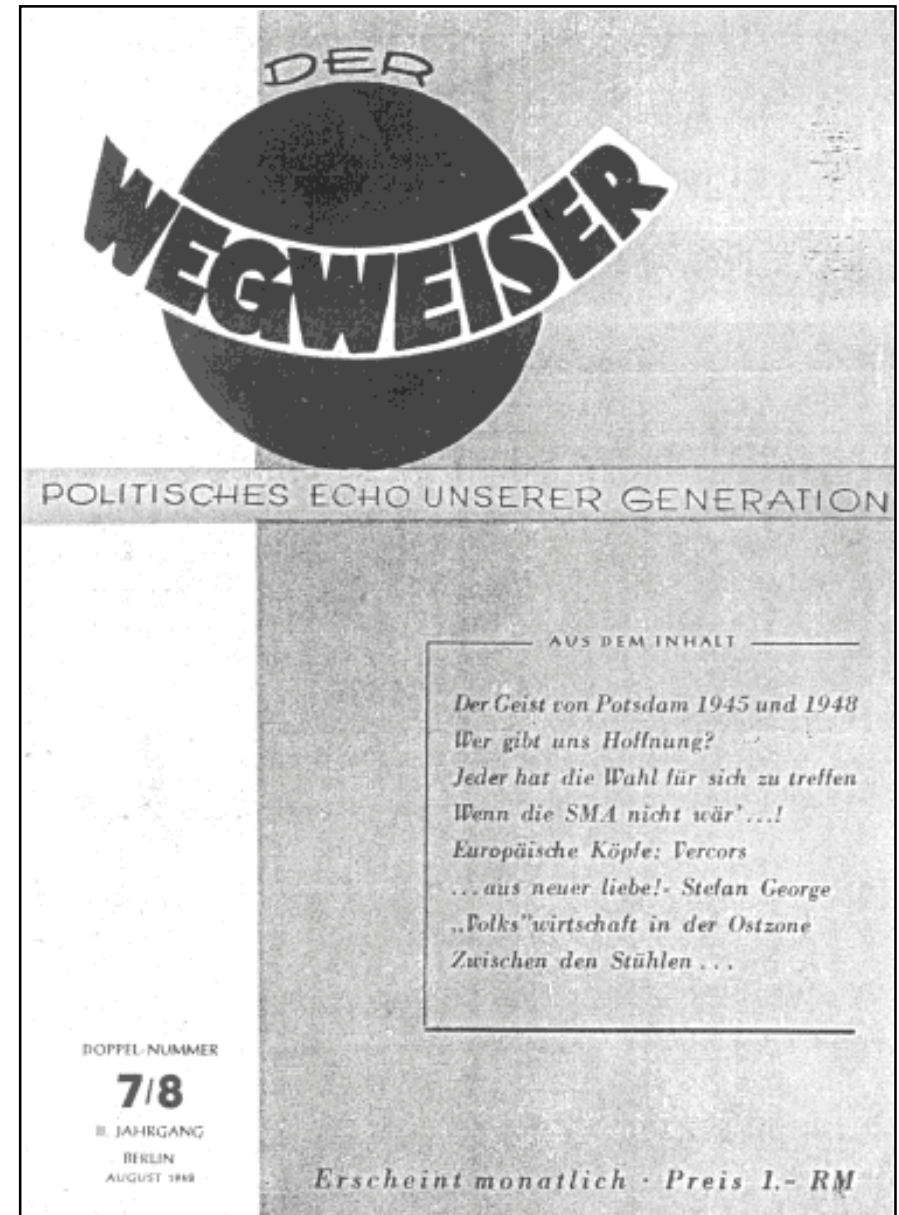
Mit größeren Stückzahlen der LDP-Jugendzeitschrift „Wegweiser“ ausgestattet, traten sie die Rückreise nach Genthin an. Die Hefte wurden dann in der Schule verteilt.

*Wir haben denen Hefte gegeben, von denen wir wussten, die denken auch wie wir. Wir haben sie natürlich nicht irgendwo ausgelegt wegen der Gefahr, dass sie in falsche Hände kommen könnten. Denn uns war wohl bewusst, dass das, was wir da machten, verboten war.* (Kochheim 1998 a, S. 5)

Die Schriften stießen bei den Mitschülern auf großes Interesse, waren sie doch von Inhalt und Aufbau gezielt für junge Leute geschrieben. Der „Wegweiser“ griff Fragen auf, die die Jugendlichen dieser Zeit bewegten und vermittelte politisches Wissen, was sie auf Grund der deutschen Vergangenheit nicht hatten. Unter der Rubrik „Politisches Lexikon“ wurden beispielsweise regelmäßig Begriffe aus Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte erläutert.

Politische Tagesfragen standen ebenso im Mittelpunkt wie Informationen zur zeitgenössischen Kultur. Ein Zitat aus dieser Zeitschrift soll ihre Jugendwirksamkeit deutlich machen:

*Wir sind die Jugend von gestern und heute! Haben das die Großen, die den Ton angeben, schon begriffen? Ich meine, es müsste doch jemand da sein, der uns nicht nur mit Schlagworten zu füttern versucht (...) Wer zeigt uns den Weg, uns Jungen, die wir dieses Ziel [demokratisch zu leben, d. Verf.] erreichen wollen?* (Meincke 1948, S. 25)



Dokument 2: „Der Wegweiser“ – Titelseite der Ausgabe August 1948 (Privatbesitz Kochheim)

Kochheim und seinen Freunden war nicht nur bewusst, dass ihr Tun verboten war, sie wussten auch, dass es nicht ganz ungefährlich war, solche Literatur zu beschaffen und zu verteilen. Deshalb sprachen sie auch mit ihren Eltern nicht über diese Aktivitäten oder andere wurden von ihren Eltern gewarnt.

*Sie wussten nicht Bescheid, mit ihnen wollten wir nicht darüber sprechen. Auch mit den Lehrern haben wir darüber nicht gesprochen, denn wir wollten niemanden einweihen, von dem man nicht wusste, wie die Reaktion wäre. Die Lehrer standen ja auch, weil es meist die alten Lehrer waren, unter einem starken persönlichen Druck, demnächst abgelöst zu werden. Und wir wollten damit niemanden gefährden.* (Kochheim 1998 a, S. 5)

Im Juli 1948 verließ Hansjochen Kochheim, wie bereits aus Kapitel 3 hervorgeht, nach bestandenerm Abitur die Schule. Sowohl Mitschülern als auch dem Lehrerkollegium war bewusst, dass er Initiator und führender Kopf der Schülervertretung gewesen war. Im *Gutachten über die 26 Schüler, die sich zur Reifeprüfung gemeldet haben* formulierte die Klassenkonferenz:

*Kochheim ist zuverlässig und fleißig und charakterlich reif. Er ist (...) anständig in Haltung und Gesinnung (...) Seine demokratische Gesinnung verrät eine über das Alter hinausgehende politische Reife. Der Verfassungsentwurf der Schülervertretung ist hauptsächlich seine Arbeit. Er ist der Typ des zukünftigen Staatsrechtlers (...) [er, d. Verf.] wird ganz besonders für das Hochschulstudium vorgeschlagen.* (Abiturakten 1948)

Trotz dieser Beurteilung erhielt Kochheim keinen Studienplatz. Die LDP stellte ihn anstelle Knolls, der sich der drohenden Verhaftung durch Flucht in die Westzone entzogen hatte, als Kreisjugendreferenten ein, so dass er ein bescheidenes Einkommen hatte. Er kandidierte im Mai 1949 als jüngster Kandidat der LDP für den 3. Deutschen Volkskongress und wurde dessen Mitglied. In diesen Funktionen hielt er nicht nur weiterhin enge Verbindung zu seinen Freunden und zur Oberschule, er trat als Abgeordneter auch auf zahlreichen öffentlichen Versammlungen auf (vgl. Kochheim 1997, S. 12), die ebenfalls durch die Besatzungsmacht kontrolliert wurden.

*Ich habe ja immer Reden gehalten, die den anwesenden sowjetischen Offizieren, es war bei solchen Veranstaltungen immer jemand von der Kommandantur anwesend, nicht so gefielen (...) Ich bin dann oft auf die Kommandantur bestellt worden und es wurde mir gesagt, solche Reden könne ich nicht halten.* (Kochheim 1998 a, S. 5)

Im Frühsommer 1949 wurde Kochheim von der sowjetischen Kommandantur dann nicht nur die Tätigkeit als Kreisjugendreferent untersagt, es wurde ihm auch verboten, für den Volkskongress öffentlich aufzutreten. (vgl. Kochheim 1998 a, S. 6)

Was im Laufe des Jahres 1947 als Arbeit einer Interessenvertretung der Schüler für die Verbesserung materieller Grundbedürfnisse begonnen hatte, war jetzt nach und nach zu einer politischen Auseinandersetzung für Demokratie und gegen das zunehmend stalinistischer werdende System in der SBZ geworden. Als „Widerstandsgruppe“ im Sinn diese Wortes verstanden sich die Jugendlichen jedoch nicht. Erst von den Ermittlungsbehörden wurde später der Name „Gruppe Kochheim“ geprägt.

*Wenn man heute den Namen „Gruppe Kochheim“ hört, denkt man, das war eine feste Gruppe und feste Organisation, das war aber so nicht. Bei der LDP war der Wolfgang Knoll, Fritz Dammasch und Gerhard Nühs und ich, die mehr oder weniger zusammenarbeiteten und nach Berlin fuhren, in der Schule war es die Schülervertretung, die sich für Demokratie einsetzte. Das war jedoch keine feste Organisation und in dem Sinne keine feste Gruppe. Wir waren meinungsgleich, wir haben uns als Gleichgesinnte zusammengefunden. Geheime Gruppensitzungen und so etwas hat es nicht gegeben.* (Kochheim 1998 a, S. 3)

Im Gegensatz zu dieser persönlichen Einschätzung befasste sich die SED intensiv mit den Vorgängen an der Oberschule Genthin. So wird aus einem Bericht an die Landespartei kontrollkommission (LPKK), der im Oktober 1949, also nach der Verhaftung der Jugendlichen angefertigt wurde, deutlich, dass die Gruppe schon seit längerer Zeit beobachtet worden war und ihr große Bedeutung beigemessen wurde.

In einer handschriftlichen Notiz auf der Rückseite der Abschrift einer dpa-Meldung über die Festnahme der Genthiner Oberschüler wird gewertet:

*Reaktionäre Oberschulgruppe.  
Kochheim eine gefährliche Linie bezogen,  
reakt. Kampfgruppenf.[-führer?, d. Verf.] arbeiten mit  
selbstgefertigten Flugblättern  
Achtung, beteiligt euch nicht an der Arbeit der SED, Funktionäre würden  
hingerichtet.  
Unreife Bengels, die die Nazizeit nicht vergessen können.  
Seit der Zeit alles ruhig.  
K 5 zur Kenntnis geben.*

(LA Magd. -LHA-, Rep. P 15 SED-Kreisleitung Genthin IV 4/3/78)

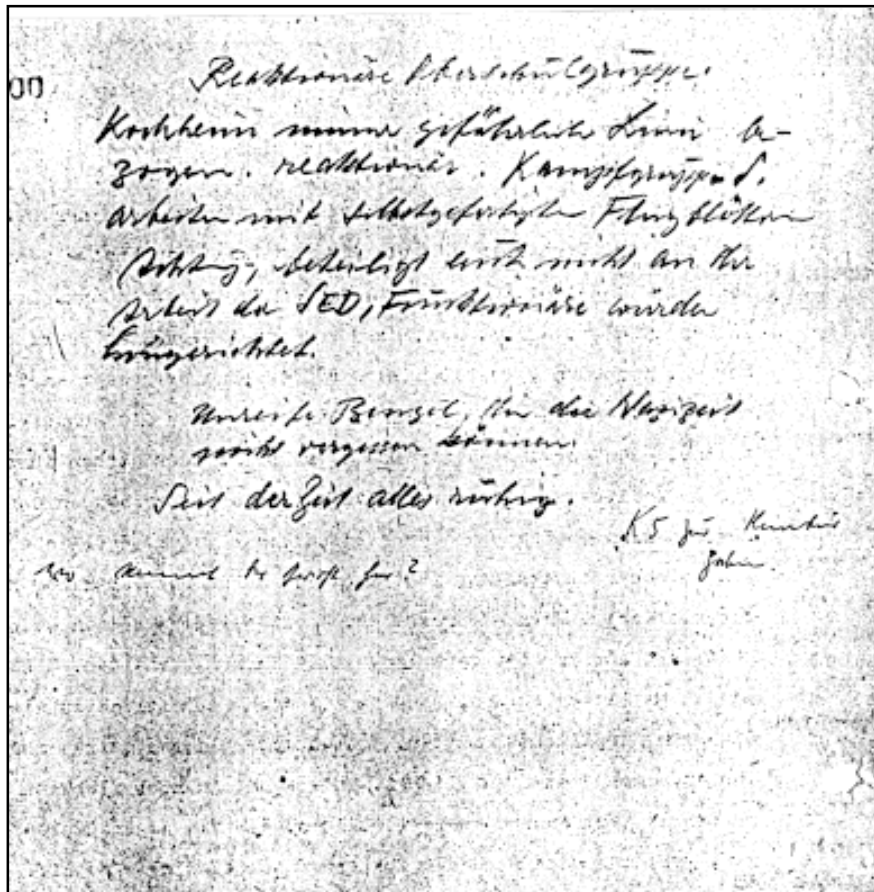
Der dargestellte Sachverhalt, die Schüler hätten Flugblätter hergestellt und Funktionären mit Hinrichtung gedroht, ist aus der Luft gegriffen und diente wahrscheinlich dazu, die Wichtigkeit des Beobachters zu betonen. Auch die Bewertung der Jugendlichen in Bezug auf die Nazizeit ist, wie wir wissen, völlig falsch.



Trotzdem ist die Quelle wichtiges Indiz für die Überwachung der Schüler, darauf lässt die Bemerkung, seit der Verhaftung sei alles ruhig geblieben, schließen.

Außerdem wurde der Bericht „K 5 zur Kenntnis“ gegeben. Dieser Vermerk weist auf die Abteilung Politische Polizei der Volkspolizei hin, die 1950 in das neugebildete Ministerium für Staatssicherheit eingegliedert wurde.

Man hatte die Tätigkeit dieser jungen Leute offensichtlich als Gefahr für das System gewertet.



Dokument 3: Auszug aus dem Bericht an die Landespartei kontrollkommission über die „Gruppe Kochheim“ (LA Magd. -LHA-, Rep. P 15 SED-Kreisleitung Genthin IV/4/3/78, Bl. 180 r)



Mitglieder der Schülervertretung im August 1949 unmittelbar vor ihrer Verhaftung (Privatarchiv Kochheim)



Die Schülervertretung wird hier vorgeschoben von Reaktionären. Die Art der Argumentation ist so borniert, daß man sich überlegen sollte, ob es überhaupt einen Sinn hat, eine solche Oberschule bestehen zu lassen. (Thape, Volksbildungsminister von Sachsen-Anhalt, am 7.7.1948, LA Magd. - LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 77)

## 5. Kapitel

### Die Staatsmacht reagiert drastisch

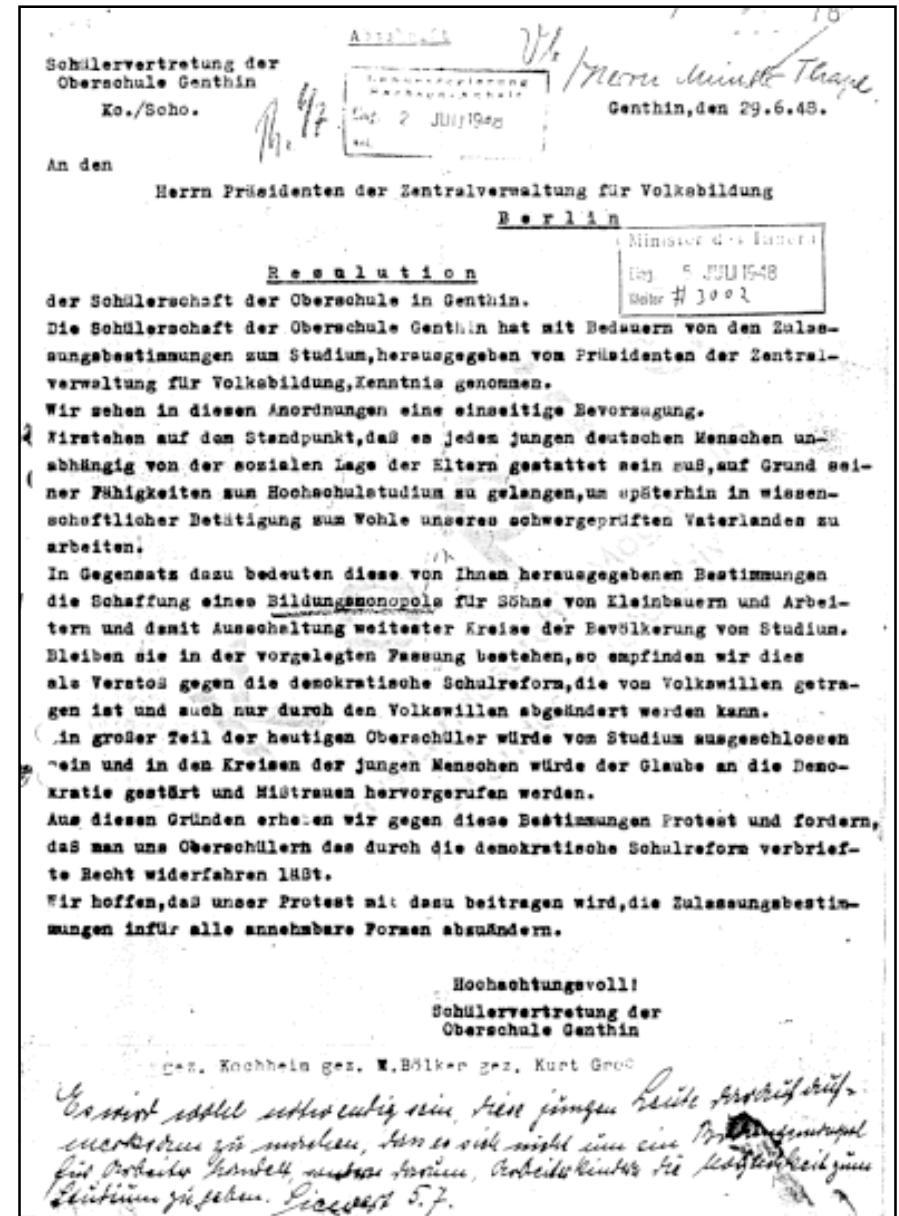
Am 25. Juni 1948 stand ein Tagesordnungspunkt auf dem Programm der Schülervertretungssitzung, der die Jugendlichen sehr bewegte, ging es dabei doch um ihre persönliche Zukunft.

Hansjochen Kochheim berichtete von einer Verordnung der Zentralverwaltung für Volksbildung, die die Reihenfolge der Bewerber bei der Studienzulassung festlegte. Danach sollten die Söhne und Töchter von Arbeitern und Neubauern bevorzugt einen Studienplatz erhalten. Die Schülervertretung protestierte gegen diese Festlegung und formulierte eine Resolution, die an das Bildungsministerium des Landes Sachsen-Anhalt und an die Zentralverwaltung für Volksbildung gesandt wurde.

Diese Resolution und die Reaktion der Staatsmacht war für die Schülervertretung von so einschneidender Bedeutung, dass ihr ein gesondertes Kapitel der vorliegenden Arbeit gewidmet wurde. Dazu soll zunächst ganz kurz das historische Umfeld der von den Schülern so heftig kritisierten Maßnahme dargestellt werden.

Zu Beginn der Entwicklung der SBZ brachte neben der Boden- und der Industriereform besonders die Schulreform wesentliche gesellschaftliche Veränderungen. Sie war zunächst keine kommunistische Maßnahme, sondern fand wegen ihres stark von der Reformpädagogik der Weimarer Republik geprägten Denkansatzes die Zustimmung aller Parteien. Die Schulreform sollte der Sicherung gleicher Bildungschancen dienen. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Förderung der bisher unterprivilegierten Bevölkerungsschichten gelegt, indem beispielsweise gezielte Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Arbeiterkindern an den Universitäten und Hochschulen getroffen wurden. So stieg tatsächlich auch der Anteil der Studenten, die aus der Arbeiterschaft stammten, von 19% 1945/46 auf 36% im Jahr 1949 (vgl. Weber 1991, S. 37 und Kleßmann 1986, S. 96).

Diese zunächst sehr wichtige und auf soziale Gerechtigkeit gerichtete Maßnahme hatte jedoch auch ein weiteres politisches Ziel:



Dokument 4: Resolution Genthiner Oberschüler an die Zentralverwaltung für Volksbildg. v. 29.6.1948 (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, Bl. 78)

*Damit war ein wichtiger Schritt sowohl zur Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft als auch zur Schaffung einer politisch loyalen Gruppierung getan, mit deren Hilfe unter Stalins Parole „Stürmt die Festung Wissenschaft“ die alte Universität von innen her aufgebrochen werden konnte.* (Kleßmann 1986, S. 97)

Es ging bei der Schulreform also nicht nur um soziale Gerechtigkeit, sondern auch um Machtfragen.

Verständlicherweise empfanden die überwiegend aus dem Mittelstand stammenden Schüler diese Maßnahme als Benachteiligung. Die Einsicht in die Notwendigkeit und Berechtigung soziale Schichten, die bisher eindeutig unterprivilegiert waren, zu fördern, fällt naturgemäß schwerer, wenn man selbst dadurch eventuell zurückstehen muss. Aber die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft zeigte auch eindeutig, dass Kinder von Arbeitern bisher nicht die gleichen Bildungschancen wie ihre Altersgefährten aus bürgerlichen Schichten hatten. So gesehen war die Maßnahme sicher gerecht. Da jedoch das eindeutig politische Ziel in der Ausschaltung alter Eliten bestand und daher nicht nur die Förderung bisher Unterprivilegierter, sondern ihre Bevorzugung praktiziert wurde, wobei unter Umständen soziale Herkunft wichtiger war als Leistungsvoraussetzungen, führte diese Festlegung zwangsläufig wieder zu Ungerechtigkeiten.

Daher ist die Formulierung *Schaffung eines Bildungsmonopols für Söhne von Kleinbauern und Arbeitern und damit Ausschaltung weitester Kreise der Bevölkerung vom Studium* (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 78) in der Resolution der Schülervvertretung sicher einseitig zugespitzt und verabsolutiert, menschlich aber wohl verständlich.

Am 2.7.1948 traf die Resolution der Genthiner Schülervvertretung bei der Landesregierung in Halle ein und löste dort hektische Betriebsamkeit aus. Sie wurde zunächst dem Innenminister zugeleitet und von dort, mit einem Kommentar versehen, an Volksbildungsminister Thape weitergeleitet.

*Es wird wohl notwendig sein, diese jungen Leute darauf aufmerksam zu machen, dass es sich nicht um ein Bildungsmonopol für Arbeiter handelt, sondern darum, Arbeiterkindern die Möglichkeit zum Studium zu geben.*

(LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 78)

Thape reagierte sehr heftig und bestellte seinen Staatssekretär zur Besprechung zu sich. Die Art seiner Reaktion erklärt sich sicher sowohl aus der Tatsache, dass er das Schreiben von seinem Ministerkollegen, versehen

mit Kommentar erhielt, als auch, weil er feststellte, dass es bis zur höchsten Ebene nach Berlin geschickt worden war. Vor allem wertete er es nicht als Ausdruck eines Schülerprotestes, sondern war überzeugt, „Reaktionäre“, d. h. die alten, meist bürgerlich geprägten Lehrer, die ja an den Oberschulen immer noch den überwiegenden Anteil der Kollegien ausmachten, hätten die Schüler hier nur vorgeschoben

*Ich bitte, über die beiliegende Resolution mit mir zu sprechen. Ich habe den Eindruck, es ist notwendig, die Oberschule in Genthin genau zu überprüfen. Die Schülervvertretung wird hier vorgeschoben von Reaktionären. Die Art der Argumentation ist so borniert, daß man sich überlegen sollte, ob es überhaupt einen Sinn hat, eine solche Oberschule bestehen zu lassen.*

(LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 77)

Neben diesem bereits laufenden Vorgang wandte sich am 17.7.1948 die Abteilung Hochschulen und Wissenschaft, die bis dahin von der Schülerresolution keine Kenntnis hatte, an das Ministerbüro und informierte über eine Resolution von den Schülern der Oberschule Genthin, die direkt an den Herrn Präsidenten der Zentralverwaltung für Volksbildung – Berlin eingereicht wurde (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 81).

Offensichtlich hatte jetzt auch die Zentralverwaltung in Berlin auf die Resolution reagiert und verlangte von der Landesregierung entsprechende Maßnahmen. Deutlich wird hier jedoch vor allem, dass man den gesamten Vorgang als Politikum betrachtete, denn es heißt in diesem Schreiben weiter, dass die Resolution *treffend die gegenwärtige Situation an unseren Oberschulen widerspiegelt*. (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 81)

Demzufolge beabsichtigte man, mit aller Härte dagegen vorzugehen.

Auf dem Schreiben findet sich dann auch der handschriftliche Vermerk *K5 zur Kenntnis*, was bedeutet, dass die politische Polizei über den Vorgang informiert wurde. Der Protest der Schüler gegen die Zulassungsbestimmungen zum Studium wurde vom Staat als Sicherheitsrisiko aufgefasst und der Volksbildungsminister von Sachsen-Anhalt selbst stand dadurch unter dem Druck der Zentralverwaltung.

In diesem Zusammenhang sind dann auch seine drastischen Maßnahmen zu sehen. In seinem Zwischenbericht nach Berlin vom 13.9.1948 heißt es:

*Infolge widersprechender Berichte konnte die Angelegenheit noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Bisher wurden folgende Maßnahmen getroffen:*

*1. Die Schülervvertretung wurde aufgelöst.*

2. Die Satzungen der Schülervertretung wurden überprüft und meinen Weisungen gemäß umgearbeitet.
3. Es wird ein Erlaß an alle Schulleitungen vorbereitet, der die Leiter aller Schulen, besonders der Ober- und Berufsschulen, für die Entwicklung und Beschlußfassung der Schülervertretung verantwortlich macht.
4. In einer Referatssitzung wurde dem Leiter der Genthiner Oberschule, Herrn Jänicke, ein Verweis erteilt.
5. Dem Schulleiter wurde eröffnet, daß er in kürzester Zeit (...) in der Leitung der Schule ersetzt wird.
6. Eine gründliche Revision der Oberschule ist in Aussicht genommen.

(LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 99)

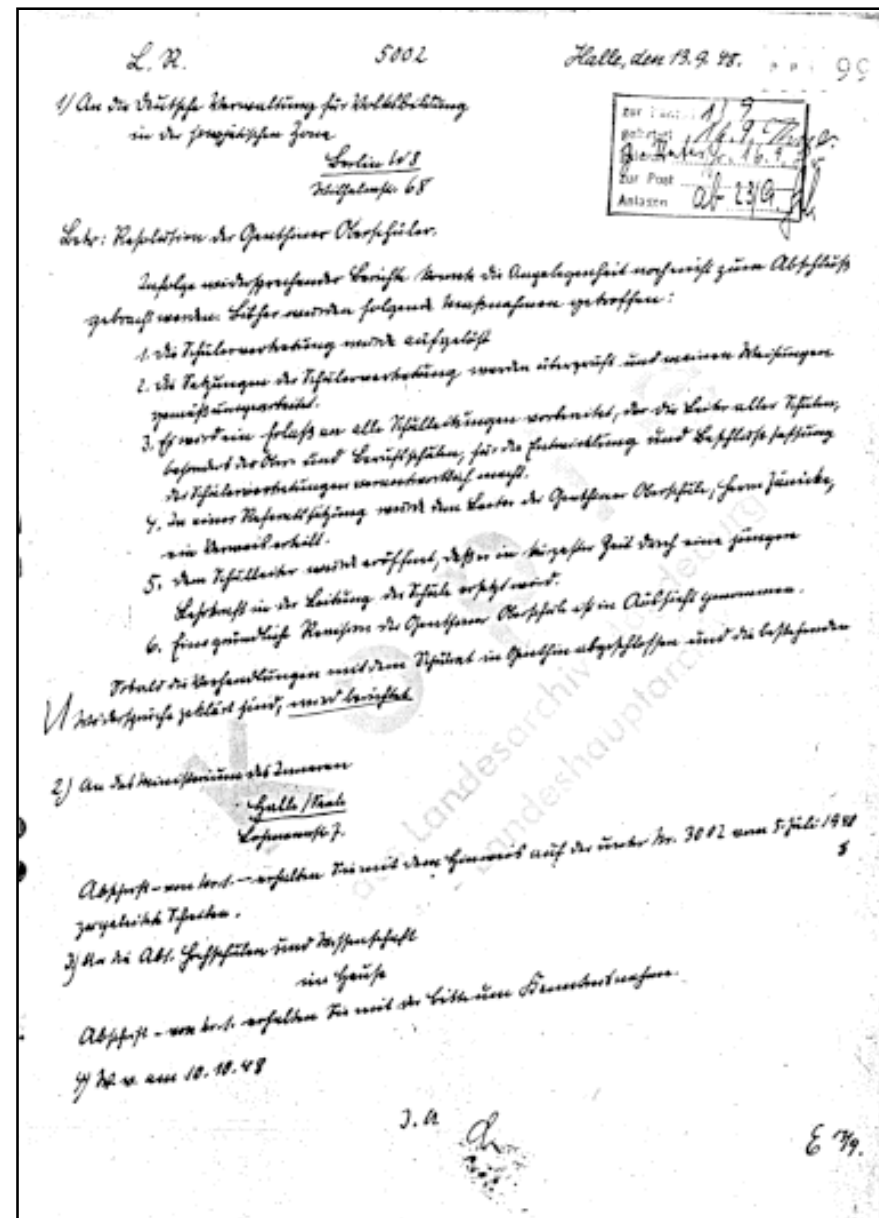
Dieser Bericht ging im gleichen Wortlaut auch an das Innenministerium, dem die politische Polizei, K5, unterstand.

Bezeichnend für die politische Brisanz, die das System in diesen Vorgang hineinlegte, ist auch das Verhalten des Kreisschulrates Holstein. Er hatte gemeinsam mit dem Schulleiter an der Sitzung der Schülervertretung vom 25.6.1948 teilgenommen. Während jedoch Jänicke die Tagung bald verließ, erlebte Holstein sowohl die Diskussion als auch die Beschlussfassung der Resolution. Nach der Sitzung äußerte er sich Jänicke gegenüber sehr lobend über das demokratische und sachliche Verhalten der Schüler (vgl. LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 84).

Wahrscheinlich erfuhr er aus dem Ministerium, eventuell über Frau Justus, die als Dezernentin für alle Oberschulen verantwortlich war und die über alle Vorgänge um die Resolution informiert war, von der Reaktion auf das Schreiben. Jedenfalls wandte er sich am 30.7. mit einem Brief an das Ministerium:

Am 29. Juni 1948 hat die Schülervertretung der Oberschule zu Genthin eine Resolution gefasst und an den Herrn Präsidenten der Zentralverwaltung unter Umgehung des Dienstweges weitergeleitet, in der sie über das ihr zuzubilligende Mass der Kritik weit hinaus geht. Es geht nicht an, dass eine Schülervertretung Schulpolitik treibt, die der grossen allgemeinen Linie widerspricht. (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 87)

Diese Aussage, die im krassen Gegensatz zu seiner Meinungsäußerung Jänicke gegenüber steht, wurde durch Schuldzuweisungen ergänzt und überdies durch einen Vorschlag zur Ablösung des Schulleiters vervollständigt:



Dokument 5: Bericht des Volksbildungsministers von Sachsen-Anhalt an die Zentralverwaltung (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, Bl. 99)

*Aus diesem Geschehen geht hervor, dass es die Schulleitung verabsäumt hat, das Denken der Schüler in volksdemokratischem Sinne zu formen. Hätte die Schulleitung entsprechend gearbeitet, wäre es nie zur Abfassung dieser Resolution gekommen. Ich befürchte, dass sich in Zukunft ähnliche Vorgänge wiederholen (...)*

*Aus dem Grunde sehe ich mich genötigt, eine Umbesetzung in der Leitung der Genthiner Oberschule zu beantragen. (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 87)*

Auch in der Schule war das Echo auf die Resolution zu spüren. Das Kollegium wurde während der Ferien am 3.8.1948 zu einer Gesamtkonferenz zusammengerufen. Jänicke informierte die Lehrerschaft über die Resolution und verlas seine vom Minister geforderte Stellungnahme. Er berichtete, der Kreisschulrat habe die *Auflösung und sofortige Neuwahl der Schülervertretung u. eine neue Resolution, die dem „volksdemokratischen“ Empfinden der Gegenwart entspricht* verlangt (Protokolle, S. 162).

Die folgende Diskussion zeigte die inzwischen veränderte Haltung der Lehrer zur Schülervertretung. Nur wenige hatten kleinliche Bedenken und sahen jetzt die Möglichkeit, die Schülervertretung loszuwerden:

*Herr (...) ist der Ansicht, daß es das beste sei, die Schülervertretung ein für allemal aufzulösen. Die Handhabe dazu bietet das Schreiben des Herrn Schulrats, u. wir wären künftighin aller Schwierigkeiten enthoben. (Protokolle, S. 163)*

Der Schulleiter verwies erneut auf die Bedeutung der Schülervertretung für die demokratische Entwicklung der Schüler und im Kollegium wurde der Protest der Schüler als legitimes Recht bezeichnet. Außerdem könne eine Neuwahl ohnehin erst nach den Ferien vorgenommen werden, was dann satzungsgemäß sowieso erfolgen würde (vgl. Protokolle, S. 163).

Der durch die Behörden auf die Schule ausgeübte Druck und die Haltung der Lehrerschaft wird auch in folgender Protokollnotiz vom 2.9.1948 deutlich:

*Die Satzungen der Schülervertretung sollen von einem Lehrerausschuß revidiert werden (...) Die Schüler sollen das Recht zur freien Meinungsäußerung haben, notfalls (wenn ihre eigenen Belange es fordern) auch das Recht zur Kritik (...) für den Volksentscheid gibt man 14-jährigen das Stimmrecht zu einer wichtigen Entscheidung und spricht ihnen damit die politische Reife dafür zu. In eigenen Angelegenheiten wird sie ihnen aber abgesprochen. (Protokolle, S. 164)*

Auf der Lehrerkonferenz vom 13.9.1948 wehrten sich die Vorstandsmitglieder der Schülervertretung erfolglos gegen die von der Schulaufsichtsbehörde angeordneten Veränderungen ihrer Satzung. Besonders das aus den Artikeln 26 und 33 entfernte Recht der Beschlussfassung und das Zeichnungsrecht des Vorstandes stießen auf heftigste Kritik (vgl. Protokolle, S. 166).

In der Folgezeit taucht der Begriff „Schülervertretung“ im Protokollbuch nicht mehr auf. Hinweise auf die die Schüler betreffenden Angelegenheiten gibt es nur noch in Zusammenhang mit der FDJ. So wurde am 15. 6. 1949 die FDJ-Gruppe durch die Lehrerkonferenz *ersucht, auf die Schülerschaft dahingehend einzuwirken, daß das Schulinventar schonend behandelt wird.* (Protokolle, S. 188)

Am 26.11.1949 informierte der Leiter der FDJ-Gruppe die Lehrerkonferenz, *daß die Funktionärstagung vom 26.11.49 einstimmig beschlossen hat, auf Grund ihrer Satzung die Verweisung des Schülers (...) von der Schule vorzuschlagen.* (Protokolle, S. 196)

Am 31. Januar 1949 wurde die Schülervertretung der Oberschule Genthin durch die sowjetische Kommandantur aufgelöst.

*Die Schüler selbstverwaltung in der bisherigen Form bestand bis zum 31. 1. ds. Js. (...) Was die politische Einstellung dieses Schülerrates anbetrifft, so wurde folgende Feststellung getroffen: Bis kurz vor Weihnachten v. Js. machten sich im Vorstand der Schüler selbstverwaltung reaktionäre Tendenzen bemerkbar, so daß dieser Vorstand auf Veranlassung des russ. Schuloffiziers der Kommandantur Genthin aufgelöst wurde. Es fand eine Neuwahl statt, bei der neue Mitglieder mit fortschrittlicher Einstellung gewählt wurden. (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 127)*

Eine im Erinnerungsbericht des damaligen Schülers Konrad Behrend (vgl. Behrend 1997, S. 56) dargestellte generelle Auflösung aller Schülervertretungen durch Verfügung der Zentralverwaltung Volksbildung lässt sich quellenmäßig jedoch nicht belegen. Vielmehr wurden sie durch äußeren Druck in ihren Rechten so eingeschränkt und der Kontrolle der Schulleitungen unterstellt, dass sie an Bedeutung verloren und nach und nach durch die FDJ-Leitungen verdrängt wurden.

Im Februar 1949 fand die durch den Minister für Volksbildung angewiesene gründliche Revision der Oberschule Genthin statt.

Seit der Versetzung Jänickes im September 1948 war der stellvertretende Schulrat Paul Stendel als kommissarischer Leiter eingesetzt.

Die Kontrollkommission überprüfte die Schulleitung, Inhalt und Organisation der pädagogischen Erziehungsarbeit, wobei der Unterricht in allen Fächern kontrolliert wurde, besonders die gesellschaftspolitische Erziehung. Hier wurde festgestellt, dass in manchen Stunden die Einbeziehung naheliegender gegenwartsbezogener Fragen vermieden wurde (vgl. LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 127).

Nach einem Verweis auf reaktionäre Tendenzen der inzwischen aufgelösten Schülervvertretung wurde die Arbeit der FDJ-Schulgruppe untersucht, wobei auf eine positive Entwicklung verwiesen wurde.

„Mehrere Mitglieder der Schulgruppe sind Angehörige der SED und Mitglied der Gesellschaft zum Studium der Kultur der SU. Die Zusammenarbeit zwischen der FDJ-Schulgruppe und dem FDJ-Kreisvorstand ist eng und gedeihlich.“ (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 128)

Der Bericht kritisierte die ungenügende Beteiligung der Schule an der Gestaltung von Kundgebungen der demokratischen Öffentlichkeit und ihre mangelnde Wirksamkeit nach außen insgesamt. Als Beispiele dafür nennt die Kommission die unzureichende Arbeit des Elternausschusses, die nur einmalige Durchführung eines „Tages der offenen Schultür“ und das Fehlen eines „Vereins der Freunde der neuen Schule“ (vgl. LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 128).

Der Bericht schließt mit dem Hinweis auf

*die erheblichen Mißstände, die die Kommission hat feststellen müssen [und fordert, dass, d. Verf.] die Schülerschaft durch geeignete Lehrmethoden (...) zu einer lebhafteren Anteilnahme und Aufgeschlossenheit für den Unterricht und das Leben außerhalb der Schule gewonnen werden muß.* (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 129)

Angesichts der Tatsache, dass nur wenige Tage vorher die demokratisch entstandene und arbeitende Schülervvertretung aufgelöst worden war, erscheint diese Feststellung sehr unglaubwürdig.

Die Tagung der Lehrerkonferenz am 13.9.1948, bei der die angeordnete Änderung der Satzung der Schülervvertretung besprochen wurde, war gleichzeitig die letzte Konferenz unter Leitung Jänicke's. Er wurde nicht nur als Schulleiter abgesetzt, sondern auch als Lehrer aus der Oberschule Genthin entfernt.

Sowohl der Kreisschulrat, als auch der Volksbildungsminister wollten nun ihrer übergeordneten Stelle beweisen, dass sie notwendige Konsequenzen gezogen und Maßnahmen eingeleitet hatten. Deshalb wurde Jänicke durch

den Kreisschulrat und durch den Volksbildungsminister persönlich verantwortlich gemacht und strafversetzt.

Die Art und Weise seiner Amtsenthebung ist dabei bezeichnend für das in der SBZ installierte stalinistische System.

Am 6.8.1948 übergab Jänicke seine vom Minister geforderte Stellungnahme. In seinem Schreiben versuchte er, sein Verständnis für die Schüler zum Ausdruck zu bringen und ihre Verhaltensweise zu begründen.

*Gerade die Schüler, die an der Ausarbeitung dieser Resolution mitgewirkt haben, sind die Tüchtigsten in ihren Leistungen und geistigen Fähigkeiten und Anlagen. Sie sind darüber hinaus diejenigen, die am ehrlichsten mit sich selbst um die Abkehr von der ganzen Nazi-Ideologie gerungen haben (...) Für sie ist der Begriff Freiheit nicht Zügel- und Disziplinlosigkeit, sondern von Verantwortungsbewußtsein (...) getragen. Sie kämpfen um Gleichberechtigung nicht um persönlicher Vorteile willen, sondern für die ganze Schülerschaft, die sie vertreten.* (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 84)

Jänicke verwies auch auf die anerkennenden Worte, die der Kreisschulrat nach der Schülervvertretungssitzung vom 25.6. ihm gegenüber geäußert hatte und auf dessen Feststellung, dass der Vorgang unzweifelhaft demokratisch gewesen sei (vgl. LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 84).

Er legte dar, dass es immer sein Bestreben gewesen war, den jungen Leuten nahezubringen, es komme bei der Studienzulassung nicht allein auf Fähigkeit und Begabung an. Diese müssen verbunden sein mit charakterlicher Reife und Verantwortungsbewusstsein, die egoistische oder machthungrige Bestrebungen ausschließen (vgl. LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 85).

Am 13.8.1948 wurde Jänicke vom Ausschuss für Kultur und Erziehung der SED-Kreisleitung vorgeladen, wo ihm sofort gesagt wurde, dass man die Absicht hätte, ihn seines Amtes zu entheben und ihn aus der Partei auszuschließen. Man warf ihm vor, er habe die LDP-Gruppe, die man für die Resolution verantwortlich machte, einseitig bevorzugt und gleichzeitig Arbeiterkinder an der Schule bewusst benachteiligt. Beide Vorwürfe konnte er entkräften. Er legte an Beispielen dar, dass die SED ihn als ihren Parteigenossen in seiner Tätigkeit als Schulleiter niemals unterstützt, sondern seine Stellung immer untergraben habe.

Die Vertreter der SED räumten hier Fehler ein und äußerten, dass sie von einem Parteiausschluss Abstand nehmen wollten, auf der Amtsenthebung jedoch bestünden (vgl. LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 91).

Trotzdem wurde Jänicke aus der SED ausgeschlossen und der Vorgang auf höchster Parteiebene ausgewertet.

In einem Informationsbericht der Abteilung Volksbildung des Zentralkomitees der SED an den obersten Führungszirkel - Pieck, Grotewohl, Ackermann, Winzer - sowie die Abteilungen Kultur- und Personalpolitik, wurde formuliert:

*Unsere Aufmerksamkeit muss sich auch besonders auf die Arbeit in den Schulen richten. Das zeigt die Oberschule Genthin. Am 27. Juni wurde von der dortigen Schülervvertretung der Antrag eines LDP-Schülers angenommen, in dem sich der Antragsteller und die hinter ihm stehenden Kreise strengstens dagegen verwahren, dass zum Hochschulstudium vorwiegend Arbeiter- und Bauernsöhne zugelassen werden. Das geschah im Beisein des  Direktors der Schule, Jänicke, und Kreisschulrat Holstein!*

*Jänicke wurde daraufhin zum Kreisvorstand geladen (...) Dabei konnten wir uns überzeugen, dass er in seiner Einstellung zur Partei tatsächlich keine Gewähr bietet, die Schulreform (...) durchzuführen. Die (...) Kreisvorstandssitzung hat nun J. aus der Partei ausgeschlossen.*

(BArch, DY 30 / IV2 / 9.05 / 77)

Diese Quelle macht deutlich, dass die Resolution der Genthiner Schülervvertretung zu einem Politikum gemacht worden war und der Staat darin ein Sicherheitsrisiko sah.

In der zweiten Septemberhälfte 1948 erschien Jänicke nicht mehr in der Schule. Es findet sich über seine Amtsenthebung und Versetzung kein Hinweis im Protokollbuch.

Frau Dr. Stiebens, damals Vertrauenslehrerin der Schülervvertretung, erinnert sich daran, dass dem Kollegium im September 1948 lediglich mitgeteilt wurde, Jänicke sei versetzt, die Amtsgeschäfte würden kommissarisch durch den stellvertretenden Schulrat Stendel wahrgenommen. Über Gründe für die Versetzung und über einen Versetzungsort wurden keine Angaben gemacht. Allerdings wurden ganz offensichtlich gezielt Gerüchte in Umlauf gebracht, Jänicke habe Schuleigentum gestohlen und sei deshalb versetzt worden. Niemand im Kollegium nahm diese abwegigen Gerüchte ernst, es wurde auch im Inventar nichts vermisst (vgl. Stiebens 1998).

Trotzdem forderte das Schulaufsichtsamt vom Ministerium die Überprüfung der von Jänicke verwalteten Kasse des Internats. Die Kontrolle durch einen Kassenprüfer ergab keinerlei Unregelmäßigkeiten in der Kassengeschäftsführung, alle Gelder waren ordnungsgemäß für die Heimbewohner verwendet worden (vgl. LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 74). Diese Feststellung erfuhr Jänicke jedoch nicht mehr, er war seit Wochen nicht mehr in Genthin.

So ist der Fall Jänicke ein Beispiel, wie ein unbequemer Schulleiter nicht nur gemäßregelt, sondern auch moralisch diffamiert wurde.

In einem abschließenden Bericht zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der Resolution schrieb der Volksbildungsminister an die Zentralverwaltung in Berlin und an das Innenministerium in Halle:

*In der Angelegenheit der Resolution der Schülervvertretung der Genthiner Oberschule wird abschließend berichtet, dass der Leiter der Anstalt Jänicke abgelöst und in eine Stelle als Lehrer (...) versetzt ist. (LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320, S. 101)*



*Tatbestand: Der Strafg. Niemeyer, Wolfgang hatte auf Zelle einen Bleistift, dieselbe er in seiner Decke versteckt hielt. Er (...) ist mit 14 Tagen versch. Arrest bestraft worden. Begründung: Unrechtmässigen besitz von Bleistift auf der Zelle. (Strafgefangenenakte Niemeyers, BStU, ZA MfS, G-SKS 701088)*

## 6. Kapitel

### Junge Leute sind der Willkür des Staates ausgeliefert

Am 10. August 1949 wurde Hansjochen Kochheim als erster der Gruppe vom NKWD, dem sowjetischen Geheimdienst, verhaftet.

Am Tag darauf wurden auch Franz Freitag und Gerhard Nühs inhaftiert, bis zum 2. September alle anderen Gruppenmitglieder. Kochheim schildert die Verhaftung folgendermaßen:

*Als ich an diesem Tage das Zimmer des Politoffiziers, eines Major Maljutin, betrat, waren noch zwei weitere Herren dort anwesend, in Zivil und in Turnschuhen, so wie ich sie vom Sehen her kannte.*

*Es waren die örtlichen Offiziere des MWD – wie sich der sowjetische Staatssicherheitsdienst zu dieser Zeit nannte – die mir Handschellen anlegten und mich mit einer Woldecke über dem Kopf, rechts und links neben mir je ein sowjetischer Soldat mit aufgeflepptem Bajonett, im mir bekannten schwarzen Mercedes der Kommandantur mit dem Kennzeichen M-52 in das Militärgerichtsgefängnis nach Halle brachten. Die Woldecke über dem Kopf wurde mir abgenommen, als wir das Stadtgebiet von Genthin verlassen hatten. (Kochheim 1997, S. 13)*

Dass die Jugendlichen große Angst hatten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit vom NKWD auch beabsichtigt war, wird aus den Erinnerungen Wolfgang Niemeyers deutlich:

*Die Herren in Zivil kamen in einem schwarzen Mercedes. Als wir einige Zeit gefahren waren, hielt der Wagen und ich musste plötzlich aussteigen. Ich hatte große Angst. „Das ist jetzt das Ende“, dachte ich. Doch wir hatten nur eine kurze Pause, weil einer der Offiziere austreten musste. Danach ging es dann wieder weiter. (Niemeyer 1998 a, S. 4)*

Die sowjetischen Behörden informierten weder die SED-Kreisleitung noch K5, die politische Polizei, über die Verhaftung, obwohl diese, wie bereits in Kapitel 4 dargelegt, die Schüler seit längerer Zeit überwachten.

Die deutschen Organe erfuhren offiziell erst über eine dpa-Meldung vom 2.10.1949 von der Verhaftung. Diese wurde von der SED-Kreisleitung abge-

schrieben, kommentiert und an die Landespartei kontrollkommission weitergeleitet (vgl. LA Magd. -LHA-, Rep. P 15 SED-Kreisleitung Genthin IV 4/3/78).

Aber nicht nur die deutschen Behörden blieben ohne Information.

Auch die Eltern der Jugendlichen wurden nicht über die Verhaftung informiert. Ebenso wenig erfuhren sie, wohin man ihre Söhne brachte.

Paul Stendel, seit April 1949 kommissarischer Schulleiter, forschte auf Grund seiner Fürsorge- und Aufsichtspflicht nach.

Aber weder in der Genthiner Außenstelle des NKWD, noch bei einer späteren Nachfrage beim Staatspräsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, erhielt er eine Auskunft.

Dort wurde ihm lediglich mitgeteilt, das sei Angelegenheit der örtlichen sowjetischen Behörden (vgl. Mohr 1998).

Trotzdem war natürlich Eltern, Lehrern und Mitschülern der Verhaftungsgrund klar. Immer wieder verschwanden in dieser Zeit Menschen und man wusste, dass es sich um politisch motivierte Verhaftungen des NKWD handelte. Aus Angst wurde in der Öffentlichkeit darüber nicht gesprochen. Nur im vertrautesten Kreis wagte man offen zu reden. So wurde auch in der Schule, weder in Lehrerkonferenzen noch in Pausengesprächen dieses Thema berührt. Auch in der Schülerschaft sprach man nicht darüber (vgl. Stiebens 1998).

Die Mitglieder der Merseburger Gruppe waren schon im Juli verhaftet worden. Da jedoch die Verbindung zwischen beiden Gruppen nur sehr lose war, erfuhren die Genthiner davon nichts. Daher erkannten sie auch nicht die Gefahr, in der sie sich befanden. Zu diesem Zeitpunkt hätten sich die Jugendlichen noch durch Flucht ihrer Verhaftung entziehen können (vgl. Kochheim 1998 a, S. 6).

Allerdings waren sie sich, mit Ausnahme von Hansjochen Kochheim, überhaupt nicht bewusst, dass sie in Gefahr sind. Sie fühlten sich nicht schuldig bzw. glaubten nicht, dass man ihnen irgendetwas nachweisen könne (vgl. Niemeyer 1998 a, S. 4; Dammasch 1998, S. 3; Würdig 1998 a, S. 3). So flohen sie auch nach Kochheims Verhaftung nicht. Gerhard Nühs war am Abend vor seiner Verhaftung sogar noch von seinen Eltern aufgefordert worden zu fliehen, da sein Freund verhaftet worden sei. Doch auch er *hat sich nicht so sehr gefährdet gefühlt*. (Nühs 1998 a, S. 3)

Sie hatten zwar gegen das System Widerstand geleistet, seine Gefährlichkeit jedoch weit unterschätzt.

Nach den Verhaftungen bekamen Mitschüler und Bekannte, die mit dem Freundeskreis nichts zu tun hatten, sich lediglich mit ihnen unterhalten bzw.

С В А

Оперативный сектор Советской военной администрации провинции САСОНИИ

**Ордер № 522**

6. сентября 1949 г.

Содержание: Оперсектора СВ.А. провинции САСОНИИ - САСОНИИ

Производство ареста и обыска

Исполнение: Торгов

Имя: Иване.

Начальник Оперсектора (группы) Советской Военной Администрации

Подполковник

Судья Оперсектора (группы)

Судья

Справка: Арест санкционирован Военным Прокурором

6.1 сентября 1949 г.

Дokument 6: Haftbefehl, ausgestellt durch die Operative Abteilung der SMA der Provinz Sachsen (Privatarchiv Meusel)

Genthin 12.10.49 100180 12PKK 15/600/49 K5-444

Die Festnahmeaktion in Genthin

-----

Berlin, (DPA).--

Durch Angaben einiger in Berlin eingetroffener Genthiner Oberschüler wurden jetzt Einzelheiten über die vor Kurzem im Kreis Genthin in Sachsen - Anhalt erfolgte Festnahme einer größeren Anzahl von Jugendlichen bekannt. Am 22. September war zum ersten Male davon berichtet worden. Nach den Darstellungen der Oberschüler gehörten die von der Sowjets und der Volkspolizei festgenommenen Oberschüler oder Abiturienten vorwiegend der CDU oder LDP an oder stehen ihnen nahe. Die Jugendlichen sollen vor allem auf Angaben der beiden Genthiner Joachim ~~und~~ Gottberg und Gerhard Schumann wegen angeblicher antissowjetischer Einstellung festgenommen und in das Genthiner MWD-Gefängnis Karl - Marx - Strasse Nr. 4 eingeliefert worden sein. Die Häftlinge hätten drei Tage lang keine Nahrung erhalten. Einige seien wieder entlassen worden, nachdem sie sich schriftlich zu Agentendiensten verpflichtet hätten. Diesen Jugendlichen sei es aber gelungen, nach Westen zu fliehen. Andere hätten noch flüchten können, bevor sie festgenommen werden sollten. Wie die Jugendlichen mitteilten, befinden sich noch die folgenden Schulkameraden Gefangen: Hans - Joachim Kochheim, Gerhard Neuss, Franz Freitag, Kurt Damsch, Joachim Würdig und der beinaheputierte Wolfgang Nieseyer.

- ha -

Dokument 7: dpa-Meldung vom 2.10.1949, Abschrift durch die SED-Kreisleitung Genthin (LA Magd. -LHA-, Rep. P 15 SED-Kreisleitung Genthin IV/4/3/78, Bl. 180 v)

auch den „Wegweiser“ gelesen hatten, Angst und verließen die SBZ (vgl. Kochheim 1998 b). So flohen beispielsweise Ferdinand K. aus Parey und der mit ihm befreundete junge Grundschullehrer Hans B.

Die Jugendlichen wurden alle zunächst in Untersuchungshaft nach Halle in den berüchtigten „Roten Ochsen“ gebracht. Die katastrophalen Haftbedingungen, die hier herrschten, schildert Achim Würdig:



*Ich saß zuerst im „Roten Ochsen“ in Halle. Dort waren schreckliche Bedingungen. Es wimmelte von Wanzen. Auch Flöhe und anderes Ungeziefer gehörten zum Alltag. In der Zelle war kein fließendes Wasser. Wasch- und Trinkwasser stand in einem hölzernen Kübel. Daneben stand ein ebenfalls hölzerner Kübel für unsere Notdurft. Da beide Kübel undicht waren, war der Boden in dieser Zellenecke von einer schmierigen Schlammschicht bedeckt. Dass wir uns hier nicht Typhus oder eine andere Krankheit geholt haben, ist ein Wunder. Wir müssen fürchterlich gestunken haben. (Würdig 1998 a, S. 1)*

In den Zellen politischer Gefangener wurden Spitzel eingesetzt, mit deren Hilfe die Untersuchungsorgane zu Informationen kommen wollten. So berichtet Achim Würdig, dass ihm gleich nach seiner Einweisung in die Zelle ein Mitgefangener erzählte, Kochheim sei auch hier. Daraufhin habe er mit Klopfzeichen Kontakt zu ihm aufgenommen. Bei seinem nächsten Verhör habe er dann feststellen müssen, dass der Vernehmer nicht nur über die Kontaktaufnahme informiert war, sondern den Inhalt des „Gesprächs“ genau kannte (vgl. Würdig 1998 a, S. 4).

Besonders ausgeliefert waren die unerfahrenen jungen Leute der Vernehmungstaktik der sowjetischen Offiziere. Bei stundenlangen nächtlichen Verhören stand ihnen kein Dolmetscher zur Seite, sodass sie auch nicht lesen konnten, was im Vernehmungsprotokoll geschrieben worden war.

*Die Vernehmer hatten eine konkrete Erwartungshaltung. Sagte man etwas, was nicht in die erwartete Aussage passte, wurde das gar nicht erst aufgeschrieben und man wurde ins Dunkelzimmer gesperrt. Das war eine Zelle ohne ein Fenster, in der man stundenlang wartete. Dann wurde einem noch gesagt: „Überlegen sie sich genau, was sie mir zu sagen haben!“ Irgendwann kam dann ein Soldat und man wurde wieder ins Vernehmungszimmer geholt. Das wiederholte sich so lange, bis ich mir sagte, der soll schreiben was er will, ich kann ja doch nicht lesen, was ich im Protokoll dann unterschreibe. Und nur, um endlich in Ruhe gelassen zu werden, sagte man, was die hören wollten. Und so kam dann das Schuldgeständnis zustande. (Würdig 1998 a, S. 3)*

Franz Freitag hatte bereits im August 1949 ein Geständnis unterschrieben, da man ihm drohte, ansonsten seine Mutter und seine Braut zu verhaften (vgl. BArch, B 209).

Aber nicht nur massiver Druck, auch Tricks gehörten zur Vernehmungsmethode.

*Also, man kann sicher sagen, wenn man verhaftet wurde (...) Leute wie wir, jung, unerfahren, nicht mit dieser Taktik der gerissenen sowjetischen Vernehmer vertraut und ihnen dann absolut ausgeliefert war, kamen immer noch*

*andere dazu, weil die es nur darauf anlegten, einen mit falschen Aussagen hereinzulegen. „Ja, Ihr Freund Nühs, wir wissen doch, wie lange Sie mit dem befreundet sind, der hat schon gesagt, dass ...“ und schon war man völlig verunsichert und hat, weil man eben mit dieser Gerissenheit nicht vertraut war, einen Namen bestätigt, vielleicht nur durch ein Kopfnicken und dann wurde der verhaftet. Es wurde immer auch geblufft, indem sie sagten, die lesen einem aus Protokollen vor: „Der und der von Ihnen hat doch schon gesagt, dass er auch gewusst hat ...“ und schon saß er auch. (Kochheim 1998 a, S. 6)*

Die Vernehmer hatten ein besonderes Interesse, nicht nur möglichst viele Personen zu verhaften, sondern vor allem auch besonders schwerwiegende Tatbestände zu konstruieren oder große Widerstandsgruppen, die es in Wirklichkeit gar nicht gab, künstlich zu schaffen. Das hob das Prestige der Ermittler und schuf eventuell Beförderungsaussichten. Auf diese Weise wurde aus den losen Kontakten zwischen Merseburgern und Genthinern eine feste Widerstandsorganisation, die „Gruppe Kochheim“ geschaffen (vgl. Kochheim 1998 a, S. 6; Nühs 1998 a, S. 2; Niemeyer 1998 a, S. 5).

Im Januar 1950 fand vor dem sowjetischen Militärgericht Halle der Prozess gegen 13 Jugendliche aus Genthin und Merseburg statt, die man nun als „Gruppe Kochheim“ gemeinsam unter Anklage stellte (vgl. Würdig 1998 b).

Sie wurden am 27. Januar 1950 nach den Artikeln 58.6; 58.10 und 58.11 des Strafgesetzbuches der RSFSR (vgl. Strafgesetzbuch 1926, S. 186 und 188) wegen Spionage, illegaler Gruppenbildung und antisowjetischer Hetze (BArch, B 209; BArch, DO 1, Mdl) zu je 25 Jahren, Achim Würdig zu 20 Jahren Arbeitslager verurteilt.

Achim Würdig, Franz Freitag, Fritz Dammasch, Horst Meusel, Gerhard Nühs und Wolfgang Niemeyer wurden in der Haftanstalt Bautzen den deutschen Behörden zur Verbüßung ihrer Haftstrafen übergeben, wobei diese vom sowjetischen Gericht lediglich über Haftlänge und Verurteilungsgrund informiert wurden.

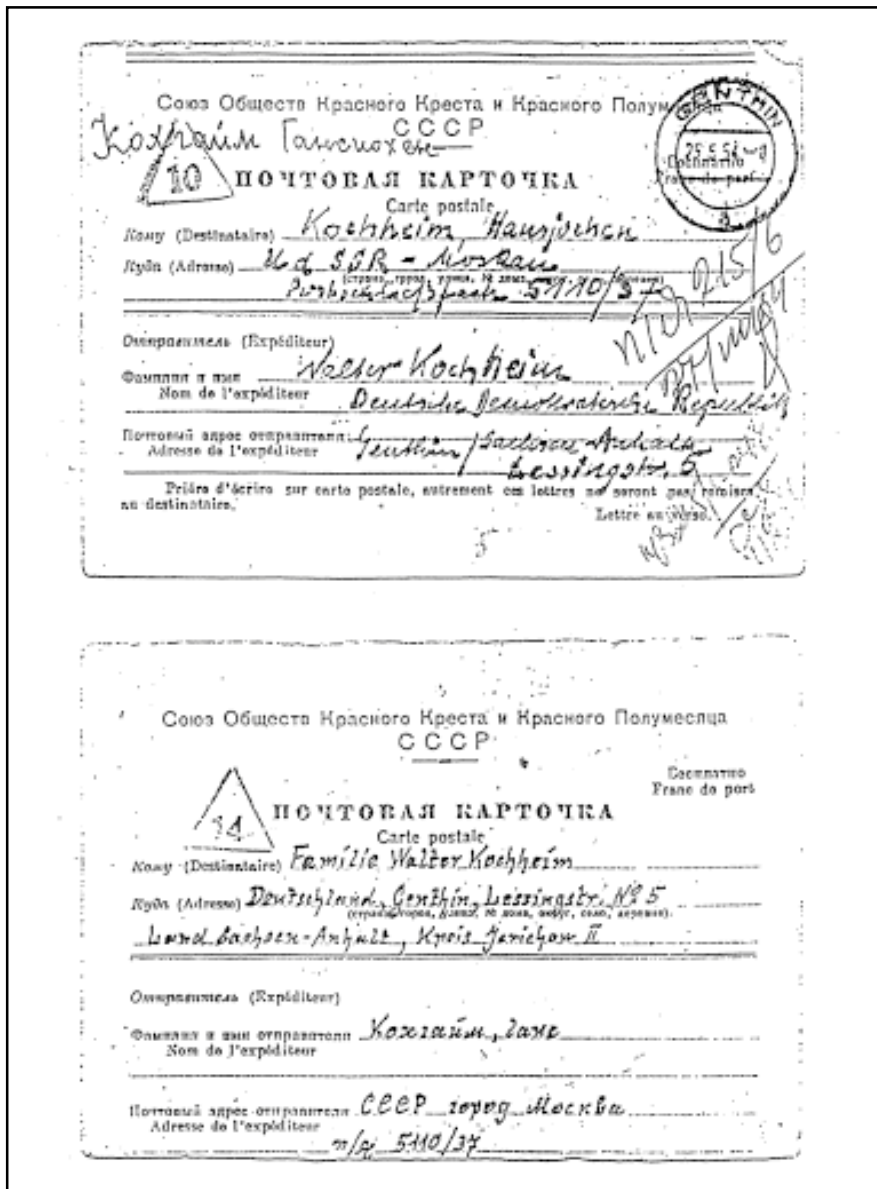
Hansjochen Kochheim musste als Kopf der Gruppe seine Haftstrafe in einem Arbeitslager in Sibirien verbüßen.

Im streng bewachten Gefangenentransport brachte man ihn zunächst nach Moskau, dann im verschlossenen Güterwagen ins 5000 Kilometer entfernte Taischett. Hier lebte und arbeitete er unter den extremen klimatischen Bedingungen Sibiriens. Erst im Frühsommer 1955, fast fünf Jahre nach seiner Verhaftung, durfte er seinen Eltern in Form einer Postkarte des Roten Kreuzes ein erstes Lebenszeichen geben (vgl. Kochheim 1997, S. 14).



Dokument 8: Titelseite des Strafgesetzbuches der RSFSR vom 26.11.1926 in der am 1.1.1952 gültigen Fassung (siehe Literaturverzeichnis)

Dokument 9: Auszug aus der Gerichtsakte Wolfgang Niemeyers (BSTU, ZA MfS, G-SKS 701088, Bl. 9)



Дokument 10: Rückantwortkarte des Roten Kreuzes der UdSSR, mit der Hansjochen Kochheim nach fünfjähriger Haft seinen Eltern ein erstes Lebenszeichen schicken konnte (Privatarchiv Kochheim)

Achim Würdig kam in Bautzen in den sogenannten Jugendsaal. Hier waren Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahre inhaftiert, fast ausschließlich Oberschüler und Studenten, viele aus Mecklenburg und Thüringen (vgl. Würdig 1998 a, S. 2). Niemeyer berichtet, dass es in Bautzen in einem Saal, der mit etwa 300 Gefangenen belegt war, einmal wegen der schlechten Ernährung eine Revolte gegeben habe.

Dann hat die Polizei gesprochen, wir sollten Ruhe halten und dann sind sie rein, haben sich in einer Reihe aufgestellt und es wurde mit Gummknüppeln auf die Gefangenen eingeschlagen. (Niemeyer 1998 a, S. 6)

Wegen eines fehlgeschlagenen Fluchtversuchs wurde Wolfgang Niemeyer nach Torgau verlegt. Persönliche Briefe aus dieser Zeit und die Gefangenenaakte geben tiefe Einblicke in die willkürliche, die persönliche Würde verletzende und auf Demütigung des Strafgefangenen zielende Behandlung in dieser Strafanstalt.

Da von Wolfgang Niemeyer eine sehr umfangreiche Gefangenenaakte und viele Unterlagen aus seinem Privatarchiv vorliegen, soll seine Haft hier breiter dargestellt werden.

Es fiel Niemeyer sehr schwer, Demütigungen einfach hinzunehmen. Daher heißt es in einer Beurteilung:

Sein Verhalten dem Aufsichtspersonal gegenüber ist undiszipliniert. (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088)

Auf sein sehr ungebührliches Verhalten (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088) reagierte das Personal mit den täglichen Schikanen, mit denen dem renitenten Gefangenen das Leben schwer gemacht werden konnte. So erhielt seine Familie erst vier Jahre nach seiner Inhaftierung im August 1953 die erste Besuchserlaubnis, und die auch erst nach zahlreichen Eingaben des Vaters bis an höchste Regierungsstellen.

Zwei Bücher, die er von zu Hause erhielt, musste er, selbstverständlich gegen Quittung, der Anstaltsbibliothek übereignen:

Unterzeichneter bestätigt durch seine Unterschrift, daß das von seinen Verwandten übersandte Buch

1. Sprach- und Rechtschreibungsklippen
2. Faust I und II

Als Geschenk in die Anstaltsbücherei einverleibt wird.

(BStU, MfS, G-SKS 701088)

*Niemeyer Wolfgang G. H.*

Unterzeichneter bestätigt durch seine Unterschrift, daß das von seinen Angehörigen über-  
sandte Buch

1) *Hand in Rotzahn-Trip-Ripper*  
2) *fairst Ditt*

als Geschenk in die Anstaltsbücherei einverleibt wird.

Torgau, *25.8.* 1951.

*Niemeyer*

BSIU  
000015

Dokument 11: (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088, Bl. 15)

Wolfgang Niemeyer erhielt während seiner Haftzeit zweimal „verschärften Arrest“:

Einmal 16 Tage, weil er *nicht zugelassene Worte in seinem Monatsbrief schrieb* und sich dem Oberrat gegenüber *ungebührlich verhielt* (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088) und einmal 14 Tage, denn er *hatte auf Zelle einen Bleistift, dieselbe er in seiner Decke versteckt hielt*. (BStU, MfS, G-SKS 701088)

Unzulässige Formulierungen in einem persönlichen Brief und der Besitz eines Bleistiftes wurden also mit einer Arreststrafe von zwei Wochen geahndet!

Der Schreiber der zweiten Hausstrafverfügung hatte zwar offensichtlich Schwierigkeiten mit der Muttersprache, doch wusste er, was der Verlust eines Bleistiftes für einen geistig regen Menschen bedeutete. Niemeyer, der trotz seiner Beinprothese im Schrottkommando eingesetzt war und mit anderen Häftlingen die Aufgabe hatte, Flugzeuge zu zerlegen, wollte sehr gern

*Arrest für 16 T. BStU*

*H. A. Niemeyer*  
Torgau, den 27.10.52

BSIU  
000023  
27

**Hausstrafverfügung**

1. Zu den Personalakten  
2. Zur Eintragung in das Strafbuch

Strafbuch Nr. \_\_\_\_\_

Tatbestand:  
*Der Häftling Niemeyer pflegt in seinem Monatsbrief nicht zugelassene Worte und verhält sich dem Oberrat gegenüber ungebührlich.*

**Straftenor**  
*Niemeyer Wolfgang* 13.7.38 1-2422/57  
geb. am Gefangenen-Nr.

Ist wegen Verstoß gegen die Hausordnung gemäß § \_\_\_\_\_ Abs. \_\_\_\_\_

*16 Tage versch. Arrest* bestraft worden

Begründung:  
*Sticht bestraftung wegen Verstoß gegen Hausordnung für unzulässige Formulierungen in seinem Monatsbrief und ungebührliches Verhalten dem Oberrat gegenüber.*

Diese Bestrafung ist den Oberräten am 27.10.52 durch den

*H. A. Niemeyer* bekanntgegeben worden.

Ordnungs- und Disziplinierung

Dokument 12: Hausstrafverfügung: 16 Tage verschärfter Arrest für nicht zugelassene Worte in einem Brief und ungebührliches Verhalten dem Oberrat gegenüber (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088, Bl. 28)



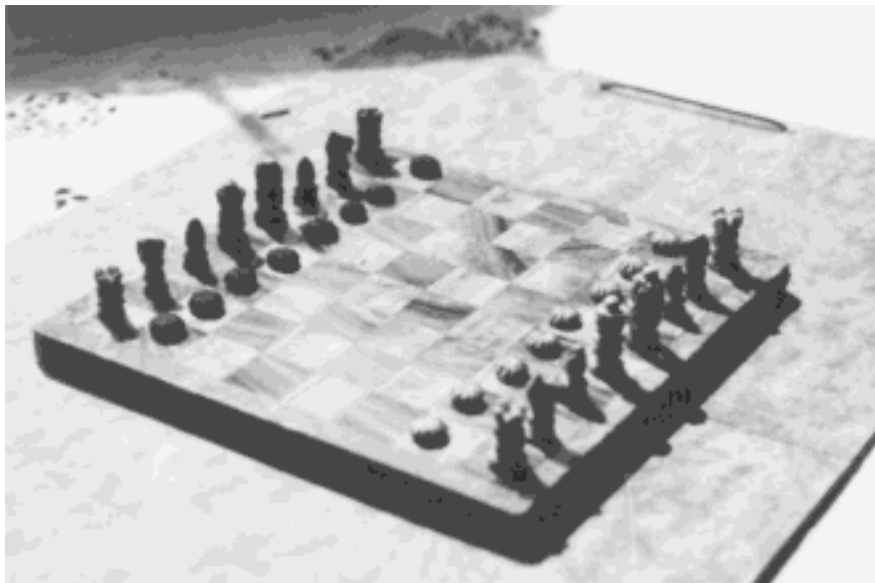
ins Technikerkommando. Das entsprach seinen Interessen und späteren beruflichen Zielen, denn dort wurden Konstruktionszeichnungen für die Wirtschaft und das Bauwesen der DDR erarbeitet. Durch die Hilfe eines Mitgefangenen lernte er in seiner arbeitsfreien Zeit Statik. Er erinnert sich: *Ich bimste wie verrückt und rechnete mich frei und lernte Zeichnen, denn wenn ich hier mal rauskomme, kann ich wenigstens etwas.* (Niemeyer 1998 b)

Sein Vater hatte ihm 50 DM zur Anschaffung von Fachbüchern überwiesen.

Die Anstaltsleitung schrieb ihm daraufhin jedoch: *In Ihrer (...) Frage zwecks Anschaffung von Fachbücher erwidern wir Ihnen, dass den Strafgefangenen eine reichhaltige Anstalts-Bücherei zur Verfügung steht und sich deshalb eine Neuanschaffung von Bücher erübrigt.* (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088)

Außer der „Geschichte der KPdSU (B)“ und einigen anderen politischen Werken gab es natürlich keine Fachliteratur.

Als ein Häftling des Technikerkommandos verstarb, wurde Niemeyer dann auf Grund seiner Kenntnisse dorthin abgeordnet. Nachdem man seine Fähigkeiten erkannte und sah, dass seine Fortbildung im Interesse der Haftanstalt lag, wurde ihm auch erlaubt, sich Fachbücher zu kaufen.



Schachfiguren, aus der knappen Brotration geknetet, halfen, den Haftalltag zu überstehen. Das Brett kaufte Niemeyer nach seiner Freilassung. (Foto: Privatarchiv Niemeyer)

Personenbeschreibung		Bekleidung	
Größe:	[redacted]	Anstaltskleidung:	Große Kleidung mit Samt
Haltung:	[redacted]		braun grüner Bluse am Rock, Hemd
Gang:	[redacted]		und Hosen, rechte Hosenbein
Sprachen:	[redacted]		linke Ärmel, am breiten roten
Mundart:	[redacted]		Ring (Stoff)
Haarfarbe:	[redacted]	Zivilkleidung:	
Bart:	[redacted]		
Gesicht:	[redacted]	Besondere Merkmale:	Brillen Träger
Stirn:	[redacted]		
Augen:	[redacted]		
Ohren:	[redacted]		
Nase:	[redacted]		
Mund:	[redacted]		
Zähne:	[redacted]		
Knochen:	[redacted]		

BSU  
#00104

Dokument 13: Strafvollzugsanstalt Torgau: Personenbeschreibung und Häftlingskleidung des Gefangenen (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088, Bl. 104)

Dokument 14: Strafvollzugsanstalt Torgau: Übersicht über geschriebene und empfangene Briefe (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088, Bl. 46)

Dokument 15: Papiere, die die Freiheit bedeuten: Bescheinigung über den Gnadenerweis (BSTU, MfS, G-SKS 100586, Bl. 34)

Dokument 16: Entlassungsschein (Privatarchiv Würdig)

Er war als Baustatiker tätig und erarbeitete dort mit anderen die Statikunterlagen eines Stadtkulturhauses. Die notwendigen Zeichenmaterialien, Ziehfedern und Pelikan-Tusche, ließ Niemeyer sich von Verwandten schicken (vgl. Privatarchiv Niemeyer).

Trotzdem gehörten Schikanen und Demütigungen weiter zum Alltag. Obwohl in Beurteilungen seine gute Arbeit immer wieder betont wird, verweigert man ihm gleichzeitig einen Brief der Eltern:

*Bezugnehmend auf Ihr Schreiben (...) teilen wir Ihnen mit, daß Ihr Sohn bis zum 9. November 1954 13 Briefe erhalten hat. Wie Ihnen bekannt sein müsste, darf jeder Strafgef. im Monat einen Brief empfangen (...) Aus diesem Grunde wurde der Brief v. 25.11.1954 zurückgesandt. (BStU, MfS, G-SKS)*

Noch deutlicher wird die schikanöse Behandlung während der Haft in einem Brief an die Eltern, in dem er über die Rücksendung eines Obstpäckchens berichtet. Sichtbar wird aber auch die trotzdem überlegene Haltung Niemeyers:

*Heute früh bekam ich Euer Obstpaket. Wie lächelten mich Apfelsinen u. Bananen an. Dann klappte der Deckel zu, kein Schein drin!*

*Wenns nicht verfault ist auf der Rückreise, wünsche ich Euch guten Appetit. (...) Drum Betteln kann ich nicht! (...) Bis zum nächsten Male grüßt Euch ungebeugt und innigst Euer Wolfgang. (Privatarchiv Niemeyer)*

Willkür und repressive Maßnahmen den Gefangenen gegenüber sind aber auch am Beispiel der anderen Verurteilten zu sehen. So gab Franz Freitag nach seiner Haftentlassung 1955 beim Untersuchungsausschuss freier Juristen zu Protokoll, dass er vor seiner Begnadigung eine Spitzelverpflichtung unterzeichnen musste, zu deren Absicherung er eine Verwandtenliste zu hinterlegen hatte (vgl. BArch, B 209).

Bei den Beurteilungsformulierungen für die vorzeitige Haftentlassung von Würdig und Niemeyer drängt sich ein Vergleich zu nationalsozialistischem Sprachgebrauch auf.

*Da der Umerziehungsprozess bei W. als erreicht angesehen werden kann, wird eine bedingte Strafaussetzung befürwortet. (BStU, MfS, SMT 43/91)*

*Es ist zu erwarten, daß er nach seiner Haftentlassung ein brauchbares Mitglied unserer Gesellschaft werden wird. (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088)*

*Bei den persönlichen Gesprächen, die zwischen den (...) Jugendreferenten und Herbert Geisler (...) stattfanden, wurde damals (...) eine genaue Berichterstattung über die Zonen-LDP Arbeit, die sowjetische Beeinflussung der LDP (...), sowie ein wirtschaftspolitischer Überblick über den betreffenden Kreis (...) geführt. (Archiv des deutschen Liberalismus, 2508 Ostbüro)*

## 7. Kapitel

### Die „Gruppe Kochheim“ – Opfer des Kalten Krieges?

In der Strafakte von Wolfgang Niemeyer ist als Tatbestand formuliert:

*N. war seit Juni 1949 Agent des amerikanischen Geheimdienstes. Er sammelte Angaben über Standorte, Stärke und Bewaffnung der sowjetischen Armee und übergab diese seinen Auftraggebern. (BStU, MfS-AS 7/59, Band 1/1)*

Ähnliche, wenn auch nicht so detaillierte Angaben, sind in den Unterlagen der anderen Jugendlichen zu finden. Alle wurden wegen Spionage verurteilt.

Es stellt sich die Frage, wie die Untersuchungsbehörden zu diesem Vorwurf kamen, denn der so dargestellte Tatbestand entspricht in keiner Weise der Wahrheit.

Es wurde bereits im Kapitel 4 dargelegt, dass Kochheim und seine Freunde Verbindung zu einer in Westberlin arbeitenden LDP-Gruppe aufgenommen hatten um Informationsmaterial zu erhalten. Hier trafen sie auf Herbert Geisler, Herausgeber der liberalen Jugendzeitschrift „Der Wegweiser“ und Fachreferent für Ostfragen. Ablauf und Inhalt der Treffen sowie zahlreiche Hinweise in Quellenmaterialien (vgl. Archiv des deutschen Liberalismus, 2508 Ostbüro und Flemming 1995) lassen deutlich werden, dass Geisler die Jugendlichen aus der SBZ gezielt als Informationsquelle benutzte, sie regelrecht ausgefragt hat und dass er die dabei erhaltenen Informationen ohne Wissen der Auskunftgebenden wahrscheinlich an den CIC, den amerikanischen Geheimdienst, weitergegeben hat.

Hansjochen Kochheim erinnert sich:

*Wir wissen heute, dass eben dieser Herr Geisler (...) höchstwahrscheinlich (...) Verbindungen hatte zu westlichen Geheimdiensten und das, was wir ihm auf seine Fragen arglos erzählten, als Nachrichten weitergegeben und dafür sicher auch Geld bekommen hat, wenn nicht er, dann die Parteiorganisation (...) sodass dann mit einem gewissen Recht, will ich mal sagen,*

*ganz vorsichtig, (...) die sowjetischen Militärgerichte gesagt haben: Spionage. Weil wir ja über die Verhältnisse bei uns zu Hause berichtet haben und dann die Westberliner LDP das weitergegeben hat an die Geheimdienste. (Kochheim 1998 a, S. 5)*

Geisler befragte die Jugendlichen nicht nur zu Lebensverhältnissen in der SBZ, sondern auch zu ihren Kenntnissen über die sowjetischen Truppen:

*Also, da hat man alles erzählt, was wir zu essen kriegen, was wir für Lebensmittelmärkte haben und so etwas.*

*Wir wurden auch über unsere Kenntnisse über sowjetische Truppen ausgefragt.*

*Damals sind wir nicht misstrauisch geworden. Das fanden wir eigentlich natürlich, dass einer, der in Westberlin arbeitet und politisch aktiv ist und uns in unserer Arbeit unterstützen will, sich auch dafür interessiert, was mit den sowjetischen Truppen ist. (Kochheim 1998 a, S. 6)*

Die jungen Leute waren so naiv, dass sie auch nicht misstrauisch wurden, als ihnen gesagt wurde, sie dürfen nicht auf direktem Weg in Geislers Büro gehen, sondern immer durch ein Nebenhaus und eine Hintertür, weil sie ansonsten beobachtet und dann zu Hause verhaftet werden könnten (vgl. Kochheim 1998 a, S. 4). Wolfgang Niemeyer hatte sich auch in Westberlin umgeschaut und erfahren, dass vor den Parteibüros Lieferwagen mit Kameras standen, die alle Besucher filmten (vgl. Niemeyer 1998 a, S. 4).

Es ist sehr wahrscheinlich, dass der sowjetische Geheimdienst von Geislers Kontakten zum CIC Kenntnis hatte und daher sein Büro überwachte. Deshalb wurden die Jugendlichen in den Verhören vor dem Prozess immer wieder nach Geisler und den ihm übermittelten Informationen befragt (vgl. Kochheim 1998 b).

Auch in der Dokumentation von Flemming und Jeß über Arno Esch (vgl. Flemming 1995) wird die Rolle Geislers beim Sammeln wichtiger Informationen über die SBZ deutlich. Die Westberliner LDP, später FDP, sah ihn ganz offensichtlich unter diesem Gesichtspunkt. In einem parteiinternen Material aus dem Jahre 1957 über die Rolle Herbert Geislers wurde berichtet:

*forderte Herbert Geisler indirekt über den „Wegweiser“ (...) die Leser auf, Charakteristiken und Lebensbeschreibungen der führenden Ostzonenpolitiker (...) zur Vervollständigung seines Wegweiserarchivs zur Verfügung zu stellen (...) Bei den Gesprächen, die zwischen den (...) Jugendreferenten und Herbert Geisler stattfanden (...) wurde damals nicht nur reines Archivwesen angegeben, sondern eine genaue Berichterstattung über die Zonen-LDP*

*Arbeit, die sowjetische Beeinflussung der LDP (...) sowie ein wirtschaftspolitischer Überblick über den betreffenden Kreis (...) geführt (...) Auf diese Weise konnte Herbert Geisler seine Parteienachrichtenquelle erweitern.*

*Herbert Geisler gab selbst an, dass hinter ihm nicht nur die westdeutsche FDP (...) stehen, sondern ausserdem die Vorläufer des Auswärtigen Amtes, die westberliner Presse und die entsprechende Presseagentur (...) Er bestritt energisch, direkte Verbindung zu alliierten Dienststellen zu besitzen. (Archiv des deutschen Liberalismus, 2508 Ostbüro)*

In der Zeit des Kalten Krieges war Westberlin zum Zentrum der Geheimdienste geworden, die vielfach die Unzufriedenheit junger Leute aus der sowjetischen Besatzungszone ausnutzten, welche auf der Suche nach Büchern und Beistand zur KGU oder zu den Ostbüros der Parteien gekommen waren. Man nutzte sie oft nicht nur als Informationsquellen, sondern schickte sie mit gezielten Aufträgen zurück in die Ostzone (vgl. Kroll 1997; Fehse 1996; Fehse 1997).

So wird am Schicksal Kochheims und seiner Freunde deutlich, dass sie auch Opfer dieser Zeit, Opfer des Kalten Krieges geworden sind.

Die jungen Leute setzten sich mit ihren Mitteln für demokratische Verhältnisse im Osten Deutschlands ein, setzten sich gegen ein System zur Wehr, das sich zwar demokratisch nannte, aber jede abweichende Meinung unterdrückte und Opposition verfolgte. Trotzdem wären sie auch von diesem System zu keiner anderen Zeit zu solch drastischen Strafen verurteilt worden.

Andererseits wurden die Jugendlichen von den Gegnern des Sowjetsystems als Informanten für eigene politische Ziele missbraucht, was dann zur Handhabe für ihre Verurteilung verwendet wurde. Daher gerieten sie zwischen die Fronten des Kalten Krieges. Niemeyer sagte: *Wir kamen zwischen die Mühlsteine.* (Niemeyer 1998 a, S. 5)

Das sollte ihnen zum Verhängnis werden. Hansjochen Kochheim äußerte fast fünfzig Jahre nach den Ereignissen:

*Die sowjetische Besatzungsmacht wäre nicht mit der Härte gegen alles, was sich da regte, vorgegangen, wenn nicht diese Rivalität mit dem Westen aufgetreten wäre, der Kalte Krieg nämlich. Dann hätte man nicht dermaßen rigoros Verhaftungen vorgenommen.*

*Ja, wir sind zwischen die Fronten des Kalten Krieges geraten, sicher wurden wir ausgenutzt. (Kochheim 1998 a, S. 7)*

Dass auch der Westen in dieser Zeit in der Wahl seiner Methoden nicht zimperlich war, zeigt ein Beispiel, an das Achim Wüdig zurückdenkt:



*Ich kann mich an einen Radiosender aus Westberlin erinnern, sein Name war RIAS und er hat öffentlich vor Spitzeln in der sowjetischen Besatzungszone gewarnt (...) Der Sender nannte konkrete Personen. Die Namen der vermeintlichen Spitzel wurden einfach so genannt, ohne jegliche Prüfung, das sagten vielleicht fünf Mann und denen wurde dann einfach geglaubt. Diese Menschen wurden dann praktisch ans Messer geliefert, sie hatten keine Chance sich zu rechtfertigen. Jedenfalls wurde über diesen Sender auch einmal der Name meines Genthiner Zahnarztes genannt, der dies nicht ertragen konnte und Selbstmord begangen hat. (Würdig 1998 a, S. 4)*

Auch in der bereits erwähnten dpa-Meldung vom 2. Oktober 1949, in der über die Verhaftung Kochheims und seiner Freunde berichtet wurde, wurde nach dieser Methode verfahren und angebliche Denunzianten ohne Überprüfung genannt:

*Die Jugendlichen sollen vor allem auf Angaben der beiden Genthiner Joachim Gottberg und Gerhard Schumann wegen angeblich antidemokratischer Einstellung festgenommen (...) worden sein. (LA Magd. -LHA-, Rep. P 15 SED-Kreisleitung Genthin IV 4/3/78)*

Die Betroffenen waren demgegenüber alle der festen Überzeugung, dass sie nicht denunziert worden sind, sondern allein durch die sowjetische Besatzungsmacht beobachtet und verhaftet wurden.

*Wir sind ja von niemandem verraten worden, es gibt keinen Spitzel. Wir sind direkt von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet worden (...) Ich wusste nicht, wem ich einen Vorwurf machen sollte. (Kochheim 1998 a, S. 8)*

*Von meinem seit dem 26.8.1949 aus bisher mir unbekannten Gründen verhafteten (...) Sohn Wolfgang (...) erhielt ich ein erstes Lebenszeichen, datiert vom 20.4.50 (...) Seitdem habe ich keine weitere Nachricht erhalten (...) Da ich für Wolfgang's Gesundheit ernstliche Befürchtungen hege (...) bitte ich (...) mir und meiner Frau Gewißheit über das Schicksal unseres Jungen zu geben. (Brief Dr. Fernando Niemeyers an die Landesregierung, Privatarchiv)*

## 8. Kapitel

### Ein Vater kämpft um seinen Sohn

Alle in diesem Kapitel verwendeten Quellen bzw. Quellenbezüge entstammen dem Privatarchiv Wolfgang Niemeyers. Den Briefverkehr seines Vaters mit den Behörden hat er in dessen Nachlass vorgefunden. Wir verzichten in diesem Kapitel, mit Ausnahme der gesondert ausgewiesenen Textstellen, daher auf die üblichen Quellenangaben.

Das Verhältnis eines Systems zu Menschenwürde und zur Demokratie spiegelt sich auch wider in seinem Verhalten gegenüber Strafgefangenen und deren engsten Angehörigen.

Im August/September 1949 wurden Kochheim und seine Freunde verhaftet, ohne dass man den Eltern, die ja zum Teil die Verhaftung miterlebten, Mitteilung über den Grund machte oder ihnen sagte, wann und wo sie Auskunft bekämen.

Dr. Fernando Niemeyer, Chefchemiker im Genthiner Persilwerk, der Vater Wolfgang Niemeyers, nahm das so nicht hin. Über drei Jahre kämpfte er mit den Behörden der SBZ und dann der DDR, um etwas über den Verbleib seines Sohnes zu erfahren bzw. später, um ihm die Haft etwas zu erleichtern. Er kämpfte damit eigentlich nur für demokratische Grundrechte, die in jedem Rechtsstaat der Welt selbstverständlich gewährt werden.

Da sein Sohn durch die sowjetische Besatzungsmacht verhaftet worden war, wandte er sich natürlich zunächst auch an diese. Seinem Brief an die Genthiner Dienststelle des NKWD vom 10.9.1949 legte er nicht nur eine Übersetzung ins Russische bei, sondern auch als Anlage eine Abschrift der gerade erfolgten Studienzulassung seines Sohnes an der Hochschule für Architektur und Baukunst in Weimar. Außerdem fügte er eine Beurteilung seines Sohnes durch den Baubetrieb bei, in dem er als Praktikant gearbeitet hatte, beides in russischer Sprache. Er schrieb:

*Ich bitte sehr darum, die Prüfung der Umstände, die zu seiner Verhaftung führten, so durchführen zu wollen, daß er den von der staatlichen Hochschule für Baukunst (...) genannten Termin zur Aufnahme des Studiums rechtzeitig einhalten kann.*

Er verwies auf zahlreiche mögliche Referenzen für seinen Sohn und auch für sich, so den FDJ-Kreisvorstand, die SED-Kreisleitung und mehrere Offiziere der SMAD, mit denen er dienstlich zu tun hatte.

Das Schreiben wurde niemals beantwortet.

Am 23.9.1949 suchte er persönlich die Landesbehörde der Volkspolizei auf und übergab ein schriftliches Gesuch, über den gegenwärtigen Verbleib seines Sohnes informiert zu werden. In dem Antwortschreiben vom 30.9.1949 ist das Unvermögen deutscher Behörden, vielleicht aber auch ihr Unwille, von sowjetischen Stellen eine Auskunft zu fordern, sichtbar.

*Der Aufenthalt Ihres Sohnes Wolfgang N. konnte leider nicht festgestellt werden. Weitere Rückfragen bei der Landesbehörde d. Volkspolizei sind zwecklos.*

Anfang Dezember, mehr als drei Monate nach der Verhaftung, hatten die Eltern immer noch kein Lebenszeichen ihres Sohnes.

Am 3.12.1949 wandte sich Fernando Niemeyer daher mit einem persönlichen Brief an den Justizminister der DDR, Max Fechner. Er wies dabei auf die nunmehr erreichte Staatlichkeit der ehemaligen SBZ hin und brachte seine Erwartung zum Ausdruck, dass die DDR ihrem Anspruch als demokratischer Staat gerecht werden würde.

*Ich glaube (...) daher, zu der Annahme berechtigt zu sein, daß es jetzt Mittel und Wege gibt, Einblicke zu erhalten in Gerichtsverfahren, die bisher von Aufsichtsorganen der Sowjetmacht bearbeitet worden sind.*

*Ich muß offen bekennen, daß die Verhaftung von Jugendlichen ohne Bekanntgabe von Gründen auf die deutsche Bevölkerung beunruhigend wirkt, und (...) daß abgesehen von den Jahren der Gewalt 1933-1945 jedem Verhafteten (...) Rechtsbeistand und Besuch durch seine Angehörigen (...) zugestanden worden ist.*

Dieser Brief ist nicht mehr die Bitte eines sehr besorgten Vaters an die Besatzungsmacht, sondern die Forderung eines Bürgers, der die Staatsmacht auf ihre grundlegende Fürsorgepflicht hinweist.

Auch dieser Brief blieb unbeantwortet. Erst nachdem im August 1950 eine weitere Eingabe Niemeyers in Berlin eintraf, erhielt die Familie, nach nunmehr neun Monaten, Ende August 1950, eine Postkarte vom Ministerium des Innern, auf der mitgeteilt wurde, der Vorgang sei *zuständigkeitshalber*

dem Ministerium des Innern, Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei übergeben worden.

Das erste Lebenszeichen, das die Niemeyers von ihrem Sohn erhielten, war eine Postkarte im Mai 1950. Acht Monate hatten sie nichts von ihm gehört, wussten nicht, wo er sich befindet, wussten nicht einmal, ob er noch lebt. Sie hatten nicht erfahren, dass inzwischen ein Prozess stattgefunden hatte und ihr Sohn, wie seine Freunde, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war.

Diese und auch die nächste Postkarte im Juni 1950 zeigten die Schikane im Strafvollzug: Die erste Karte lag zwei, die zweite sogar drei Wochen in der Haftanstalt, bevor sie von dort zur Post gegeben wurde! Zum Zeitpunkt der zweiten Karte hatte Wolfgang auch den sofort nach Eintreffen seiner ersten Nachricht von den Eltern abgeschickten Brief und ein Paket noch nicht erhalten, obwohl fast vier Wochen zwischen beiden Terminen verstrichen waren.

Auf Grund einer Pressenotiz, die über die Auflösung der Internierungslager in Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen informierte und darauf hinwies, dass Bürger, deren Angehörige durch diese Aktion nicht freigelassen würden, sich um Auskunft an das Ministerium des Innern wenden könnten, schrieb Dr. Niemeyer im August 1950 auch an diese Regierungsstelle. Er führte aus, dass die Verhaftung seines Sohnes nun ein Jahr zurückliege und er immer noch im Ungewissen über dessen Schicksal sei und forderte, *etwas zu erfahren*

1. *über die Gründe, die zu seiner Verhaftung geführt haben,*
2. *ob bereits ein gerichtliches Verfahren über ihn eröffnet bzw. durchgeführt ist,*
3. *welches Ergebnis das gerichtliche Verfahren gezeitigt hat,*
4. *von welcher amtlichen Stelle ich eine bindende Auskunft (...) erhalten kann, sowie genaue Bestimmungen über den brieflichen Verkehr mit den Internierten.*

Er verwies auf seine bisher erfolglosen Bemühungen, von den Staatsorganen der DDR Auskunft über seinen Sohn zu erhalten.

Dieser Brief hatte nun als erster ein konkretes Ergebnis. Der Minister des Innern wies die Landesregierung von Sachsen-Anhalt in einem Dienstschreiben an, bei ihren Bediensteten unter Androhung disziplinarischer Maßnahmen bis hin zur fristlosen Kündigung auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bei der Bearbeitung von Eingaben hinzuwirken. Der Minister berief sich dabei auf an ihn gerichtete Schreiben aus Sachsen-Anhalt:

*Es darf nicht vorkommen, daß Eingaben aus der Bevölkerung monatelang unbeantwortet liegen bleiben oder, wie aus an uns gerichteten Schreiben hervorgeht, überhaupt nicht beantwortet werden.*

Außerdem erhielt Familie Niemeyer nun erstmals eine konkrete, wenn auch sehr lapidare Auskunft durch einen offensichtlich verärgerten persönlichen Referenten des Ministers:

*Wie die Ermittlungen ergeben haben, wurde Ihr Sohn wegen antidemokratischer Tätigkeit zu 25 Jahren Haft verurteilt.*

*Diese Auskunft hätte Ihnen Ihr Sohn, der nach Ihrer Angabe bereits geschrieben hat, selbst geben können. Die Häftlinge haben die Möglichkeit, in regelmäßigen 4- bzw. 6-wöchigen Abständen (...) zu schreiben und in gleichem Maße Post zu empfangen.*

Die Dienstanweisung des Innenministers ist auch in anderer Hinsicht interessant.

Man hat den Eindruck, dass sie nicht nur rein taktisches Reagieren auf Beschwerden ist, sondern es ist noch ein wenig von der Aufbruchstimmung der frühen Jahre in Ostdeutschland zu spüren, von dem Wunsch, der viele Menschen bewegte, etwas völlig Neues aufzubauen, eine sozial gerechte Gesellschaft. Einem Wunsch allerdings, der von der Besatzungsmacht und der in ihrem Sinne handelnden Kräfte um Ulbricht schrittweise und sehr zielstrebig zerstört wurde. Der Minister formulierte ausdrücklich:

*Ich bitte, vor allem hierbei zu vermeiden, den früheren kalten Behördenton zu verwenden und die Angelegenheit rein formal zu behandeln. Jeder Bürger unserer DDR muß sich persönlich von uns angesprochen fühlen.*

Wie notwendig diese Forderung war, zeigt sich an der Formulierung des Briefes durch seinen persönlichen Referenten.

Fernando Niemeyer schrieb nach wie vor an Landes- und Zentralbehörden, wobei er jetzt regelmäßig Gesetze und Verordnungen zitierte und ihre Einhaltung forderte. Es soll jedoch hier nicht auf den gesamten Schriftverkehr eingegangen werden.

Im Dezember 1950 stellte er beim Staatspräsidenten der DDR ein Gnadengesuch für seinen Sohn. Darüber hinaus wollte er im Frühjahr 1951 in der von Wilhelm Pieck regelmäßig abgehaltenen öffentlichen Sprechstunde persönlich diesem Gesuch Nachdruck verleihen und erreichen, dass er seinen Sohn nach mehr als eineinhalb Jahren Haft endlich besuchen könne. Aus dem Brief- bzw. Telegrammwechsel mit der Präsidialkanzlei wird sichtbar,

dass man ihn dort immer wieder unter Vorwänden und mit fadenscheinigen Gründen, sogar durch bewusste Falschdarstellung abzuweisen versuchte. Erst sein deutlicher Verweis auf seine Rechte

*Ich werde (...) in Berlin durch Vorsprache beim Büro für öffentliche Sprechstunden die Angelegenheit klären und hoffe diesmal nicht wieder bei der Anmeldung (...) abgewiesen zu werden. Als Bürger der DDR (...) habe ich wohl ein Anrecht darauf, erst einmal gehört zu werden*

brachte dann eine Antwort auf sein Besuchsbegehren. Er erhielt in einem Schreiben aus der Haftanstalt Bautzen die Nachricht, aus „innerbetrieblichen Gründen“ könne zur Zeit kein Besuch stattfinden. Über „eine Lockerung in der Besuchserlaubnis“ würde er in Kenntnis gesetzt. Es sei ihm jedoch freigestellt, beim Ministerium des Innern eine Besuchserlaubnis zu beantragen, was jedoch „ebenfalls zwecklos“ sei.

Dr. Niemeyer gab nicht auf. Sein Sohn war inzwischen in die Haftanstalt Torgau verlegt worden. Hier fordert Niemeyer immer wieder die Offenlegung des von seinem Sohn angelegten Portokontos, auf das der Vater 50 DM zur Beschaffung von Lehrbüchern überwiesen hatte.

Erst als er in einem Brief am 31.8.1952 nochmals die Bekanntgabe des Kontostandes forderte und anfragte, warum sein Sohn im August keine Briefe erhalten habe und wieso er im Gegensatz zu all seinen Freunden nach jetzt inzwischen drei Jahren immer noch keine Besuchserlaubnis erhalten habe, reagierte die Haftanstalt anders. Er hatte nämlich diesen Brief gleichzeitig an das Innenministerium, Abt. Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, geschickt, worauf die Haftanstalt inzwischen eine Ermahnung des Innenministeriums erhalten hatte (vgl. BStU, ZA MfS, G-SKS 701088).

Dr. Niemeyer wurde bereits zwei Wochen später mitgeteilt, dass sein Sohn über den Kontostand informiert worden sei. Den Augustbrief habe er deshalb so spät erhalten, weil sein Sohn erst am Monatsende geschrieben habe. Den wahren Grund für das verspätete Schreiben erfährt man aus der Antwort der Anstalt auf die Ermahnung des Innenministeriums: Wolfgang hatte seinen Brief erst am Ende des Monats abschicken können, *weil in seinen ersten Monatsbrief für August undisziplinierte Gedichte mit hinein geschrieben wurde, [daher, d. Verf.] musste er diesen noch einmal schreiben.* (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088)

Eine Besuchserlaubnis wurde nach wie vor abgelehnt, *da Besuch eine Vergünstigung ist und nur Strafgefangenen gewährt wird welche sich einwandfrei führen.*

Wolfgang Niemeyers Vater hat mit seinem Bemühen keine großen Erfolge erreicht. Er erhielt kein Urteil, lediglich die Mitteilung, sein Sohn sei zu 25 Jahren Haft verurteilt worden. Er konnte dessen Haftbedingungen Sohnes auch nicht wesentlich verbessern.

Trotzdem zeigt sein Beispiel, wie ein Bürger sich beharrlich gegen Staatswillkür gewehrt hat und wie er es dabei den Behörden zumindest schwerer machte, nach Gutdünken zu verfahren.

Als Fernando Niemeyer im April 1956 in einer Pressemitteilung von der Begnadigung der von sowjetischen Militärgerichten Verurteilten erfuhr, wandte er sich sofort an die Haftanstalt.

*Mein Sohn Wolfgang gehört zu dieser Kategorie von Häftlingen. Da ich nun bisher (...) [nicht, d. Verf.] erfahren habe, daß er entlassen wurde, bitte ich (...) die Gründe mitzuteilen, warum seine Haftentlassung nicht erfolgte.* (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088)

Am 10.8.1956 wurde Wolfgang, sieben Jahre nach seiner Inhaftierung, entlassen.

Dr. Niemeyer wurde, sicher auf Grund seines „unangepassten“ Verhaltens, in seiner Arbeitsstelle überwacht. In den Unterlagen der Abteilung Volksbildung beim Zentralkomitee der SED findet sich bei der Akte Wolfgang Niemeyers eine zerrissene handschriftliche Notiz:

*In der (...) Kartei ist ein Dr. Niem[meyer] Laborchef der Persilwerke sehr gut [be]urteilt mit dem Zusatz: „Sein Sohn hat wegen undemokr[atischer] Handlungen 28 Jahre Z. erhalten. Sitzt in Bautzen.“* (BArch, DO 1, Mdl)

Bespitzelungen, Verdächtigungen und Vorwürfe, die nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 immer stärker wurden, veranlassten ihn, seine leitende Stelle in Genthin zu verlassen und als Chemiker in Bitterfeld zu arbeiten (vgl. Niemeyer 1998 b).

Er starb 1974.

Erst viel später erkannte Wolfgang, wie sein Vater um ihn gekämpft hatte.

*Das ist auch das, was mich tief bewegt. Ich habe meinem Vater das nie richtig gedankt. Wir kamen wieder heim, wir hatten unsere Aufgaben, wir haben an unsere Zukunft gedacht und das alles lag hinter mir. Jetzt, wo ich aus unserem Anlass das alles nochmals durchgelesen habe, wurde mir erst bewusst, wie mein Vater gekämpft hatte. Er ist verspottet und aus der Partei ausgeschlossen worden. Es ist schon ein tiefes Gefühl zu sehen, wie er sich selbst an die Wand gestellt hatte für den eigenen Jungen.* (Niemeyer 1998 a, S. 2)

*Ich habe nach meinen sieben Jahren (...) Bautzen hier in Westdeutschland erlebt, wie man mit dieser ganzen Problematik möglichst nichts zu tun haben wollte.* (Nühs 1998 b)

## 9. Kapitel Rück Erinnerung und Bewältigung

Nach dem Tod Stalins im März 1953 änderten sich die innenpolitischen Bedingungen in der Sowjetunion zaghafte. Die schlimmsten Auswüchse des Stalinismus wurden, zumindest für einige Zeit, beseitigt.

Im Rahmen der Verhandlungen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion über die Freilassung deutscher Kriegsgefangener wurde auch über die Begnadigung von den in der Sowjetunion inhaftierten Zivilpersonen gesprochen (vgl. Weber 1991, S. 73).

So wurde Hansjochen Kochheim am 28.9.1955 aus der Haft entlassen und konnte nach 6 Jahren nach Hause zurückkehren. Es dauerte allerdings noch vier Wochen, bis er am 19.10. mit dem Transport Nr. 4, der in den Bezirk Magdeburg ging, in der Heimat eintraf (vgl. BStU, MfS-AS 6/54, Band 42).

Auch in der DDR hatte sich bis Mitte der fünfziger Jahre eine innenpolitische Veränderung vollzogen, die sich auf die politischen Häftlinge auswirkte. 1954 übertrug die Sowjetunion der DDR erweiterte Souveränitätsrechte, so dass die absolute Unterordnung unter die Besatzungsmacht beendet war (vgl. Weber 1991, S. 73).

Außerdem fühlte sich der Staat jetzt so weit gestärkt, dass

*in der Periode der weiteren Festigung und Stärkung der volksdemokratischen Grundlagen unseres Arbeiter- und Bauernstaates die Möglichkeit gegeben [ist, d. Verf.], die weitere Vollstreckung der Strafe auszusetzen* (BStU, ZA MfS, G-SKS 701088).

Im Zeitraum vom April 1955 bis Januar 1957 wurden alle Jugendlichen des Freundeskreises durch *Gnadenerweis des Staatspräsidenten* (BStU, ZA MfS, G-SKS 100586) aus der Haft entlassen.

Heute, mehr als vierzig Jahre später, fragen wir uns, wie die jungen Leute diese einschneidenden Jahre ihres Lebens bewältigt haben. Dieser Frage wird das letzte Kapitel der vorliegenden Arbeit nachgehen.

Alle verließen nach kurzem Aufenthalt bei ihren Angehörigen die DDR, gingen in die Bundesrepublik und versuchten dort, sich eine Existenz aufzu-

bauen. Zu groß war ihre Abneigung gegen den Staat, in dem sie Jahre ihres Lebens verloren hatten, als dass sie nun weiter versucht hätten, ihn demokratischer zu gestalten. Sie verließen ihn.

Würdig begründete seinen Schritt im Flüchtlingsaufnahmelager so:

*Ich habe die Ostzone verlassen, weil ich (...) jetzt nach 7jähriger Haft mich (...) laufend beobachtet fühle. Weil ich als ehemaliger politischer Häftling mit 3jähriger Bewährungsfrist mich beruflich (...) nicht entwickeln kann. (Archiv des deutschen Liberalismus 2508)*

Niemeyer verließ die DDR, *um weiteren Repressalien (...) aus dem Wege zu gehen, zumal (...) [er, d. Verf.] das politische System (...) [ablehnt, d. Verf.]. (Archiv des deutschen Liberalismus 2508)*

In der Bundesrepublik, die jetzt neue Heimat der jungen Männer werden sollte, standen sie vor einem schweren Neubeginn. Einerseits waren die Hafterlebnisse noch ganz frisch und mussten bewältigt werden, andererseits waren sie hier fremd und es galt sich ein neues Leben aufbauen. Auch die Lebenseinstellung der Menschen hier war ganz anders.

Nur wenige hatten Verständnis für ihre Situation, die meisten wollten mit solch politischen Dingen nichts zu tun haben.

*Ich habe nach meinen sieben Jahren (...) Bautzen hier in Westdeutschland erlebt, wie man mit dieser ganzen Problematik möglichst nichts zu tun haben wollte. Natürlich habe ich auch den „Normalbürger“ hier verstanden, dem die Verhältnisse in der (...) DDR nur schwer begreiflich zu machen waren. Wenn ein junger Mensch mit 21 Jahren zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, mußte er doch mindestens Vater und Mutter erschlagen haben. (Nühs 1998 b)*

Auch Niemeyer machte die Erfahrung, dass man aus den 25 Jahren Haft schließen musste, sie seien Schwerverbrecher (vgl. Niemeyer a, S. 6).

Neu für alle war die Einstellung der Menschen zur Politik:

*Hier im Osten sind die normalen Bürger viel mehr politisch interessiert gewesen, aber der Westen war von Anfang an eine reine Konsumgesellschaft, in der Politik nur am Rande stand. Im Osten waren viele Menschen am Weltgeschehen wesentlich interessierter als im Westen. (Würdig 1998 a, S. 2)*

Gerhard Nühs differenziert in dieser Frage allerdings noch zwischen Westdeutschen und Westberlinern:

*Ein großer Unterschied bestand allerdings zwischen den Westberlinern und den Westdeutschen. Ich lebte ja, nach Bautzen, bevor ich nach Stuttgart ging, fünf Jahre in Westberlin und habe mich sehr gewundert, wie wenig*

*politisches Interesse hier [in Stuttgart, d. Verf.] vorhanden war. Während in Westberlin sich doch jedermann ganz aktiv für das Zeitgeschehen interessierte. (Nühs 1998 b)*

Die Bundesrepublik kümmerte sich als Staat in vielfältiger Weise um die neu ankommenden Bürger. Das Häftlingshilfegesetz schuf Möglichkeiten, über die ersten finanziellen Probleme hinwegzuhelfen.

Es war ein Hilfskomitee für politische Häftlinge gebildet worden, das die Aufgabe hatte, entlassene Strafgefangene bei der Eingliederung in die Gesellschaft zu unterstützen. Das Komitee legte auf Grund der Aussagen entlassener Mithäftlinge oder anderer Personen Karteien von in der DDR Inhaftierten an.

Bei ihrer Ankunft in Westberlin stellten die Entlassenen bei der Flüchtlingsaufnahmebehörde oder beim Ostbüro der FDP einen Antrag auf eine Haftzeitbescheinigung, die Bestandteil eines Vorprüfungsverfahrens zur Anerkennung als politischer Flüchtling war. Der Antragsteller hatte glaubhaft zu machen, dass er politisch verfolgt und Opfer eines Terrorurteils ist, er musste seine Fluchtgründe darlegen. Der Vorschlag des Vorprüfers führte dann im Prüfverfahren zur Anwendung des Häftlingshilfegesetzes (vgl. BArch, B 209, Archiv des deutschen Liberalismus 2508, Haftfälle).

Bei Achim Würdig sah das so aus:

Das Ostbüro der FDP hatte ihm eine Haftzeitbescheinigung ausgestellt, in der bestätigt war, *daß Herr Würdig dem Sowjetzonensystem in besonderem Maße Widerstand geleistet hat. Seine Verurteilung ist aus rein politischen Gründen erfolgt. (Privatarchiv Würdig)*

Würdig legte eine Bescheinigung des Deutschen Roten Kreuzes vor, die auf Grund des Entlassungsscheins der Vollzugsanstalt Bautzen bestätigte, dass er *in der Hamburger Liste für polit. Gefangene unter StVA Bautzen geführt wird. (Privatarchiv Würdig)*

Die Flüchtlingsaufnahmebehörde stellte fest:

*Die von Herrn W. zusätzlich gemachten Angaben zu den bei uns seit 23.11.53 vorhandenen Unterlagen ergeben ein abgerundetes glaubhaftes Bild. Daher sind wir zu der Auffassung gekommen, dass das gegen Herrn W. ergangene Terrorurteil in Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Rechtsauffassung steht.*

*Der Anwendung des HHG (...) dürfte nach unserem Dafürhalten nichts entgegenstehen. Ausschließungsgründe gem. § 2 dieses Gesetzes sind hier nicht bekannt. Belastendes ist in unseren Karteien nicht vorhanden. (BArch, B 209)*

**FDP** **FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI** **OSTBÜRO**  
 AUSSENSTELLE BERLIN : BERLIN-CHARLOTTENBURG 9, WORTENBERG-ALLEE 81

Des 15.10.1956 w/Schly  
 Personalausweis: R 23 M

**Haftzeitbescheinigung**

Herr Hans-Joachim W ü r d i g, geb. am 23.9.1930, in Parey, ist am 2.9.1949 mit mehreren LDP-Angehörigen verhaftet und am 27.1.1950 von einem sowjetischen Militärtribunal gem. § 56 /6 wegen ditionage zu 20 Jahren Arbeitslager verurteilt worden. Die Strafe ist im Juli 1955 auf 8 Jahre herabgesetzt worden. Am 10.9.56 ist er im Zuge einer Gnadenaktion mit einer dreijährigen Bewährungsfrist vorzeitig aus der Haftvollzugsanstalt Bautzen entlassen worden.

Nach uns vorliegenden Unterlagen können wir bestätigen, daß Herr Würdig dem Sowjetensystem in besonderem Maße widerstand geleistet hat. Seine Verurteilung ist aus rein politischen Gründen erfolgt.

Die Voraussetzungen nach dem HHG sind in vollem Umfange gegeben. Ausschlussgründe gem. § 2 HHG liegen nicht vor.

Ostbüro der FDP  
 Außenstelle Berlin  
 (Willert)

Bereitung für Flüchtlinge auch in Auffanglager Marienfelde, Hakenfelder Allee 62/66, Raum P, Eingang 3  
 Montag bis Freitag von 8<sup>00</sup> - 12 Uhr. Telefon: 72 15 27

Dokument 17: Haftzeitbescheinigung, ausgestellt vom Ostbüro der FDP (Privatarchiv Würdig)

**Hilfskomitee für politische Häftlinge der Sowjetzone**

Geschäftsführung: Untersuchungsausschuß freier Juristen  
 Telefon: 843061, Apparat 49 / Postfachkonto: Berlin-West 49939

Berlin-Zehlendorf-West, des 9.10.1956 No.  
 Linienstraße 30 c

**Haftbescheinigung**

Herr Hans-Joachim W ü r d i g, geb. am 23.9.1930 in Parey/Elbe, vor seiner Festnahme wohnhaft gewesen daselbst, s.Zt. im Lager Berlin-Marienfelde, wurde am 2.9.1949 durch K 5 und Sowjets in Genthin verhaftet und am 27.1.1950 durch ein SMT in Halle wegen Spionageverdachts und illeg. Gruppenbildung gem. § 58/6 u.11 sowj. Mil.StGB zu 20 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. Die Höhe der Strafe ist im Juli 1955 auf 8 Jahre herabgesetzt worden.

Nach vorgelegtem Entlassungsschein erfolgte die Entlassung aus dem Zuchthaus Bautzen am 10.9.1956.

Die von Herrn W. zusätzlich gemachten Angaben zu den bei uns bereits seit dem 23.11.1953 vorhandenen Unterlagen ergeben ein abgerundetes glaubhaftes Bild.

Daher sind wir zu der Auffassung gekommen, dass das gegen Herrn W. ergangene Terrorurteil im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Rechtsauffassung steht.

Der Anwendung des HHG v. 6.8.1955 dürfte nach unserem Dafürhalten nichts entgegenstehen.

XX Ausschlussgründe gem. § 2 dieses Ges. sind hier nicht bekannt. - Belastendes ist in unseren Karteien nicht verzeichnet.

Im Auftrage:  
 (Hilfskomitee)

Berlin-Zehlendorf-West  
 Linienstr. 30 c  
 1000 POLISCHE HAFTUNGE

Dokument 18: Haftbescheinigung, ausgestellt vom Hilfskomitee für politische Häftlinge (Privatarchiv Würdig)

2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18																	
Haftanstalt: <i>Bärn</i>																	
Zusame: <i>Meusel</i>									Vorname: <i>Kurt</i> 24.12.195								
Beruf: <i>Lehrer</i>									Familienstand: <i>led.</i>								
Geburtsdatum: <i>9. Mär. 1929</i>									Konfession: <i>ev.</i>								
Geburtsort: <i>Niedersachsen</i>									Häftlingsnummer: <i>135 A</i> verhaftet seit: <i>1. 9. 49</i>								
Letzter Wohnort: <i>Kirchdammleben</i>									durch: <i>NND</i>								
verurteilt am: <i>27. 1. 51</i>									zu: <i>25. 7. 56</i> besetzt in: <i>Haldensleben</i>								
Gericht: <i>1. HT Halle</i>									mit: <i>1. 9. 49</i>								
Grund der Verurteilung: <i>Spionage</i>									Entl.: <i>25. 7. 56</i> durch: <i>BArch</i>								
Gesundheitszustand des Häftlings:									<i>p. Blute, Fieber, Husten, etc.</i>								
Angehörige:									Zahl der Kinder:								
Anschrift: <i>Bl. Fehlandorf, Eisvogel</i>									Alter:								
Wirtschaftliche Lage: <i>weg 1 bei Pieszeit</i>									Angelegt am: <i>25. 7. 56</i>								
Deckanschrift:									von: <i>10</i>								

Dokument 19: Karteikarte des Komitees für politische Häftlinge, angelegt noch während der Haft Meusels durch Aussage eines bereits entlassenen Mithäftlings (BArch, Bestand des Gesamtdeutschen Instituts)

Er hatte schriftlich seine Fluchtgründe aus der DDR dargelegt. Im Ergebnis der Vorprüfung heißt es dann:

1. *Persönlicher Eindruck: gut*
2. *Sachliche Gründe: W. war Mitglied der bekannten illegale Gruppe „Kochheim“ und wurde (...) zu 20 Jahren Arbeitslager verurteilt (...) Haftzeitbescheinigungen, sowie Rentenanwartschaftsschein liegen vor. Ein weiteres Verbleiben in der SBZ war dem Ast. nicht zuzumuten und [es, d. Verf.] wird Aufnahme auf dem Wege eines Rechtsanspruchs befürwortet (Privatarchiv Würdig).*

Nun konnte im abschließenden Prüfverfahren das Bezirksamt Schöneberg, Abt. Sozialwesen, Vertriebenenstelle, die endgültige Prüfung vornehmen und das Häftlingshilfegesetz in Anwendung bringen (vgl. BArch, B 209).

Im Fall Wolfgang Niemeyers fragte dieses Amt noch beim Untersuchungsausschuss freier Juristen nach, ob Näheres in seinen Unterlagen zu finden sei.

Diese präzise Prüfung der Anträge war sicher richtig und notwendig. Trotzdem musste die Bürokratie dieses Verfahrens und die Pflicht, das erlittene Unrecht beweisen zu müssen einem jungen Menschen, der sieben Jahre Haft unter den dargelegten Bedingungen hinter sich hatte, weh tun.

Ein weiteres Beispiel bürokratischen Handelns lässt aber auch andere Rückschlüsse zu. Franz Freitag hatte vom Hilfskomitee für politische Häftlinge Berlin ein Schreiben erhalten, in dem ihm eine Weihnachtsspende des Senats in Aussicht gestellt wurde. Er müsse dafür mit der Übergabe der folgenden Personalien an den Berliner Senat einverstanden sein:

- Personalausweisnummer,
- Flüchtlingsausweisnummer,
- Heimkehrerbescheinigungsnummer,
- Strafmaß sowie Urteilsgrund,
- Verhaftungs- und Entlassungsdatum (vgl. BArch, B 209).

Sicher war eine genaue Kontrolle nötig um zu verhindern, dass die Weihnachtsspende doppelt oder unrechtmäßig angefordert würde. Aber der hier geschilderte Sachverhalt erweckt doch den Eindruck, es ginge hier nicht um das Verteilen einer Spende, sondern in erster Linie um die Möglichkeit zur Anlegung einer umfangreichen Datenübersicht.

Freitag schickte pünktlich alle geforderten Personalien an die Behörde und bedankte sich im Voraus für die Spende. Im Antwortschreiben wurde ihm jedoch mitgeteilt, dass sie ihm nicht zustehe, da er nicht mehr in Berlin sondern in Köln lebe. Die persönlichen Daten behielt der Senat jedoch.

Die Anerkennung als politischer Flüchtling durch das Notaufnahmeverfahren war eine umfangreiche aber insgesamt doch in überschaubarer Zeit zu lösende Aufgabe. Schwerer war es, die eigenen Erlebnisse in der Gefangenschaft zu bewältigen.

Sicher hat die Zeit der Inhaftierung die Jugendlichen für ihr ganzes weiteres Leben geprägt. Achim Würdig schildert:

*Viele Jahre lang waren da noch schlimme Träume und ich dachte, warum hast du nicht aufgepasst und sitzt schon wieder im Knast.* (Würdig 1998 a, S. 1)

Auch Wolfgang Niemeyer erinnert sich deutlich solcher Alpträume (vgl. Niemeyer 1998 a, S. 1).

Unmittelbar nach ihrer Ankunft in Westberlin oder in der Bundesrepublik nahmen die Freunde Kontakt zueinander auf, teilweise trafen sie sich bereits im Flüchtlingsaufnahmelager. Dann verabredeten sie ein erstes Wiedersehen aller Gruppenmitglieder, das seither regelmäßig stattfindet.

Hansjochen Kochheim betont heute, dass diese Treffen keine Selbstverständlichkeit seien, *das hat es nicht bei allen solchen Gruppen gegeben.* (Kochheim 1998 a, S. 7)

Am Anfang fiel es allen sehr schwer, über die Ereignisse zu sprechen. Man verdrängte die bösen Erinnerungen und brauchte viele Jahre um sie tatsächlich zu verarbeiten.

*Und wenn wir ehrlich sind, wir haben uns zwar regelmäßig getroffen, aber wir haben lange Zeit über die Ereignisse nicht gesprochen, immer nur über familiäre Dinge. Erst in den letzten zwei Jahren versuchen wir gemeinsam die Geschehnisse zu verarbeiten, wie es dazu gekommen ist.* (Kochheim 1998 a, S. 1)

Die Freunde haben also mehr als vierzig Jahre gebraucht, fast ein Lebensalter lang, um miteinander darüber sprechen zu können, was sie alle ähnlich, aber jeder für sich allein, an schlimmen Dingen erlebt haben.

Es war wohl vor allem die Erinnerung an die Verhöre, die zu einer Scheu führten mit den anderen über die Erlebnisse zu sprechen, die Angst, vielleicht Schuld zu sein an der Verhaftung des Freundes, weil man sich hat hereinlegen lassen.

Hansjochen Kochheim brachte diese Gedanken auf den Punkt und setzte damit auch einen Abschluss unter einen langen Entwicklungsprozess:

*Also, es gibt ja doch auch Schuldgefühle, bei mir sowieso, weil ich vieles veranlasst habe. Schuldgefühle aber auch bei den Vernehmungen, dass man sich hat reinlegen lassen und ein anderer verhaftet wurde. Das muss man sich anrechnen, auch wenn wir damals noch sehr jung waren und nicht wussten, wie sowas läuft. Da gibt es natürlich Schuldgefühle, die bei anderen Gruppen dazu führten, dass sie voneinander nichts mehr wissen wollten und sich sogar feindselig begegneten. Das ist bei uns glücklicherweise nicht der Fall. Wir wissen alle, es hat keiner absichtlich den anderen da reingebracht. Es war unsere Unerfahrenheit und die Raffiniertheit der Vernehmungsmethoden, so dass wir uns ohne Groll begegneten und keiner dem anderen irgendwelche Vorwürfe machte. Um dabei aber mit sich selbst ins Reine zu kommen, dafür haben wir alle viele Jahre gebraucht.* (Kochheim 1998 a, S. 8)

Eine sehr außergewöhnliche Form der Vergangenheitsbewältigung wählte Kochheim für sich selbst. Nach zehnjährigen Versuchen gelang es ihm im Mai 1998 ein russisches Visum zu bekommen. Er wollte als freier Mann an die Stätten seiner sechsjährigen Gefangenschaft in Sibirien zurückkehren.

Mit der Transsibirischen Eisenbahn fuhr er unter abenteuerlichen Bedingungen von Moskau nach Bratsk und Taischet, die gleiche Strecke, die er 48 Jahre zuvor im verschlossenen Güterwagen transportiert worden war.

Auf seiner Reise traf er alte Lagerkameraden wieder, mit denen er damals Freundschaft geschlossen hatte und von denen er nicht nur Russisch gelernt hatte. Jetzt lernte er russische Gastfreundschaft kennen, aber auch die bittere Armut, in der viele Menschen leben. Gemeinsam suchten sie die Stätten ihrer Zwangsarbeit auf.

Für ihn war diese Reise der Schlusssatz unter einem Kapitel seines Lebens, der seit 43 Jahren noch ungeschrieben gewesen war (vgl. Lang 1998; Lange 1998).

Über seine Gründe für diese ungewöhnliche Reise äußerte er selbst:

*Russland ist für mich ein ganz besonderes Land. Das drückt sich aus in der Poesie, in den Liedern. In den Jahren, die ich dort verbracht habe, habe ich unter Russen gelebt, in einem Lager für russische politische Häftlinge und ich habe dort Freunde gewonnen (...)*

*Mit Sibirien das ist etwas besonderes, es ist unwirtlich und kalt, aber trotzdem fesselnd.*

*Ich wollte einmal als freier Mensch dorthin zurückkehren, wo ich nur unter Bewachung gelebt habe. Ich wollte einmal den Baikalsee sehen, über den die Russen immer ihre herrlichen Lieder gesungen haben und ich auch. Ich hatte ihn aber nie gesehen. Ich bin dort mit meinem Freund Wassil gewesen und wollte meine Erlebnisse in Russland mit einem Besuch als freier Mensch abschließen.* (Kochheim 1998 a, S. 8)


Kochheim bemühte sich für sich und seine Freunde von der Russischen Föderation die Rehabilitierung zu erreichen.

Im Winter 1997/98 erhielten sie dann nach langem Schriftwechsel und nur durch die für Kochheim typische Beharrlichkeit die Rehabilitationsurkunden.

Im Freundeskreis sah man diese Dinge recht gelassen, sogar etwas lustig, denn Ansprüche waren aus dieser Urkunde nicht abzuleiten. *Wir haben herzlich darüber gelacht*, meinte Fritz Dammasch. (Dammasch 1998, S. 4)

Sie kamen aber zur Feststellung, dass wohl alle Diktaturen sehr bürokratisch sind (vgl. Niemeyer 1998 a, S. 6). Es tauchten nämlich mit den Urkunden längst vergessene Ausweise und andere Dokumente auf, die über fast 50 Jahre hinweg in einem Moskauer Archiv gelagert hatten, sogar der Spickzettel für eine Klassenarbeit in Biologie! Ob er wohl für eine verschlüsselte Spionagenachricht gehalten worden war?



  
ГЕНЕРАЛЬНАЯ ПРОКУРАТУРА  
РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ

**ГЛАВНАЯ  
ВОЕННАЯ ПРОКУРАТУРА**

**СПРАВКА  
(о реабилитации)**

10 ноября 1997 г.

№ Бук-43330-49



103160, Москва, К-160, Холостой пер., д.14

Гражданин (ка) Нюс Гергард  
 Год и место рождения 1928г., г.Гентин, земля Саксония-Анхальт  
 Гражданин (ка) какого государства Германия  
 Национальность немец Место жительства до ареста  
г.Гентин земли Саксония-Анхальт  
 Место работы и должность (род занятий) до ареста  
шорник  
 Дата ареста 11 августа 1949 г.  
 Когда и каким органом осужден (а) (репрессирован/а)  
24-27 января 1950 г. военным трибуналом гарнизона г.Галле.

Квалификация содеянного и мера наказания (основная и дополнительная) по ст.ст.58-6, ч.1 и 58-11 УК РСФСР к 25 годам лишения свободы в ИТЛ, с конфискацией изъятых при аресте ценностей.

Дата освобождения в деле сведений не имеется.  
 На основании ст. 3 Закон РФ «О реабилитации жертв политических репрессий» от 18 октября 1991 года гражданин(ка) Нюс Гергард реабилитирован (а).

**ПРИМЕЧАНИЕ:** Решение о реабилитации не может служить основой для иски о возмещении требований граждан Германии, идущих вразрез с действующим законодательством и международными обязательствами.

 Отдел реабилитации  
Главной военной прокуратуры  Л.П.Копалин

Дokument 20: Rehabilitationsurkunde der Russischen Föderation mit amtlicher Übersetzung (Privatarchiv Nühs)

Übersetzung

**Generalstaatsanwaltschaft  
der Russischen Föderation**

**Militärhauptstaatsanwaltschaft**

10. November 1997  
 Nr. 5 uk-43330-49  
 103160 Moskau K-160

Rehabilitationsbescheinigung

Herr/Frau	Nüss, Gerhard
Geburtsjahr und -ort:	1928 in Genthin, Sachsen-Anhalt
Staatsangehörigkeit	deutsch
Nationalität	deutsch
Vor Inhaftierung wohnhaft:	Genthin, Sachsen-Anhalt
letzter Arbeitgeber vor der Inhaftierung /	
beschäftigt als:	Sattler
wann inhaftiert:	11. August 1949
wann und durch wen verurteilt/verfolgt:	24.-27. Januar 1950 durch Militärtribunal der Garnison Halle
der Verurteilung zugrundeliegende	gem. Art. 58-6, Abs.1 u. 58-11 StGB der
Paragraphen und Strafmaß	RSFSR zu 25 Jahren Freiheitsentzug im
(Grund- und Zusatzstrafen):	Arbeits- und Besserungslager, mit Einzug der bei der Verhaftung konfiszierten Wert-
	sachen
Datum der Haftentlassung:	keine Angaben in den Unterlagen

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes der Russischen Föderation "Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen" vom 18. Oktober 1991 wurde Herr Gerhard Nüss rehabilitiert.

**Anmerkung:** Die Entscheidung über die Rehabilitierung kann nicht als Grundlage für nicht im Einklang mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen und internationalen Verpflichtungen stehende Vermögensansprüche deutscher Staatsangehöriger dienen.

Leiter der Abteilung Rehabilitierung  
 der Militärhauptstaatsanwaltschaft:  
 [Siegel, Unterschrift] L.P. Kopalín

[Bitte beachten: Die Namensschreibung auf diesem Formblatt erfolgt aufgrund der Schreibweise im russischen Original. Bei der Rückübertragung in lateinische Buchstaben kann es daher u.U. zu kleineren Unterschieden in der Schreibweise kommen.]

Семьями и именами .....  
 22.02.1912 г. 1912 г.  
 Год рождения .....  
 Военное звание .....  
 Род войск .....  
 Место постоянного жительства .....  
 Выдан ..... 194 г.  
 М.П. Военный комендант р-на Генерал .....  
 Подпись .....

Отметка о прохождении .....  
 1942-1947 гг.  
 Сержант .....  
 март .....  
 май .....  
 июнь .....  
 июль .....  
 август .....  
 сентябрь .....  
 октябрь .....  
 ноябрь .....  
 декабрь .....

[illegible]

Dokumente 21/22: Nach fünfzigjähriger Lagerung in einem Moskauer Archiv:  
Personenregistrierkarte der SBZ (Privatarchiv Dammasch)

Spickzettel für eine Biologiearbeit in der 11. Klasse – eine verschlüsselte Spionagenachricht? (Privatarchiv Würdig)

Trotzdem ist die Rehabilitationsurkunde von Bedeutung. Ist sie doch der späte Abschluss eines Lebensabschnittes dieser jungen Leute, der mit jugendlichem Aufbegehren, mit engagiertem Eintreten für Demokratie und Freiheit, mit Protest gegen Vorgeschriebenes und Vorgegebenes begann und mit einem großen Stück verlorenen Lebens endete.

## Zweiter Teil: Arbeitsbericht

Es begann alles damit, dass uns unser Lehrer, Herr Schmidt, in der ersten Stunde nach den Winterferien 1998 von einer Fachtagung für Geschichtslehrer erzählte. Er hatte dort erfahren, dass es vor fünfzig Jahren, 1947-1949, im Bismarck-Gymnasium Genthin eine Gruppe von Schülern der oberen Klassen gab, die sich gegen das System zur Wehr gesetzt hat. Dafür wurden die Jugendlichen von einem sowjetischen Militärgericht zu hohen Haftstrafen – insgesamt 258 Jahre – verurteilt. Die ganze Geschichte sei aber ziemlich unbekannt und es wäre sicher interessant sie aufzuarbeiten. Herr Schmidt meinte, es wäre eventuell eine lohnende Aufgabe für eine Projektgruppe, den Spuren der Ereignisse von damals nachzugehen.

Als wir uns zu Hause über die Idee unterhielten, meinten wir, ein solches Projekt wäre sicher sehr aufregend, weil hier Geschichte einmal ganz in der Nähe passiere und deshalb lebendiger wäre als im Geschichtsbuch. Unsere Eltern und Großeltern, mit denen wir auch darüber sprachen, erinnerten sich, dass 1949/50 mehrere Schüler verschwunden waren, auch ein Name tauchte auf, Familie Würdig, die heute noch in unserem Dorf lebt.

Das gab den Ausschlag. Wir beschlossen eine Projektgruppe zu bilden und Herrn Schmidt zu bitten, uns als Tutor zu unterstützen.

Wir sind fünf Schülerinnen der 12. Klasse, damals waren wir in der 11. Klasse. Das Projekt sah zwar nach viel Arbeit aus, aber recherchieren, Zeitzeugen befragen, in Archiven nach Spuren suchen, das stellten wir uns sehr spannend vor.

Das ist jetzt ein Jahr her. Heute wissen wir ziemlich genau, was damals alles passiert ist. Wir kennen die Gründe, die die Jugendlichen zu Protest und Widerstand geführt haben und wir kennen das Ergebnis. Heute kann man sagen, es war ein langer und komplizierter Weg, der nicht immer nur Spaß machte, sondern richtig harte Arbeit war.

In diesem Arbeitsbericht wollen wir versuchen diesen Weg noch einmal nachzuzeichnen. Wir möchten darstellen, auf welche Weise wir die Geschichte erforscht haben, wie wir also zu den Kenntnissen gekommen sind.

Wir wollen aber auch berichten, wo es Probleme gab und wir ohne Hilfe nicht weitergekommen wären. Wir möchten die Form erläutern, in der wir im ersten Teil unsere Arbeitsergebnisse dargestellt haben, z. B. warum wir auf

eine chronologische Schilderung der Ereignisse verzichten und wir wollen erzählen, wie wir uns an für uns ganz neue wissenschaftliche Arbeitsmethoden herangewagt haben.

In diesem Bericht soll es auch um unsere Eindrücke und Empfindungen gehen, die wir hatten, als wir uns das erste Mal mit Dr. Kochheim und seinen Freunden trafen und vor allem was wir heute, nachdem die Arbeit abgeschlossen ist, für uns persönlich aufbewahren und mitnehmen.

Im März begannen wir mit der Arbeit. Es ging schon gleich mit einem Problem los. Eigentlich waren wir gar keine Schüler des Bismarck-Gymnasiums. Unser kleines Gymnasium in Güsen sollte entsprechend eines Kreistagsbeschlusses zum Ende des Schuljahres 1997/98 dem Genthiner Bismarck-Gymnasium angegliedert werden. Wir waren darüber sehr traurig und hatten zu der neuen Schule keine Beziehung. Es war daher vor allem der Umstand, dass einer der Beteiligten aus unserem Heimatdorf Parey stammte, der uns bewog das Projekt trotzdem in Angriff zu nehmen. Die Schwierigkeit für uns lag jedoch darin, dass wir von der Schulgeschichte des Bismarck-Gymnasiums überhaupt nichts wussten.

Auf unserem ersten Gruppentreffen berichtete Herr Schmidt, während einer Fachtagung der Adenauer-Stiftung sei am Rande eines Vortrages über Jugendwiderstand in den ersten Jahren der DDR der Name der Oberschule Genthin genannt worden. Der Referent hatte dann auf Nachfrage auf die einzige ihm bekannte Quelle verwiesen: „Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945-1958“ von Gerhard Finn.

Hier heißt es: *27. Januar 1950 - Das SMT Halle verurteilt einen Fritz Heinrich und elf weitere Schüler der Oberschule Genthin wegen Verbindung zu Westberliner LDP-Kreisen zu insgesamt 258 Jahren Arbeitslager.*

Wir hatten also zumindest einen Namen als Anhaltspunkt. Es müsste doch möglich sein, anhand alter Schülerlisten oder Klassenbücher weitere Schüler zu ermitteln, die nach dem Januar 1950 nicht mehr in der Schule waren. Vielleicht gab es Adressen, eventuell noch lebende Verwandte, die man befragen könnte. Das hörte sich nach spannender Recherche an.

Doch dann kam die erste Enttäuschung. Unser Tutor hatte entdeckt, dass im Vorjahr eine Festschrift anlässlich des Schuljubiläums des Bismarck-Gymnasiums erschienen war und darin hatte ein Dr. Hansjochen Kochheim über den Aufbau einer Schülervertretung berichtet und darüber, wie diese in Konflikt mit der Staatsmacht geriet. Der Erinnerungsbericht schilderte dann die Verhaftung von sieben Jugendlichen in Genthin.

Lohnte es sich überhaupt unser Projekt zu beginnen, wo doch hier schon alles stand?

Doch beim genaueren Lesen erkannten wir, dass der Bericht eigentlich viel mehr Fragen aufwarf, als er beantwortete und wir beschlossen weiterzumachen.

Als erstes arbeiteten wir den Erinnerungsbericht von Dr. Kochheim aufmerksam durch. Anders als Finn spricht er nur von sieben Verhafteten, davon außer ihm noch drei weitere Schüler: Wolfgang Niemeyer und Franz Freitag aus Genthin sowie Achim Würdig aus Parey. Wir hatten von den zwölf bei Finn genannten Schülern jetzt also fünf Namen.

Nun legten wir gemeinsam die nächsten Aufgaben fest:

- Wir mussten im Schularchiv prüfen:
  - Gibt es Schülerlisten oder Klassenbücher aus dieser Zeit?
  - Lassen sich eventuell über ab Januar 1950 fehlende Schüler weitere Namen ermitteln?
  - Gab es in der Schule den bei Finn genannten Fritz Heinrich?
  - Gibt es Adressen, eventuell Familien, um den Verbleib der Verurteilten ermitteln zu können?
  - Gibt es Zeitzeugen, die man befragen kann?
- Im Stadtarchiv und im Archiv der Lokalzeitung „Volksstimme“ war nach Hinweisen auf die Verhaftung zu suchen.
- Eine Anfrage an die Gauck-Behörde war vorzubereiten.
- Da Finn als Verurteilungsgrund Verbindungen zu Westberliner LDP-Kreisen nannte, hielten wir eine Anfrage im Archiv des deutschen Liberalismus in Gummersbach für sinnvoll.
- In der Festschrift zum Schuljubiläum sind Berichte auch von anderen ehemaligen Schülern abgedruckt, die uns als Zeitzeugen un-



ter Umständen weiterhelfen könnten. Sowohl diese Personen als auch die bei Kochheim genannten Schüler sind jetzt Mitglied des Fördervereins des Bismarck-Gymnasiums, sodass wir von der Schulleitung sehr leicht die Adressen erfragen konnten. Nun galt es, eine erste briefliche Kontaktaufnahme vorzubereiten.

- Als Zeitzeugin bot sich auch Frau Dr. Stiebens an, die als junge Lehrerin diese Jahre miterlebt hat und zu der wir Kontakt aufnehmen wollten.

Die einzelnen Aufgaben verteilten wir auf die Mitglieder der Projektgruppe. Lediglich die Recherchen in den Archiven wollten wir gemeinsam durchführen.

Das Stadtarchiv erwies sich als nicht ergiebig für unser Projekt. Der Stadtarchivar, Herr Kreutzmann, gab uns zwar Hinweise für die weitere Arbeit und ließ uns auch einmal „Archivluft schnuppern“, erläuterte uns jedoch, dass solche politischen Vorgänge weder im Stadt- noch im Kreisarchiv zu finden seien. Diese seien grundsätzlich über die SED-Kreisleitung bearbeitet worden, sodass sie archivmäßig in den Beständen der ehemaligen SED-Bezirksleitung zu finden seien. Diese Akten sind heute in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen (SAPMO) beim Bundesarchiv eingestellt. Eine Nachfrage über die Vorgänge in der Schule würde sich aber auch im Landesarchiv Sachsen-Anhalt in Magdeburg empfehlen. Auf Grund dieses Vorschlags formulierten wir an beide Archive eine entsprechende Anfrage.

In den Beständen der Genthiner Lokalzeitung fand sich auch kein Hinweis auf die Verhaftung. Allerdings war im Mai 1949 eine Pressenotiz über die Wahl Hansjochen Kochheims in den 3. Deutschen Volkskongress zu finden.

Unsere Hoffnung konzentrierte sich nun auf das Schularchiv. Hier gab es für uns keine Probleme Zugang zu erhalten, da wir von der Schulleitung nicht nur unterstützt wurden, sondern auch das Interesse an unserer Arbeit sichtbar wurde.





Die Arbeit im Keller des altherwürdigen Schulgebäudes machte uns sehr großen Spaß. Zum Glück hatte unser Tutor uns vorher den Tip gegeben, uns kleidungsmäßig auf diese Arbeit einzurichten, die sich tatsächlich als sehr staubig erwies.

Leider waren gerade zu den uns interessierenden Jahrgängen keine Klassenbücher mehr vorhanden, jedoch stießen wir auf zwei sehr wertvolle Unterlagen: das Hauptbuch der Schule (komplettes Schülerverzeichnis, das im Jahr 1922 beginnt) und das Protokollbuch der Lehrerkonferenzen. Die Bedeutung des zweiten Dokumentes erkannten wir erst etwas später, als wir uns tiefer in das Projekt eingearbeitet hatten und darin Informationen über Entstehung, Entwicklung und Auflösung der Schülervertretung fanden.



Die Auswertung des Hauptbuches ergab wichtige Hinweise. Wir fanden eine Reihe von Schülern, deren Verbleib ungeklärt ist. Ihre Namen erscheinen nur in der Rubrik „Aufnahme“, es fehlen „Abgangsdatum/Abgangsgrund“. Um einen möglichen Fehler beim Führen des Buches auszuschließen, verglichen wir die Namen deshalb mit den Abiturlisten. Aber auch hier tauchten sie nicht auf. Da zwei dieser Schüler Achim Würdig und Franz Freitag waren, von denen wir wissen, dass sie verhaftet worden sind, lag die Vermutung nah, dass auch die anderen oder zumindestens einige von ihnen zum Kreis der Verhafteten gehören.

Wir mussten jetzt damit rechnen, auch auf Personen zu stoßen, die mit unserem Projekt nichts zu tun haben. Daher beschlossen wir, aus Datenschutzgründen in unserer Arbeit nur die Namen der Betroffenen oder unmittelbar Beteiligten, die ihr Einverständnis erklärt hatten, zu verwenden.

Namen, die hier im Hauptbuch neu auftauchten, waren: Wilhelm S., Arno K., Wolfgang M. und Helmut G.

Wir konnten bei der Arbeit im Schularchiv also zumindest einen Teilerfolg erreichen.

Wir hatten Namen möglicher Betroffener ermittelt und verfügten über das Protokollbuch als ganz wichtige Quelle der Vorgänge dieser Zeit. Leider hatte sich unsere Hoffnung auf Adressen und mögliche noch lebende Verwandte zerschlagen, da ja die Klassenbücher dieser Jahrgänge nicht mehr existierten. Auch mussten wir feststellen, dass der bei Finn genannte Fritz Heinrich nicht im Hauptbuch erscheint, und damit kein Schüler der Genthiner Oberschule gewesen sein konnte.

Als eine weitere Möglichkeit, Zeitzeugen zu ermitteln, nutzten wir die Presse. Wir veröffentlichten einen Artikel in der Genthiner Lokalzeitung „Volksstimme“, in der wir das Geschehen von 1949 kurz darstellten und Zeitzeugen baten, sich unter einer Kontaktadresse zu melden, was leider ohne Ergebnis blieb.



Dokument 23: Genthiner Volksstimme vom 16.6.1998



Die Gauck-Behörde reagierte relativ schnell auf unseren Brief. Zur Bearbeitung der von uns gestellten Anfrage mussten wir zunächst einmal eine formelle Bestätigung unseres Forschungsauftrages durch die Schulleitung einreichen.

Auch das Archiv des deutschen Liberalismus antwortete nach kurzer Zeit auf unser Schreiben. Uns wurde mitgeteilt, dass gezielte Recherchen nur möglich sind, wenn wir konkrete Namen nennen können. Weil wir zum Zeitpunkt unserer Anfrage an dieses Archiv nur über die von Kochheim und Finn genannten Namen verfügten, konnten die Recherchen auch nur auf diese Namen bezogen werden. Unsere Hoffnungen, über das Archiv auch Namen von anderen Betroffenen ermitteln zu können, erfüllten sich also leider nicht.



Wir bekamen eine Reihe von Auskünften über Wolfgang Niemeyer und Achim Würdig. Auch ein Brief Hansjochen Kochheims an den LDP-Vorstand wurde aufgefunden. Franz Freitag und Fritz Heinrich konnten in den Unterlagen des Archivs nicht nachgewiesen werden. Zusätzlich wurde

uns ein Bericht über Herbert Geisler beigelegt, in dem kurz auf die Genthiner Gruppe eingegangen wird. Der Name Geisler war für uns neu und die Bedeutung dieses Berichtes sollte uns erst viel später klar werden.

Auch das Bundesarchiv, das wir auf Anraten des Genthiner Stadtarchivars angeschrieben hatten, antwortete uns bald. Während die Recherchen des Archivs in Bezug auf eine Widerstandsgruppe an der Oberschule Genthin im Bestand des Ministeriums für Volksbildung negativ verliefen, wurde im Aktenbestand der Abteilung Volksbildung des Zentralkomitees der SED ein Vorgang ermittelt.

Dieser beinhaltet einen Lagebericht über den Zustand an den Schulen der SBZ an die höchste Führungsspitze Pieck, Grotewohl, Ackermann und Winzer. Am Beispiel der Oberschule Genthin wurde über parteifeindliche Tendenzen in Schulen berichtet. Hier hatte eine Schülervvertretung eine Resolution an die Zentralverwaltung für Volksbildung verfasst, in der Zulassungsbedingungen zum Studium kritisiert wurden. Der damalige Schulleiter Jänicke wurde im Zusammenhang mit dieser Resolution aus der Partei ausgeschlossen. Später ermittelten wir, dass dieser Schulleiter auch aus seinem Amt entfernt und moralisch diffamiert wurde.

Im Brief des Bundesarchives wurde außerdem auf vorhandene Unterlagen des Gesamtdeutschen Institutes verwiesen, die im Lesesaal eingesehen werden könnten. Außerdem würde in diesem Archiv die zentrale Gefangenenkartei des Ministeriums des Inneren der DDR sowie eine Archivkartei aufbewahrt, die Auskunft über Personen gibt, die sich in sowjetischen Internierungslagern befunden haben. Die Einsichtnahme in diese Bestände setze jedoch eine entsprechende Einverständniserklärung der Betroffenen voraus.

In der Zwischenzeit hatten wir brieflichen Kontakt zu all den Personen aufgenommen, die Kochheim in seinem Erinnerungsbericht genannt hatte, und deren Adressen wir über den Förderverein in Erfahrung bringen konnten. Außerdem hatten wir die ehemaligen Schüler angeschrieben, deren Namen wir in der Festschrift gelesen hatten und die als mögliche Zeitzeugen in Frage kamen. Nach und nach bekamen wir die Antworten.

Der erste Brief, der uns erreichte, kam von Wolfgang Caspari, den wir als Zeitzeugen angeschrieben hatten. Er bekundete sein Interesse an unserem Projekt und sagte uns Hilfe zu. So nannte er den Namen eines weiteren, von der sowjetischen Besatzungsmacht verhafteten Schülers: Manfred S. und dessen Adresse. Bei genaueren Recherchen stellte sich allerdings heraus, dass dieser nicht zur Gruppe gehörte und bereits im September 1945 aus anderen Gründen verhaftet worden war.

Wolfgang Caspari konnte uns viele Informationen über den Schulalltag in dieser Zeit vermitteln und die Aufbruchstimmung, die damals herrschte. Er berichtete uns über sein Mitwirken in der von der Schülervvertretung gegründeten Theatergruppe und wie diese sich gegen die Vereinnahmung durch die FDJ zur Wehr gesetzt hatte.

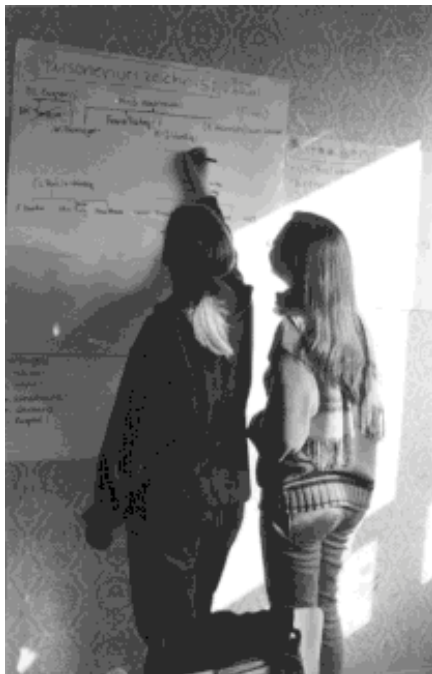
Wenig später erreichte uns ein Brief von Dr. Kochheim, der seiner Freude über unser Projekt Ausdruck verlieh und seine Bereitschaft zur Mitarbeit zusicherte. Er nannte uns die bis dahin noch fehlende Adresse von Franz Freitag, den wir daraufhin auch anschreiben konnten. Eine wichtige Information

Dr. Kochheims zeigte uns, dass man mit Quellen kritisch umgehen muss: Der von Finn genannte Fritz Heinrich wurde zwar als Mitglied einer jugendlichen Widerstandsgruppe im gleichen Prozess wie die Genthiner Jugendlichen verurteilt, gehörte jedoch nicht zur Genthiner Gruppe. Wir konnten ihn daher auch nicht im Schülerverzeichnis finden.

In der Zwischenzeit hatten andere Mitglieder unserer Projektgruppe in ihrem Wohnort Parey weitere Recherchen angestellt. Sie stießen bei der Befragung von Zeitzeugen auf einen Namen, den wir auch aus dem Schülerverzeichnis kannten, Ferdinand K. Die älteren Bürger erinnerten sich, dass er und ein befreundeter junger Lehrer aus Parey, Hans B. sich ihrer drohenden Verhaftung durch Flucht in die Westzonen entzogen hatten. Die Vermutung, es handele sich hier um weitere Gruppenmitglieder, lag auf der Hand. Da die Familien beider noch zu ermitteln waren, beschlossen wir Kontakt zu ihnen aufzunehmen.

In große Probleme brachte uns der Brief von Achim Würdig. Er berichtete uns, dass er im Januar 1950 als Mitglied der „Gruppe Kochheim“ verurteilt worden war. Zu dieser Gruppe gehörten nach seiner Aussage 13 Schüler und LDP-Mitglieder aus Genthin, Merseburg und Neuhalbensleben. Dieser Brief warf viele Fragen auf:

- Der Begriff „Gruppe Kochheim“ taucht hier zum ersten Mal auf. Nannte sich die Gruppe selbst so oder war der Name vom sowjetischen Militärgericht geprägt worden?
- Wie groß war die Gruppe insgesamt? Finn spricht von 12, Kochheim von 7 und Würdig von 13 Mitgliedern.
- Worauf bezieht sich die von Würdig genannte Zahl? Waren es 13 Schüler, die LDP-Mitglieder waren oder wurden im gleichen Prozess neben den Genthiner Schülern noch LDP-Mitglieder aus den genannten Orten verurteilt?



- Wenn ja, war das Zufall, oder gab es eine Verbindung zwischen Genthin und den anderen Orten?

Wir waren an einem Punkt der Recherche angelangt, wo die Gefahr bestand, dass wir auf Grund der Informationsfülle und der Widersprüchlichkeit der Information



nen die Übersicht verlieren. Zum Glück hatten wir in unserem Schulgebäude einen kleinen Raum für unsere Projektarbeit zur Verfügung gestellt bekommen. Hier schufen wir uns die Möglichkeit, die Ergebnisse und Fortschritte unseres Projektes graphisch darzustellen. Dazu hefteten wir Tapeetenbahnen an die Wand, auf die wir alle Informationen, die wir bis zu dem Zeitpunkt hatten, sowie die als nächstes zu lösenden Aufgaben schrieben. Wir machten uns auch in einer Skizze deutlich, welche Informationen wir wann und woher erhalten hatten.

Da der Brief von Achim Würdig solche Probleme aufgeworfen hatte, fragten wir in einem weiteren Schreiben an ihn noch einmal nach. An die Herkunft des Namens „Gruppe Kochheim“ konnte er sich nicht mehr erinnern. Allerdings brachte er jetzt doch etwas mehr Klarheit in die Frage nach der Anzahl der Gruppenmitglieder: Er schrieb uns, dass Genthiner Oberschüler nur die vier von Kochheim genannten Personen waren. Zur Gruppe gehörten



auch noch drei weitere Jugendliche aus Genthin. Während des Prozesses seien dann aber noch weitere Jugendliche aus anderen Orten mit verurteilt worden. Genauere Auskünfte darüber würden wir aber von Dr. Kochheim erhalten können.

Parallel zu unseren anderen Recherchen hatten wir einen Termin im Lesesaal des Bundesarchivs in Berlin verabredet. Wir waren sehr enttäuscht, als wir erfuhren, dass wir als Schüler keinen Zugang zu Archivmaterialien erhalten könnten. Diese Arbeit konnte nur durch unseren Tutor erfolgen. Vor dem gleichen Problem standen wir auch einige Wochen später beim Landesarchiv Magdeburg. Die Berechtigung dieser Festlegung ist für uns nicht nachvollziehbar, denn bei späteren Recherchen in der Gauck-Behörde stellten Schüler im Archiv kein Problem dar und wir erhielten die Akten zur Einsichtnahme.



Unser Tutor fand bei der Recherche im Bundesarchiv in den Beständen des Gesamtdeutschen Institutes Unterlagen zu den von uns gesuchten Personen. Das waren Akten des Untersuchungsausschusses freier Juristen zum Aufnahmeverfahren

ehemaliger politischer Häftlinge sowie Karteikarten, die von diesem Ausschuss über Inhaftierte angelegt worden waren. Auf diesen Karteikarten waren auch Verweise zu anderen Personen zu finden. Auf diese Weise er-

gänzte sich unsere Namensliste. Wir hatten jetzt zusätzlich: Gerhard Nühs, Horst Meusel, Hans-Joachim P., Arthur K., Ulrich L. und Kurt S.

Auf unsere von Achim Würdig empfohlene Nachfrage bei Dr. Kochheim bestätigte dieser die von Würdig getroffene Aussage und ergänzte sie in folgender Weise. Zur Gruppe gehörten vier Oberschüler: Hansjochen Kochheim, Achim Würdig, Wolfgang Niemeyer und Franz Freitag. Außerdem die Genthiner Gerhard Nühs



und Fritz Dammasch, sowie Horst Meusel aus Neuwaldensleben, die alle mit der Schule nichts zu tun hatten. Alle wurden gemeinsam verurteilt.

Damit bestätigten sich zwei der Namen, die wir in den Berliner Akten ermittelt hatten: Gerhard Nühs und Horst Meusel.

Kochheims Brief hieß für uns auch, dass wir die Recherchen in Parey zunächst nicht weiterführen mussten, denn die dort ermittelten Personen hatten nach seiner Aussage nicht zur Gruppe gehört. Wir nahmen uns aber vor, ihm möglichst bald unsere gesamte Namensliste vorzulegen.

Da uns Dr. Kochheim angeboten hatte, telefonisch Kontakt aufzunehmen um eventuelle Fragen besser klären können, machten wir von diesem Angebot recht schnell Gebrauch. Während des Telefonates erfuhren wir, dass Dr. Kochheim für die nächste Zeit einen Besuch in seiner alten Heimatstadt geplant hatte, und er stellte sich für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Dieses erste Treffen war für uns sehr wichtig. Wir nahmen erstmals persönlichen Kontakt zu einem Mitglied der „Gruppe Kochheim“ auf und lernten uns dadurch etwas kennen. Wir berichteten vom Stand unserer Ermittlungen und merkten, dass unser Gesprächspartner von unserer Arbeit sehr beeindruckt war. Da wir erstmals ein solch positives Feedback erhielten, gab uns das natürlich großen Auftrieb.

Dieses Gespräch war für uns außerdem sehr wichtig, weil es mit Dr. Kochheims Hilfe gelang, in das zusammengetragene Wissen und in die verwirrende Vielfalt von Informationen einen roten Faden zu bringen. So konnten wir, indem wir ihm unsere Namensliste vorlegten, endgültig klären, wer Mit-

glied der „Gruppe Kochheim“ gewesen war, woher der Begriff stammte, welcher Zusammenhang zwischen Schülern und LDP-Mitgliedern bestand und welche Rolle die verschiedenen Orte spielten. Damit hatten sich die von uns in Parey, im Schülerverzeichnis und im Bundesarchiv ermittelten anderen Namen als falsche Spur erwiesen.



Auch ein anderes Problem hatte sich in diesem Gespräch geklärt. Zur weiteren Arbeit im Bundesarchiv benötigten wir wie bereits erwähnt persönliche Vollmachten. Wir hatten jedoch bisher Bedenken gehabt, von Personen, die wir nicht persönlich kennen, eine solche Einverständniserklärung zu erbiten. Als wir Dr. Kochheim dieses Problem schilderten, erklärte er sich sofort bereit, von seinen Freunden diese Vollmachten zu beschaffen. In dieser Zeit entstanden auch zu anderen Mitgliedern der „Gruppe Kochheim“ telefonische Kontakte.

Zu diesem Zeitpunkt hatten wir zum ersten Mal in unserer Projektarbeit den Eindruck, dass wir die Ereignisse zwischen 1947 und 1950 kennen. Die vielen verwirrenden und sich teilweise sogar widersprechenden Informationen, die wir bis dahin gesammelt hatten, begannen sich in eine Ordnung zu fügen. Sie konnten durch noch ausstehende Ermittlungen lediglich ergänzt werden. Wir hatten auch zum ersten Mal das Gefühl, dass wir mit unserer Arbeit etwas Neues, bisher Unbekanntes herausgefunden hatten und dass wir unser Projekt zu einem erfolgreichen Ergebnis führen könnten. Nun hatten wir auch das Bedürfnis, dieses Ergebnis in irgendeiner Weise anderen mitzuteilen. Immerhin hatten wir jetzt vier Monate hart gearbeitet, hatten sehr viel Freizeit investiert und ein Ergebnis erreicht, das man vorzeigen konnte.

Daher empfanden wir es als glücklichen Umstand, dass zum Schuljahresende die Ausschreibung zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte erschien, dessen Thematik mit unserem Projekt übereinstimmte. Zu diesem Zeitpunkt bemerkten wir, wie publik unser Projekt geworden war, denn wir wurden nicht nur von der Schule zur Wettbewerbsteilnahme angeregt, auch unser Stadtarchivar schickte uns ein Exemplar der Ausschreibung. Er gab dazu den Hinweis, dass der Wettbewerb doch ein guter Anlass wäre, unser Projekt weiterzuführen und zu einem richtigen Abschluss zu bringen.



Nun standen wir wieder vor einer schwierigen Entscheidung: Sollten wir das Projekt zum jetzigen Zeitpunkt abschließen, oder wollten wir die neue Herausforderung annehmen. Das würde bedeuten, dass wir unsere bisherigen Ergebnisse wissenschaftlich auf-

arbeiten müssten. Wir müssten auch die in Archiven nicht zu lösenden Fragen nach Inhalt und Motivation des Widerstandes der Jugendlichen durch persönliche Gespräche mit den Betroffenen klären und alles in eine entsprechende äußere Form bringen. Wir sahen einen großen Berg Arbeit auf uns zukommen. Doch die Geschehnisse in den Jahren 1945 bis 1950 hatten uns so gefesselt, dass wir uns entschlossen weiterzumachen. Uns war dabei klar, dass wir zwar ein Arbeitsergebnis hatten, auf dem wir aufbauen konnten, aber unsere gesamte bisherige Tätigkeit am Projekt für diesen Wettbewerb nur eine Vorarbeit darstellte.

Wir hatten herausgefunden, wer die „Gruppe Kochheim“ eigentlich war, und dass man sie wegen „Spionage, illegaler Gruppenbildung und antisowjetischer Hetze“ zu drastischen Freiheitsstrafen verurteilt hatte.

Besonders wichtig und interessant erschien uns jetzt die Frage nach Inhalt und Motivation des Widerstands, worin bestand beispielsweise die „Spionage“? Daher mussten wir uns jetzt neue Arbeitsfelder abstecken und neue Aufgaben festlegen.

Es waren nicht mehr nur die Archivrecherche und die Arbeit mit Akten gefragt, sondern es ging um das persönliche Gespräch mit den Betroffenen und Zeitzeugen. Wir mussten uns folgende Fragen stellen:

- Welche Ziele hatte die Gruppe und warum haben sich die Jugendlichen so sehr dafür engagiert?
- Was haben die Jugendlichen zur Durchführung dieser Ziele konkret unternommen?
- Wie reagierten Eltern und das persönliche Umfeld auf ihre politische Aktivitäten?
- Wie war es möglich, sie wegen Spionage zu verurteilen?
- Wie reagierten Lehrer und Mitschüler auf die Verhaftung?
- Welche Erinnerungen haben sie an die Haft und wie gehen sie heute damit um?
- Wie sehen sie aus heutiger Sicht ihr damaliges Engagement?





Nun nahmen wir auch, wie wir schon zu Beginn des Projektes geplant hatten, Kontakt zu Frau Dr. Stiebens auf. Wir hofften, dass sie sich nicht nur als Lehrerin an die Ereignisse von damals erinnert, sondern auch als gewählter Vertrauenslehrer der Schülervertretung. In unserem Gespräch ging es vor allem um zwei Problemkreise:

Reaktionen von Lehrern und Schülern auf die Verhaftung der Schüler und die Person des Schulleiters Jänicke. Wir wussten bis zu diesem Zeitpunkt nur, dass Jänicke auf Grund der Resolution der Schülervertretung aus der SED ausgeschlossen worden war. In den Berichten der Lehrerkonferenzen hatten wir festgestellt, dass ab Oktober 1948 seine Unterschrift unter den Protokollen fehlte.



Wir erfuhren von Dr. Stiebens, dass Lehrer und Mitschüler sehr wohl über die politische Motivation der Verhaftung Bescheid wussten, darüber jedoch nur im vertrauten Kreise sprachen. Die Lehrer waren zu Beginn des Schuljahres 1948/49 nur über die Versetzung Jänickes informiert

worden, ohne dass Versetzungsgründe oder der Ort seiner neuen Tätigkeit genannt worden waren. Allerdings gab es plötzlich Gerüchte, Jänicke sei wegen Diebstahl von Schuleigentum versetzt worden, was jedoch niemand im Kollegium glaubte.

Zu diesem Zeitpunkt wurde uns bewusst, dass wir die Antworten auf unsere Fragen nur von den Betroffenen selbst erhalten können. Es entstand die Idee, ein Interview durchzuführen. Wir freuten uns sehr, als Dr. Kochheim uns seine Hilfe zusicherte und vorschlug, mit seinen Freunden darüber zu sprechen.

Obwohl wir natürlich gehofft hatten, dass wir die Möglichkeit erhalten, Mitglieder der „Gruppe Kochheim“ kennenzulernen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen, waren wir doch sehr überrascht, als wir eine Zusage der Herren erhielten, denn allein schon auf Grund der großen räumlichen Distanz hatten wir die Durchführbarkeit unserer Idee angezweifelt.

Einerseits freuten wir uns sehr und waren auch irgendwie stolz darauf, an so einem Projekt mitzuwirken, andererseits bekamen wir aber auch ein wenig Angst, weil uns bewusst wurde, wieviel Arbeit bis zum Interviewtermin noch auf uns zukommt. Außerdem ist es etwas völlig anderes mit Quellen und Archivmaterial in der Projektgruppe zu arbeiten, als den „zentralen Figuren“ des Projekts gegenüber zu sitzen. Wir gingen auf Grund der Telefonate mit den Herren davon aus, dass diese sehr interessiert an dem Projekt aber auch sehr kritisch sind. Wir nahmen uns also vor, uns so gut wie möglich vorzubereiten.

Da wir mit qualitativer Forschung keinerlei Erfahrungen hatten, versuchten wir uns anhand einschlägiger Literatur das notwendige Wissen anzueignen. Wir machten uns u. a. damit vertraut, wie man Interviews durchführt, was man dabei zu beachten hat und was dem Interviewer für Fehler unterlaufen können. Innerhalb der Kürze der Zeit, die uns zur Vorbereitung der Befragung zur Verfügung stand, war es unserer Meinung nach nicht möglich, tiefer in die Materie einzudringen, weshalb unsere Befragung auch weder den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit noch auf Allgemeingültigkeit stellt. Da in der qualitativen Forschung eine ganze Reihe von speziellen Methoden zur Verfügung stehen, einigten wir uns innerhalb der Projektgruppe auf eine Form des Gruppeninterviews als ein leitfadenorientiertes und auf Erzählung abzielendes Interview. Ausschlaggebend bei dieser Entscheidung war vor allem unser Anspruch an das Interview. Wir wollten die einzelnen Mitglieder der „Gruppe Kochheim“ nicht befragen, sondern ein Gespräch zwischen ihnen und unserer Projektgruppe erreichen. Da wir noch nie ein Interview geführt hatten, beschlossen wir jedoch, bei der Befragung nicht nur mit einem Leitfaden zu arbeiten, sondern unsere Fragen auszuformulieren, wobei wir uns jedoch vornahmen, abhängig von der Entwicklung des Gespräches diesen Fragebogen flexibel zu handhaben und uns dem jeweiligen Gesprächsverlauf anzupassen.

Nachdem wir uns auf die Interviewform geeinigt hatten, begannen wir den Fragebogen zu konzipieren. In mehreren Projektgruppentreffen trugen wir erst einmal eine Vielzahl von Fragen zusammen, die wir den Mitgliedern der „Gruppe Kochheim“ stellen wollten.

Obwohl wir im nächsten Arbeitsgang alle Fragen strichen, die sich wiederholten oder inhaltlich entsprachen, hatten wir immer noch so viele, dass eine weitere Streichung erforderlich wurde. Da natürlich jedes Mitglied der Projektgruppe seine Fragen in der Endfassung des Fragebogens sehen wollte, war es gar nicht einfach, eine Einigung zu erzielen. Wir entschieden alle die



Fragen zu entfernen, die wir anhand unserer Archivrecherche selbst beantworten können. Nachdem wir uns auf die zu verwendenden Fragen geeinigt hatten, begannen wir sie zu formulieren und den Fragebogen zu entwerfen. Wie bereits oben erläutert, haben wir den Fragebogen als eine Art Leitfaden konzipiert, der hauptsächlich dazu dienen sollte, mit den Befragten in ein Gespräch zu kommen. Wir haben die Fragen bewusst offen formuliert um den Befragten die Möglichkeit zu geben, sich so weit wie möglich zur Thematik äußern zu können.

In Vorbereitung auf das Interview mieteten wir den Sitzungsraum des Hotels, in dem die Herren während ihres Aufenthaltes wohnen wollten. Außerdem liehen wir uns in der Medienstelle des Landkreises Aufnahmegeräte aus, mit denen wir die Befragung aufzeichnen wollten. Da wir das Interview als ein Gespräch gestalten wollten, war es unserer Ansicht nach nur möglich, stichpunktartig mitzuschreiben, so dass die Tonbandaufnahmen einfach auch eine Notwendigkeit waren, um das Interview auswerten zu können. Außerdem teilten wir jedem eine bestimmte Aufgabe für das Interview zu. So entschieden wir, dass jedes Mitglied der Projektgruppe für die Befragung eines Mitglieds der „Gruppe Kochheim“ zuständig war und somit auch für die vollständige Erfassung der jeweiligen Antworten. Unser Tutor erklärte sich bereit, während des Interviews als Moderator zu agieren.

Gut vorbereitet, trotzdem aber sehr aufgeregt fuhren wir dann zu dem vereinbarten Treffen. Zunächst erfolgte eine allgemeine Begrüßung und eine kurze Vorstellungsrunde der Teilnehmer untereinander. Diese ersten Minuten waren unserer Meinung nach entscheidend. So versuchten wir trotz unserer eigenen Anspannung und Angst eine ruhige und entspannte Atmosphäre zu schaffen.



Uns war klar, dass ein Interview, wie wir es führen wollten, auf einer Vertrauensbasis beruht. Die Herren bewiesen uns zwar ihr Vertrauen bereits allein schon durch die Tatsache, dass sie an dem Interview teilnehmen wollten, aber wenn es uns nicht

gelingen würde, diese Vertrauensbasis aufrecht zu erhalten und zu vertiefen, würde das Interview ein Misserfolg werden.

Deshalb hatten wir vorbereitet, dass ein Gruppenmitglied einige Worte der Begrüßung und unseres Dankes sagte für die Bereitschaft, für unser



Projekt eine so weite Fahrt und auch finanzielle Belastungen auf sich zu nehmen. Dann überreichten wir jedem der Herren eine Rose. Damit war das Eis, wenn es überhaupt vorhanden gewesen war, gebrochen.

Dann begannen wir mit unserem Interview.

Wie wir schon bei der Vorbereitung erwartet hatten, mussten wir während des Interviews teilweise die Reihenfolge der Fragen ändern, weil sich im Laufe des Gesprächs manche Fragen erübrigt hatten, andere Fragen bereits beantwortet waren, oder einfach der Verlauf des Gesprächs eine andere Reihenfolge gebot.

In der qualitativen Forschung sind die Notizen des Forschers, die sogenannten Feldnotizen, das klassische Mittel der Aufzeichnung. Bei Interviews sollten sie daher das Wesentliche der Antworten des Befragten enthalten (vgl.

Flick 1998, S. 189). Die Aufnahme des Interviews auf Tonband gab uns allerdings eine gewisse Sicherheit, so dass wir versuchten, wirklich nur die Kerngedanken und wichtige Eindrücke stichpunktartig mitzuschreiben. Da wir aus der Literatur erfahren haben, dass



in der qualitativen Forschung als allgemeine Regel gilt, dass solche Feldnotizen möglichst unverzüglich bearbeitet werden, fingen wir noch am gleichen Tag anhand unserer Notizen und der Tonbänder an, die Interviewprotokolle zu schreiben.

Liest man die verschiedenen Protokolle, wird man erkennen, dass wir das Interview als ein Gespräch durchführten, und die Befragten sich gegenseitig ergänzten bzw. Gedanken aufgriffen und weitertrieben, so dass die Interviewprotokolle einzeln teilweise unverständlich wirken und nur im Zusammenhang zu verstehen sind. Weiterhin wird aus den Protokollen auch ersichtlich, dass infolge der vorliegenden Gruppenstrukturen die Befragten mehr oder weniger häufig das Wort ergriffen, so dass manche Interviewprotokolle relativ leer wirken. Da die gegebenen Antworten Ergebnisse des Gespräches in der Gruppe sind, werden wir in der folgenden Aufbereitung des Interviews immer von der Antwort der Befragten sprechen, auch wenn teilweise nur eine Antwort vorliegt.

Wir hatten bei der Erarbeitung unseres Fragebogens eine inhaltliche Gliederung in fünf verschiedene Bereiche vorgenommen:

1. Einleitung
2. Entstehung und Ziele der Gruppe
3. Ausweitung der Tätigkeit
4. „Gruppe Kochheim“ - Opfer des Kalten Krieges?
5. Rückerinnerung und Ausklang

## 1. Einleitung

**Was halten Sie davon, dass eine Schülergruppe des Bismarck-Gymnasiums versucht, die Geschichte von Ihnen als ehemaligen Bismarck-Schülern aufzuarbeiten?**

Die Befragten sahen dieses Projekt als sehr positiv an, da sie der Meinung waren, dass die jüngere Generation nur wenig über die Zeit nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges weiß. Interessant für uns war auch, dass unser Forschungsprojekt immerhin so bekannt geworden war, dass die Befragten teilweise davor gewarnt wurden, sich auf unser Projekt einzulassen. Herr Niemeyer sprach z. B. darüber, er *habe aber auch Hinweise gehabt, dass jemand sagte, das ist eine Abrechnung mit Kommunisten* (Niemeyer 1998 a, S. 1).

**Ist es für Sie schwer, durch unser Projekt wieder mit den Ereignissen von 1948/49 konfrontiert zu werden?**

Man merkte an der Beantwortung deutlich, dass die Befragten sich mit dieser Frage schon vor der Zusage zur Teilnahme an unserem Forschungsprojekt auseinandergesetzt hatten.

Die Befragten sagten aus, dass es für sie anfangs sehr schwer war, über diese Zeit zu sprechen. Dazu kam noch *Die anfängliche Scheu, untereinander darüber zu sprechen, weil man ja irgendwie verwickelt ist mit den anderen, in den Verhören* (Kochheim 1998 a, S. 1).

Diese Scheu haben sie inzwischen abgelegt und sich, wie aus der Beantwortung der Frage hervorging, ziemlich intensiv mit der Aufarbeitung ihrer eigenen Gefühle und Erfahrungen befasst.

Einigen konnten sich die Befragten hinsichtlich der Problematik nicht, ob man die Zeit der Haft als eine Lehrzeit für das weitere Leben ansehen kann. *Ich möchte diese Zeit nicht missen, denn es war für mich eine gute Lehrzeit, und durch die ganzen Erlebnisse habe ich viele Erfahrungen gesammelt.* (Dammach 1998, S. 1)

*So als Lehrzeit möchte ich es nun nicht sehen, in der Tat hat man Menschen so ganz anders kennengelernt. Aber man kann das, was man da kennengelernt hat, nun nicht unbedingt auf das normale Leben übertragen.* (Niemeyer 1998 a, S. 1)

Die Konfrontation mit den Ereignissen von 1948/49, die durch unsere Projektarbeit erfolgte, wurde durch die inzwischen ziemlich weit fortgeschrittene Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte von den Befragten nicht als schwer empfunden. Im Gegenteil, *man freut sich, dass diese Geschichte wieder aufgearbeitet wird und sich jemand neutral damit beschäftigt.* (Würdig 1998 a, S. 1)

## 2. Entstehung und Ziele der Gruppe

**Wie kam es zur Entstehung der „Gruppe Kochheim“?**

Die Befragten sagten aus, dass sie sich den Namen „Gruppe Kochheim“ nicht selbst gegeben haben, sondern dass er vielmehr eine Erfindung der Behörden war. *Wenn man heute den Namen „Gruppe Kochheim“ hört, denkt man, das war eine feste Gruppe und feste Organisation, das war aber so nicht.* (Kochheim 1998 a, S. 2)

Die Befragten waren als junge Leute vom Nationalsozialismus geprägt worden. Sie hatten den Krieg als Flakhelfer oder sogar als Soldaten miterlebt

und den Zusammenbruch des Dritten Reiches 1945, der für sie ein unvorstellbares Ereignis war (vgl. Kochheim 1998 a, S. 2).

Als die sowjetische Besatzungsmacht nach Kriegsende verkündete, dass nun das Volk regieren solle und man eine Demokratie aufbauen wolle, fühlten auch sie sich angesprochen. *Wir wollten jetzt unsere Meinung sagen und wir wollten im Zusammenschluss mit anderen einen neuen Staat aufbauen.* (Kochheim 1998 a, S. 2)

Aus diesem Grund bauten sie an der Schule die Schülervertretung auf und diejenigen, die keine Schüler mehr waren, traten einer Jugendgruppe der LDP bei. Nach Ansicht der Befragten war die Schülervertretung den Behörden jedoch ein Dorn im Auge, was sich z. B. darin äußerte, dass der Schuloffizier der sowjetischen Kommandantur ständig die Sitzungen der Schülervertretung besuchte und ihnen erklärte, *dass das, was wir da machten, falsch sei, es müsse alles über die FDJ laufen.* (Kochheim 1998 a, S. 2)

Die Befragten traten daraufhin in die FDJ ein, weil sie glaubten, durch ihre Mitwirkung die FDJ zu einer überparteilichen Jugendorganisation machen zu können, was sich jedoch bald als unmöglich herausstellte. *Man merkte also überall, dass selbstständiges Denken und selbstständiges Handeln in eigenständigen Organisationen wie der Schülervertretung nicht erwünscht war. Alles sollte über die FDJ, von der wir sehr bald merkten, dass sie eine kommunistische Jugendorganisation war, gehen. (...) Das hat uns geärgert und da haben wir dagegen opponiert* (Kochheim 1998 a, S. 2)

Die Befragten sahen sich in ihrer Arbeit nicht als feste Organisation und in dem Sinne auch nicht als feste Gruppe an, sondern als Gleichgesinnte, die sich zusammengefunden hatten.

### **Was für Ziele hatte die Gruppe? Was wollte sie durch ihren Bestand bewirken?**

Als Jugendliche, so äußerten unsere Gesprächspartner, waren sie vom Dritten Reich enttäuscht und nach Kriegsende glaubten sie, durch die sowjetische Besatzungsmacht eine Demokratie zu bekommen (vgl. Nühs 1998 a, S. 1).

Sie sagten *Wir waren immer noch damit beschäftigt, das zu verkraften, was in der Nazi-Zeit passiert war. (...) Dann, später, kam die Zeit des Neuanfangs. Wir haben uns viel versprochen von einer neuen Politik. Vor allem wollten wir, dass sich das nie wiederholt, was in der Nazi-Zeit war, darüber waren wir uns einig.* (Niemeyer 1998 a, S. 2)

Besonders Niemeyer schilderte die große Enttäuschung seiner Generation und beschrieb sehr anschaulich, wie sie auf der Suche nach etwas Neuem war. Durch den Verlust von Idealen auf der Suche nach einem neuen Halt und einer neuen Perspektive begegnete er Kochheim und anderen Gleichgesinnten und sie versuchten etwas Neues aufzubauen.

*Wir wollten für Demokratie, Völkerverständigung und Freiheit eintreten. Wir haben geglaubt, diese Ziele (...) verwirklichen zu können.* (Damasch 1998, S. 2)

### **Aus welchem Grund haben Sie sich so sehr engagiert?**

An dieser Stelle sagten die Befragten, dass sie versuchten, beim Aufbau eines demokratischen Staates zu helfen.

*Wir glaubten seinerzeit, dass das, was die sowjetische Besatzungsmacht, auch in den SMA-Befehlen, verkündete, beim Wort zu nehmen war. Wir wollten auch Demokratie und vielfältiger.* (Kochheim 1998 a, S. 3)

Die Befragten glaubten zunächst, dass die vor Ort tätigen Funktionäre verhinderten, dass sie mit ihren Demokratievorstellungen weiterkamen und in Wirklichkeit etwas ganz anderes gewollt sei. *Wir merkten aber recht bald, dass auch von oben her nichts anderes gewollt wurde als die Einheitspartei, die Einheits-Nationale-Front, die Einheitsjugend und wir wollten ja Vielfalt und eigenständige Parteien und eigenes Denken und nicht unterordnen unter ein Gesamtkonzept.* (Kochheim 1998 a, S. 3)

### **Wie standen Mitschüler und Lehrer zu Ihren politischen Aktivitäten?**

#### **Kamen von dieser Seite irgendwelche Reaktionen positiver oder negativer Art?**

Die Befragten erinnern sich, dass die Schülervertretung einen großen Anklang unter den Schülern fand, was eine eifrige Teilnahme bewirkte. Das führte ihrer Meinung nach zu einer wirklichen Vertretung in den Klassen und man setzte sich durchaus auch mal gegen das Lehrerkollegium durch.

Das Lehrerkollegium und in besonderem Maße der seit 1945 amtierende Direktor Herr Jänicke, *der eine bemerkenswerte Figur war an dieser Schule* (Kochheim 1998 a, S. 3), hat nach Ansicht der Befragten die Bemühungen der Schülervertretung in jeder Beziehung sehr unterstützt, was sich zum Beispiel darin äußerte, dass die Lehrer ohne weiteres ihr Einverständnis gaben, wenn die Schülervertretung einzelne Schüler für mehrere Tage an andere Schulen in Sachsen-Anhalt delegierte, denen man die Gedanken einer freien Schülervertretung nahebringen wollte.

### Wie haben Ihre Familien Ihre politischen Aktivitäten gesehen?

Bei der Beantwortung dieser Frage gab es zwei Tendenzen.

Ein Teil der Befragten sagte aus, dass er von den Eltern gewarnt worden war.

*Also meine Eltern haben gesagt: Junge sei vorsichtig, na ja gut, du weißt schon, was du machst.* (Würdig 1998 a, S. 2)

Die anderen Befragten sagten aus, dass sie mit den Eltern überhaupt nicht über ihr politisches Engagement gesprochen haben. *Ich wollte meine Eltern nicht auch noch damit belasten.* (Kochheim 1998 a, S. 4)

Einer Meinung war man sich jedoch darüber, dass die Eltern bzw. deren Generation nach Kriegsende so enttäuscht war, dass keinerlei politisches Interesse mehr vorhanden war.

### 3. Ausweitung der Tätigkeit

#### Wie hat die Genthiner Gruppe versucht, Kontakt zu anderen Gruppen herzustellen? Woher kam die Kenntnis von der Merseburger Gruppe?

Unsere Gesprächspartner sagten aus, dass der Kontakt zu anderen Gruppen u. a. durch die Schülervertretung zustande kam. Da diese versuchte, ihre Vorstellung von einer freien Schülervertretung auch anderen nahezubringen, schickte sie Kuriere in andere Schulen, die den Schülern dort ihre Ideen darlegten.

Außerdem besuchten sie Parteitage der LDP in Berlin und bauten so verschiedene Verbindungen auf, so auch zur Merseburger Gruppe.

An dieser Stelle wiesen die Befragten noch einmal darauf hin, dass die gemeinsame Bezeichnung der Genthiner und der Merseburger Gruppe als „Gruppe Kochheim“, wie wir sie teilweise auch bei unserer Archivrecherche gefunden hatten, nicht korrekt sei (vgl. Kochheim 1998 a, S. 4).

#### Was haben Sie sich von dem Kontakt zu der Westberliner Gruppe versprochen?

Nach dem Grund für die Kontaktaufnahme zur Westberliner Gruppe und Geisler gefragt, äußerte Dr. Kochheim: *Wir wollten Schriften lesen, die man bei uns nicht erhielt und was man in den Zeitungen bei uns nicht lesen konnte, wir erhofften uns natürlich in erster Linie Hilfe und Unterstützung in dem Bestreben, demokratische Verhältnisse auch bei uns einzuführen.* (Kochheim 1998 a, S. 4)

### Wie liefen die Treffen in Berlin ab?

Die Jugendlichen nahmen wie bereits vorher erklärt, den Kontakt zur Westberliner LDP auf, um neue Erkenntnisse zu gewinnen und Schriften zu lesen, zu denen sie sonst keinen Zugang hatten. Interessant an dieser Stelle war für uns vor allem die Schilderung der Treffen.

*Ja, das war schon, das Gefühl hatten wir, konspirativ. (...) Wir durften zu dem Jugendreferenten Geisler nicht direkt rein, wir wurden immer durch ein Nebenhaus durch eine kleine Hintertür durchgelassen. Das hatte man uns erklärt wegen der Gefahr entdeckt und dann zu Hause verhaftet zu werden. Es durfte nicht jeder sehen, dass wir da reingingen.* (Kochheim 1998 a, S. 4)

Herr Niemeyer, der zum Zeitpunkt des Aufbaus der Schülervertretung aus Gründen einer Erkrankung für den Zeitraum eines Jahres den Schulbesuch unterbrach, war unabhängig von den anderen allein nach Westberlin gefahren. *Ich habe mich umgeschaut und dann erfuhr man da, dass Lieferwagen mit Kameras vor den Büros von der SPD, FDP und CDU standen und filmten. Sie nahmen alle Leute auf, die da ein- und ausgingen. Insofern war die Empfehlung über die Hintertüren zu gehen schon richtig.* (Niemeyer 1998 a, S. 4)

Die Befragten wurden während der Treffen vom Jugendreferenten Geisler u. a. zu den Lebensumständen in der SBZ befragt, und haben diese Fragen auch arglos beantwortet. Erst sehr viel später erfuhren sie, so Dr. Kochheim, dass Geisler diese Informationen an westliche Geheimdienste weiterleitete. *Die Geheimdienste schossen ja damals aus dem Boden (...) Damit wurde ja Geld verdient. Und da sind wir als Auskunftspersonen nur ausgehorcht worden, was uns nachher zum Verhängnis wurde.* (Kochheim 1998 a, S. 5)

#### Auf welche Art verteilten Sie den „Wegweiser“?

Auf die Frage nach der Verteilung der Broschüre „Wegweiser“ antworteten die Befragten, dass sie die Hefte nicht auslegten aus Angst, dass sie in falsche Hände geraten könnten, sondern ausschließlich an Gleichgesinnte weitergaben (vgl. Kochheim 1998 a, S. 5).

#### Waren Eltern und Lehrer über die Verteilung der Hefte informiert?

#### Waren von dieser Seite irgendwelche Reaktionen für Sie erkennbar?

Die Eltern und Lehrer waren über die Verteilung der Hefte nicht informiert. Als Begründung dafür führten die Befragten aus, dass sie niemanden einweihen wollten, von dem die Reaktion nicht vorhersehbar war.

*Es war bekannt, dass viele wegen solcher Dinge verhaftet wurden und so erzählte man es niemandem, dem man nicht hundertprozentig vertrauen konnte. (Nühs 1998, a, S. 2)*

Ein weiterer Grund war, dass sie niemanden gefährden wollten, denn dass die Verteilung der Hefte verboten war, war ihnen klar (vgl. Kochheim 1998 a, S. 5).

**War zu bemerken, dass sich die Situation langsam zuspitzte? Wann ist Ihnen diese Verschärfung der Situation bewusst geworden?**

Nachdem die Befragten zunächst durchgängig antworteten, dass sie von einer Zuspitzung der Situation nichts bemerkt hätten, korrigierte Dr. Kochheim seine Antwort nach kurzer Überlegung. Er sagte aus, dass ihm im Juni oder Juli 1949 von der sowjetischen Kommandantur mitgeteilt wurde, dass seine Tätigkeit als Kreisjugendreferent zu beenden sei und es wurde ihm auch verboten, für den 3. Deutschen Volkskongress, dessen Mitglied er war, öffentlich aufzutreten.

Da er nach eigener Aussage häufig Reden hielt, die den bei solchen Veranstaltungen immer präsenten sowjetischen Offizieren der Kommandantur nicht gefielen, wurde er oft auf die Kommandantur bestellt, wo man ihm sagte, dass er solche Reden zu unterlassen habe. Als ihm dann nicht nur die Tätigkeit als Kreisjugendreferent untersagt wurde, sondern auch das Auftreten für den Volkskongress, ging er davon aus, dass das mit seinen öffentlichen Auftritten und Reden zusammenhängen würde. *Insoweit war es doch ein gewisses Warnzeichen, aber ich habe es nicht als solches gedeutet. (Kochheim 1998 a, S. 6)*

**Warum hat niemand von der Genthiner Gruppe erfahren, dass die Merseburger Gruppe bereits im Juni verhaftet worden war?**

Die Befragten sagten aus, dass sie über die Verhaftung der Merseburger Gruppe nicht informiert waren, weil zwischen den beiden Gruppen keine enge Verbindung bestand. Die gemeinsame Bezeichnung der Genthiner und der Merseburger Gruppe als „Gruppe Kochheim“ ist, wie vorher schon erklärt, falsch. Durch die nur sehr lockere Verbindung der beiden Gruppen erfuhren die Genthiner nichts von der Verhaftung der Merseburger. *Lediglich die Untersuchungsorgane wollten möglichst mehrere Gruppen zu einer großen zusammenfassen, um ihr Prestige zu heben, weil sie eine solch große Widerstandsgruppe verhaften konnten. Sie haben also solche Gruppen erst geschaffen. Und bei den Verhören ging es immer darum, von anderen zu erfahren (...). Sie wollten immer andere Leute mit reinziehen, um große Gruppen zu haben. (Nühs 1998 a, S. 2)*

**Hätten Sie versucht zu fliehen?**

Diese Frage wurde von ihnen bejaht. Sie sagten allerdings, bezugnehmend auf die vorherige Frage auch aus, dass sie die damalige Zuspitzung der Situation und damit die Notwendigkeit einer Flucht nicht erkannten. Herr Niemeyer sagte z. B.: *Hätte ich gewusst, wie sich die Situation entwickelte, wäre ich mit Sicherheit geflohen. (Niemeyer 1998 a, S. 4)*

Herr Nühs äußerte: *Man hat sich nicht so sehr gefährdet gefühlt. Meine Eltern haben mich am Abend vor meiner Verhaftung noch gewarnt, mein Freund Kochheim sei verhaftet worden, ich solle nach Westberlin fliehen. Ich hätte leicht fliehen können. Am nächsten Tag wurde ich dann verhaftet. (Nühs 1998 a, S. 3)*

**Warum sind Sie dann nicht geflohen, als Hansjochen Kochheim verhaftet wurde?**

Die Jugendlichen sahen trotz der Verhaftung Kochheims keinen Grund zu fliehen. Auf unsere Frage hin antwortete man, dass sie sich keines Vergehens bzw. keiner Schuld bewusst waren. Kochheim hatte ja immer eine andere Stellung gehabt als Kreisjugendreferent und Mitglied des 3. Deutschen Volkskongresses. Die anderen Befragten sahen für sich nicht die Gefahr einer Verhaftung.

*Wir haben uns zwar Gedanken darüber gemacht, was man uns nachweisen könnte, aber wir haben nicht geglaubt, dass man uns etwas nachweisen könnte. Wir fühlten uns relativ sicher und fühlten uns auch keines Vergehens schuldig. (Damasch 1998, S. 3)*

*Man hat überlegt, was können sie dir nachweisen, weil du mit Kochheim zusammen warst. Aber ich kam zu der Meinung, sie können dir gar nichts, und das hat mich zum Bleiben bewogen. (Würdig 1998 a, S. 3)*

**Ist Ihnen bekannt, ob Sie von Ihren Mitschülern oder Lehrern denunziert wurden oder von anderen Personen?**

Die Befragten sagten aus, dass sie nie richtig aufklären konnten, ob eine Denunziation vorlag (vgl. Nühs 1998 a, S. 3), dass man aber auch davon ausgehen könne, dass sie selbst in ihrer Jugend und in ihrer Unerfahrenheit gegenüber den Verhörtechniken der russischen Offiziere teilweise Namen von anderen Schülern genannt haben.

*wenn man verhaftet wurde, (...) kamen immer noch andere dazu, weil die es nur darauf anlegten, einen mit falschen Aussagen hereinzulegen. „Ja, Ihr Freund Nühs, wir wissen doch, wie lange Sie mit dem befreundet sind, der*



*hat schon gesagt, dass ...“ und schon war man völlig verunsichert und hat, weil man eben mit dieser Gerissenheit nicht vertraut war, einen Namen bestätigt, vielleicht nur durch ein Kopfnicken und dann wurde der verhaftet. (Kochheim 1998 a, S. 6)*

#### 4. „Gruppe Kochheim“ - Opfer des Kalten Krieges?

**Aus den Unterlagen haben wir erfahren, dass Geisler Sie zu den Lebensverhältnissen in der SBZ befragt hat. Erinnern Sie sich an konkrete Fragen? Sind Sie bei dieser Befragung nicht misstrauisch geworden?**

Da wir auf Grund der Quellenarbeit zu dem Eindruck gelangt waren, dass Geisler die Jugendlichen ganz gezielt zu den Lebensverhältnissen in der SBZ befragte und sie im Prinzip als Informanten benutzte, wollten wir von den Befragten einige konkrete Fragen Geislers wissen. Ein Teil der Befragten konnte sich nach der langen Zeit nicht mehr daran erinnern, was für Fragen Geisler ihnen gestellt hatte. Die anderen, so auch Dr. Kochheim sagten aus: *Also, da hat man alles erzählt, was wir zu essen kriegen, was wir für Lebensmittelmarken haben und so etwas. Wir wurden auch über unsere Kenntnisse über sowjetische Truppen ausgefragt. Damals sind wir nicht misstrauisch geworden. Das fanden wir eigentlich natürlich, dass einer, der in Westberlin arbeitet und politisch aktiv ist und uns in unserer Arbeit unterstützen will, sich auch dafür interessiert, was mit den sowjetischen Truppen ist. (Kochheim 1998 a, S. 6)*

*Die freie Meinungsäußerung war uns zugesagt, doch die Realität war eine ganz andere. Wenn sich die sowjetische Besatzungsmacht an ihre Versprechen gehalten hätte, dann wären wir gar nicht so aktiv geworden. (...) Wir sind natürlich alle mit einer gewissen Naivität herangegangen. (...) wir waren Spione. Wir kamen zwischen die Mühlensteine. (Niemeyer 1998 a, S. 5)*

#### Wie sehen Sie die Rolle Geislers?

**Je tiefer wir in die Materie eintauchen, desto stärker wird der Gedanke, dass die Gruppe Opfer dieser Zeit, Opfer des Kalten Krieges geworden ist. Einerseits duldet das terroristische stalinistische Regime keine Opposition und verfolgt alle anderen Meinungen. Andererseits werden die Jugendlichen von Gegnern des Sowjetsystems als Informationsquelle ausgenutzt. Letztlich geraten sie daher zwischen die Fronten des Kalten Krieges. Wie sehen Sie diesen Gedanken?**

Durch die ausführliche Bearbeitung der verschiedenen Archivmaterialien und viele Diskussionen innerhalb der Projektgruppe waren wir zu diesem Ar-

beitsergebnis gekommen und waren natürlich sehr gespannt, wie unsere Interviewpartner diesen Gedanken aufnehmen würden. Nach kurzer Überlegung bestätigten die Befragten unser Ergebnis. *Ja, das ist richtig. Die sowjetische Besatzungsmacht wäre nicht mit der Härte gegen alles, was sich da regte vorgegangen, wenn nicht diese Rivalität mit dem Westen aufgetreten wäre, der Kalte Krieg nämlich. Dann hätte man nicht dermaßen rigoros Verhaftungen vorgenommen.*

*Ja, wir sind zwischen die Fronten des Kalten Krieges geraten, sicher wurden wir ausgenutzt. (Kochheim 1998 a, S. 7)*

#### 5. Rückerinnerung und Ausklang

**Konnten Sie während der ganzen Jahre Kontakt zueinander halten? Wie war das möglich bzw. wie haben Sie es geschafft, den Kontakt nach Verbüßung der Haftstrafen wieder herzustellen?**

Die Befragten sagten aus, dass sie während der Untersuchungshaft in Halle keinen Kontakt zueinander hatten, da sie einerseits in meist weit voneinander entfernten Zellen untergebracht waren und andererseits die Klopfzeichensprache, mit der sie sich anfangs zu verständigen suchten, bei den Russen bekannt war.

Nach dem Urteil sah die Situation anders aus. Bis auf Kochheim, der in Russland inhaftiert wurde, kam die gesamte Gruppe nach Bautzen, wo sie Verbindung halten konnte, weil die Volkspolizei nicht wusste, dass die Jugendlichen zu einer Gruppe gehörten und somit nicht darauf achtete, sie zu trennen. Sie konnten also zu Beginn ihrer Haft Kontakt zueinander halten.

Niemeyer wurde später als Strafe für einen vereitelten Fluchtversuch nach Torgau verlegt und noch etwas später verlegte man Dammasch nach Brandenburg, wo dieser Informationen über die anderen Gruppenmitglieder lediglich durch Briefe und Besuche seiner Mutter erhielt. Dammasch konnte erst nach seiner Entlassung wieder mit den anderen in Verbindung treten, indem er sich in Genthin meldete.

Nach der Haftentlassung nahmen die Befragten sofort wieder Kontakt zueinander auf. Niemeyer, Nühs und Würdig trafen sich im Flüchtlingslager in Westberlin wieder, Kochheim nahm Verbindung zu den anderen über Nühs auf, Dammasch über seine Mutter.

**Welche Erinnerungen haben Sie an die Zeit der Ihrer Haft und wie gehen Sie heute mit diesen Erinnerungen um?**

Da unsere Interviewpartner auf diese Problematik an anderer Stelle bereits eingegangen sind, wurde die Frage im Gesprächsverlauf nicht noch einmal gestellt.

Die Erinnerungen an die Haftzeit spielten bei den Befragten jedoch eine große Rolle. Das wurde daran sichtbar, dass sie an verschiedenen Stellen des Gespräches die Verhältnisse in den Haftanstalten schilderten oder Erlebnisse dieser Zeit erzählten.

### **Empfinden Sie Groll?**

Auf diese Frage antworteten die Befragten, dass sie im Prinzip keinen Groll empfinden, weil es niemanden gibt, also keine konkrete Person, der gegenüber sie solche Gefühle haben könnten.

*Nein, es gibt keinen, gegen den wir Groll haben könnten. Wir sind ja von niemandem verraten worden, es gibt keinen Spitzel. Wir sind direkt von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet worden. (...) Ich wüsste nicht, wem ich einen Vorwurf machen sollte.* (Kochheim 1998 a, S. 8)

Sie sagten weiterhin, dass, wenn sie schon Groll empfinden würden, dieser sich höchstens gegen das System richten würde, das derartig hohe Haftstrafen über sie verhängt hatte.

*Ich empfinde persönlich keinen Groll. (...) Groll kann man eigentlich nur haben über die Systeme.* (Niemeyer 1998 a, S. 6)

*Groll empfinde ich höchstens gegen die DDR-Verwaltung, da sie uns ohne Grund festgehalten hat. Das war schon irgendwie unverständlich, aber letztlich war sie auch nur ausführendes Organ der Sowjetunion.* (Nühs 1998 a, S. 4)

**Wir haben den Artikel über Ihre „Erinnerungsfahrt“ nach Sibirien in der Volkszeitung gelesen.**

**Warum sind Sie dorthin zurückgekehrt? Hat es schlimme Erinnerungen in Ihnen wachgerufen?**

Diese Frage richtete sich ausschließlich an Dr. Kochheim, der diese „Erinnerungsfahrt“ ja erlebt hatte. Wir konnten uns einfach nicht vorstellen, dass jemand freiwillig an einen Ort zurückkehrte, an dem man ihn für so lange Zeit inhaftiert hatte. Seine Antwort sprach jedoch für sich.

*Russland ist für mich ein ganz besonderes Land. (...) In den Jahren, die ich dort verbracht habe, habe ich unter Russen gelebt, in einem Lager für russische politische Häftlinge und ich habe dort Freunde gewonnen. (...) Ich wollte*

*einmal als freier Mensch dorthin zurückkehren, wo ich nur unter Bewachung gelebt habe. Ich wollte einmal den Baikalsee sehen (...) und wollte meine Erlebnisse in Russland mit einem Besuch als freier Mensch abschließen.*

*Wer erzählt schon gern traurige Dinge.*

*Ich habe dort viele freundliche Menschen getroffen, diese Reise war für mich sehr abenteuerlich und ganz toll!* (Kochheim 1998 a, S. 8)

**Es war für Sie sicherlich sehr wichtig, eine Rehabilitation zu bewirken.**

**Was ist in Ihnen vorgegangen, als Sie rehabilitiert wurden? Hat sich durch die Rehabilitation für Sie etwas verändert?**

Die Befragten sagten aus: *Wir bekamen zwei Rehabilitationen, eine von Sachsen-Anhalt und eine von Moskau.* (Nühs 1998 a, S. 4)

Dass wir bei der Vorbereitung auf das Interview die Wichtigkeit der Rehabilitation für die Befragten eindeutig überschätzt hatten, wurde deutlich, als sie auf unsere Frage, was in ihnen vorgegangen war, als sie rehabilitiert wurden, antworteten: *Wir haben herzlich gelacht.* (Damasch 1998, S. 4)

Da sich Dr. Kochheim um die Rehabilitationsurkunden gekümmert hatte, sagten die Befragten außerdem: *Mit der Besorgung der Urkunden hat Hansjochen Kochheim dann endlich, nachdem er in der Verhaftung als Gruppenführer abgestempelt wurde, sich die Rolle des Gruppenführers herausgenommen.* (Niemeyer 1998 a, S. 6)

Nachdem wir das Interview und dessen Aufbereitung abgeschlossen hatten, stellten wir fest, dass unsere Anfangsvermutung richtig gewesen war. Es war der schwerste, aber auch ergiebigste Teil unserer Projektarbeit. Dazu kam, dass sich unser

persönliches Verhältnis zu Hansjochen Kochheim und seinen Freunden verändert hatte. Am Anfang unserer Arbeit waren es nur anonyme Oberschüler, die Widerstand geleistet hatten. Dann war es die „Gruppe Kochheim“, später waren es Koch-



heim, Niemeyer, Würdig, Dammasch, Nühs, Freitag und Meusel. Und nun waren es ganz einfach „unsere alten Herren“.

Das Interview, vor dem wir solche Angst gehabt hatten, gestaltete sich in seinem Verlauf sehr entspannt und teilweise waren wir so gebannt von den Geschichten, die wir hörten, dass wir das Mitschreiben vergaßen. Es war bei diesem Interview so ein intensiver Kontakt entstanden, dass die Gespräche auch nach Beendigung nicht abrissen. Und als die Herren uns anschließend noch zum Essen einluden, gab es noch eine aufgeschlossene Gesprächsrunde.



Das durch das Interview entstandene Vertrauensverhältnis zeigte sich auch darin, dass uns unsere Gesprächspartner in den nächsten Wochen sehr viele persönliche Dokumente aus ihren Privatarchive zuschickten.

Wir hatten nicht nur eine für uns neue wissenschaftliche Arbeitsmethode erlernt, sondern wir merkten auch, dass wir ein Stückchen sozialer und kommunikativer Kompetenz gewonnen hatten.



Parallel zu der sehr intensiven Interviewvorbereitung führten wir auch unsere anderen Recherchen weiter.

So hatte uns das Bundesarchiv auf Grund der eingereichten Vollmachten Auszüge aus der Ge-

fangenenkartei zugeschickt. Auch das Landesarchiv Magdeburg hatte sich gemeldet und Einsichtnahme in den Aktenstand des Volksbildungsministeriums angeboten, in dem zwei Bände mit Vorgängen in der Oberschule Genthin vorhanden waren. Wie



bereits erwähnt, durften wir auch hier nicht selbst im Archiv recherchieren, sondern mussten wieder unseren Tutor bitten das für uns zu übernehmen.

Aus den Unterlagen sind die Vorgänge um die Resolution der Schülervertretung vom Juni 1948 zu entnehmen und die drastischen Reaktionen des Staates darauf. Was wir durch die Aufarbeitung dieser Vorgänge erfuhren, war für uns so aussagekräftig, dass wir diesen Geschehnissen ein gesondertes Kapitel unserer Arbeit widmeten.

Unsere letzte große Recherche führten wir in der Gauck-Behörde/ Zweigstelle Magdeburg durch. Als sehr wohltuend empfanden wir es, dass uns, anders als in den bisherigen Archiven, der Zutritt hier nicht verwehrt wurde und wir nicht wieder unseren Tutor zum Recherchieren vorschicken mussten. In dieser Behörde erhielten wir Einblick in Unterlagen, die uns emotional stark bewegten. So lasen wir in den Gefangenenakten von kleinlichen Schikanen und Demütigungen während der Haft. Mit den



Quellen aus der Gauck-Behörde konnten wir nun unsere Recherchen abschließen und uns der Formulierung der Arbeitsergebnisse zuwenden.

Wir machten uns die Arbeitsschritte, die wir bis zum jetzigen Zeitpunkt bewältigt hatten und die die noch vor uns lagen, bewusst.

Wir hatten die Materialsuche und -sichtung, die Materialaufnahme und die Materialverarbeitung zu diesem Zeitpunkt bewältigt.

Die nächsten Schritte waren jetzt die Erarbeitung des Rohmanuskripts und die Formulierung der Endfassung.

Auch bei diesen Tätigkeiten waren die einzelnen Projektmitglieder für verschiedene Aufgaben zuständig. Zunächst legten wir einen Grundsatz fest. Wir wollten bei der Formulierung der Arbeitsergebnisse die Ereignisse nicht chronologisch schildern. Wir meinten, dass wir durch das Verlassen des Prinzip der Chronologie Schwerpunkte besser setzen sowie Probleme und Entwicklungslinien deutlicher herausarbeiten könnten.

Diese Schwerpunkte besprachen wir jetzt und erarbeiteten uns eine Gliederung für die zu schreibende Arbeit.

Auch eine rein technische Frage wurde beraten. Quellen, die wir in einer Kopie in die Arbeit aufnehmen wollten, sollten nicht in den Anhang, sondern in den unmittelbaren Textteil eingebunden werden, um die inhaltliche Verbindung besser herstellen zu können.

Ein anderes Problem für uns waren die Formen wissenschaftlichen Arbeitens. Wir hatten im Unterricht zwar gelernt, wie man Quellen auswertet und interpretiert, jedoch die Kenntnisse zum Zitieren von Quellen im Text genügten den Ansprüchen einer solchen Projektarbeit nicht. Aus diesem Grund

liehen wir uns in der Bibliothek Literatur zum wissenschaftlichen Arbeiten aus. Dabei stellten wir fest, dass es sehr viele verschiedene Varianten des Zitierens von Quellen gibt. Deshalb einigten wir uns auf die unserer Ansicht nach praktikable angel-



sächsische Zitierweise (das sogenannte Harvard-System), die die Sozialwissenschaftler Gries und Kliesch empfohlen.

Nun erarbeiteten wir das Rohmanuskript und anschließend formulierten wir die Endfassung. Dabei stellten wir fest, dass durch die lange Dauer unseres Projektes

manche Fakten vergessen worden waren und nur durch unser Projektagebuch wieder nachvollzogen werden konnten.



Jetzt, ein Jahr nach Beginn unserer gemeinsamen Arbeit, stellten wir uns die Frage, was uns dieses Projekt gebracht hat.

Zunächst ist es sicher die intensive Auseinandersetzung mit einem Stück spezifisch ostdeutscher Geschichte. Wir hatten erkannt, dass Protest und Widerstand in einem totalitären System oft mit schwerwiegenden persönlichen Konsequenzen verbunden sind und trotzdem nicht unbedingt zu einem Erfolg führen müssen. Um so bewundernswerter ist das Engagement dieser jungen Leute.

Wir hatten erfahren, dass sich schon in den ersten Jahren nach dem Krieg im Osten Deutschlands Bürger gegen Stalinismus und Willkür zur Wehr setzten.

Viele Dinge hatten wir gelernt. So war die Auseinandersetzung mit für uns neuen Methoden wissenschaftlichen Arbeitens, z. B. der qualitativen Forschung zwar sehr schwer, wird aber sicher für unser späteres Studium recht nützlich sein.

Eine wichtige neue Erfahrung war für uns während des Projektes auch die Teamarbeit. Gruppenarbeit, auch über einen längeren Zeitraum, ist zwar für uns ein normaler Bestandteil des Unterrichts, aber eine solche Arbeit in einem Team, die über einen so langen Zeitraum geht, mit einer so weit gesteckten Aufgabe, eine Arbeit wo es auch zwischendurch Rückschläge gibt, das war etwas ganz Neues.

Als wichtiges Ergebnis dieses Jahres gemeinsamer Arbeit haben wir unsere soziale und kommunikative Kompetenz erweitert. Die Fähigkeit, auch zu Menschen einer so weit entfernten Generation und mit einer völlig anderen Erlebnis- und Erfahrungswelt ein so enges Verhältnis aufzubauen, sehen wir für uns als wichtigen persönlichen Gewinn.

Die Projektarbeit war nun abgeschlossen. Wir waren zu einem Ergebnis gekommen, auf das wir als Gruppe stolz sind.

Wir hatten während des gesamten Projektes alles in der Gruppe abgesprochen und diskutiert. Doch nun wollten wir für uns ganz persönlich noch einmal wissen, was dieses Jahr für jeden Einzelnen von uns bedeutet hat. Aus diesem Grund schrieb jeder von uns seine Gedanken nieder.

Als Abschluss unseres Arbeitsberichtes möchten wir schlaglichtartig einige davon wiedergeben:

- Das Projekt hörte sich ziemlich aufregend an und da ich schon immer eine Ader fürs Recherchieren hatte, interessierte es mich sehr zu erfahren, was sich damals genau abgespielt hatte. Außerdem wollte ich sehr gern wissen, was diese jungen Leute dazu bewegt hatte, Widerstand gegen ein solch autoritäres System zu leisten, was ihnen den Mut gegeben hatte und welche konkreten Gründe sie gehabt hatten. Mir war schon klar, dass das alles ziemlich viel Arbeit und Zeit kosten würde, aber das Interesse an dieser Aufgabe war größer und so entschied ich mich dafür an diesem Projekt mitzuarbeiten. (Marleen)
- Als unser Lehrer von der Idee dieses Projektes sprach und fragte, ob jemand Lust hätte mitzumachen, war ich sofort Feuer und Flamme. Hätte ich gewusst, was dabei auf mich zukommt, wäre mein Eifer anfänglich sicher nicht so groß gewesen. (Steffi)
- Mich hat besonders gereizt, dass die betroffenen Jugendlichen aus unserem Kreis bzw. sogar aus unserem Ort kamen. Damit ist die Geschichte für mich wirklicher, nicht so weit hergeholt. (Juliane)
- Der Umstand, dass bis zu diesem Zeitpunkt eigentlich noch gar nichts über diese fünf jungen Männer bekannt war und niemand vor uns sich mit ihnen beschäftigt hatte, reizte mich besonders, da wir nun die Möglichkeit hatten zu zeigen, dass sich Jugendliche auch heute mit anderen Dingen beschäftigen und sich nicht nur für die allsonnabendlichen Discobesuche interessieren. (Antje)

- Den größten Reiz an der ganzen Sache machte natürlich die Tatsache aus, dass sich die Jugendlichen damals in unserem Alter befanden und wir somit ganz gut verstehen konnten, dass ihnen so einiges missfiel, was der Staat tat, denn welcher Jugendliche fühlt sich nicht des öfteren missverstanden von der Regierung beziehungsweise allen Erwachsenen. (Steffi)
- Andererseits hat mich interessiert wie man an eine solche Sache überhaupt herangeht, wie man so etwas recherchiert, überprüft, wissenschaftlich aufarbeitet. Gut gefallen hat mir, dass sich im Laufe der Zeit aus diesen vielen Informationen eine klare, deutliche Geschichte herausgebildet hat. (Juliane)
- Ich muss sagen, dass ich noch nie zuvor so intensiv mit den anderen Mädchen meiner Klasse versuchte einem Ziel nahezukommen, denn eigentlich geht es innerhalb unserer Freundschaft nur sehr selten um gemeinsame Ziele, und schon gar nicht, wenn es uns eigentlich gar nicht selbst betrifft. Doch dieses Projekt, machte aus uns fünf, einschließlich unseres Lehrers, eine verschworene Gemeinschaft, die ich auch nie wieder missen möchte. (Steffi)
- Wir haben uns zusammen durch unzählige Akten gewälzt, versucht Zusammenhänge herzustellen zwischen irgendwelchen Informationsbrocken, die wir immer wieder aufschnappten, und wir waren gemeinsam des öfteren am Ende unserer Nerven, weil einiges mal wieder aussichtslos erschien und keinen Sinn ergab, doch immer wieder haben wir uns gegenseitig motiviert und durch Berge von Papier gewühlt. Das alles war ein sehr schönes Erlebnis, welches mir immer wieder gezeigt hat, wie weit man es bringen kann, wenn man zusammenarbeitet. (Steffi)
- Schon bald erschlugen uns die Informationen. Es war total spannend, weil wir ständig etwas Neues herausbekamen. Neue Namen tauchten auf, neue Zusammenhänge wurden sichtbar, neue Fakten in Erfahrung gebracht und andere wieder verworfen. Das war ziemlich aufregend. (Marleen)
- Als wir uns dann die Akten im Archiv ansehen konnten, hatte ich schon das Gefühl ein bedeutendes Stück Geschichte in den Händen zu halten. (Silvana)
- Durch die Vorbereitung auf das Interview hatte man zwar teilweise das Gefühl, dass einem die Arbeit über den Kopf wächst, doch da die Geschichte immer interessanter wurde und das Ziel auch immer näher rückte, hat man sich einfach gesagt: „Das schaffst du jetzt auch noch“ und schon war der Arbeitswille wieder etwas größer. (Silvana)



- Das Interview rückte näher und näher und unsere Aufregung wurde immer größer. Ich hatte bloß Angst, dass mir die Worte im Halse stecken blieben oder ich meinen Einsatz verpasste. Oder was wäre, wenn einer der Herren bei einer anderen Frage meine schon mitbeantwortet hätte, sollte ich sie dann trotzdem noch stellen? (Marleen)
- Es ist schon sehr spannend zu erfahren wie es ist, wenn eine Gruppe alter und vor allem erfahrener Menschen auf eine Gruppe eher unerfahrener junger Leute trifft, denn die Angst sich ungeschickt anzustellen war schon ziemlich groß. Doch als wir unmittelbar vor dem Gespräch standen, hatte meine Angst und Nervosität einen Höhepunkt erreicht. Plötzlich den Männern gegenüberzustehen, die man nur aus Berichten, Akten und von Telefonaten kannte, war ein sehr aufregendes Gefühl. (Steffi)
- Teilweise waren wir so gebannt von den Geschichten, die sie uns erzählten, dass wir das Mitschreiben vergaßen. Es war wirklich ein einmaliges Erlebnis ihnen zuzuhören. Insbesondere bei Herrn Niemeyer vergaß ich die Gegenwart und fühlte mich sehr stark in die damalige Zeit hineinversetzt, es war wirklich sehr faszinierend. (Steffi)
- Unsere Arbeit war nun fast beendet. Das hieß, mit dem Sammeln von Informationen waren wir fertig, aber jetzt musste alles niedergeschrieben und dokumentiert werden und das bedeutete richtig viel Stress. Das kostete mich einen Großteil meiner Weihnachtsferien und ich war teilweise wirklich kurz davor alles in die Ecke zu schmeißen und aufzugeben. Doch dann sagte ich mir: Wir haben es so weit gebracht und so viel Arbeit hineingesteckt, da wirst du das jetzt auch noch schaffen. Und außerdem stellte ich mir vor, wie es dann wäre, durch die fertigen Dokumente zu blättern und zu sagen: Das haben wir geschafft und ich habe einen Teil dazu beigetragen. (Marleen)
- Allerdings konnte mich der Arbeitsaufwand nicht zum Aufgeben bewegen, da ich mir die fertige Broschüre bereits vorstellen konnte. Außerdem war mein Ehrgeiz zu groß, um die Arbeit unvollendet abzubrechen, denn ich wollte auch beweisen, dass wir es schaffen können. Ich bin auch stolz darauf, dass wir nicht aufgegeben haben, als sich das Projekt dann als arbeitsintensiver herausstellte, als wir geglaubt hatten. Ich werde mich sicherlich noch weiter mit der Thematik auseinandersetzen. (Antje)
- Wir haben aus einer anfänglich ganz kurzen Geschichte, die uns mündlich berichtet wurde, mit viel Arbeit ein kleines Buch schreiben können, in dem wir nicht nur die Situation schildern, sondern auch eine Erklärung für diese harte Strafe fanden. Ich denke, darauf kann man schon ein wenig stolz sein. (Juliane)

- Ich habe gelernt, mit anderen über einen längeren Zeitraum zusammenzuarbeiten. So kann ich sagen, dass ich von den hier gemachten Erfahrungen sicherlich noch während meiner weiteren Ausbildung profitieren werde. (Antje)
- Jetzt, wo unsere Arbeit beendet ist, bin ich sehr froh mich damals dafür entschieden zu haben. Nicht zuletzt durch unser Projekt ist mir unsere Vergangenheit viel deutlicher geworden, denn in der Schule lernt man zwar viel über die „große Geschichte“, aber über das Leben der ganz normalen Menschen erfährt man wenig. (Steffi)
- Meine Geschichtskenntnisse haben sich durch das Projekt auch erweitert, da man Dinge erfahren hat, die nicht in den Geschichtsbüchern stehen. Durch das Projekt ist der Geschichtsunterricht erst lebendig geworden. (Antje)
- Das Sammeln von Informationen und die Arbeit mit der Projektgruppe war sehr interessant. Auch der Spaß hat bei der Arbeit in der Gruppe nie gefehlt. (Silvana)
- Eine Belastung war vielleicht der große Arbeitsaufwand, den dieses Projekt nunmal mit sich brachte z. B. die Vor- und Nachbereitung des Interviews. Aber an Aufgaben habe ich eigentlich nie gedacht. Wir hatten immer genügend Zeit und Spaß hat es ja auch gemacht. (Juliane)
- Letztendlich aber würde ich sagen, dass ich nicht nur mehr über die Vergangenheit erfahren, sondern auch für die Zukunft gelernt habe. Besonders durch die gemeinsame Arbeit in der Gruppe habe ich viel gewonnen. Gleichzeitig mit der Arbeit am Projekt hatte ich viele Vorstellungsgespräche. Bei jedem wurde ich darauf hingewiesen, dass Teamarbeit besonders wichtig ist und ich wurde gefragt, was für Erfahrungen ich mit Gruppenarbeit hätte. Durch das Projekt hatte ich in dieser Hinsicht etwas vorzuweisen und bin, was Gruppenarbeit und Teambereitschaft betrifft, auf zukünftige Anforderungen gut vorbereitet. (Silvana)
- Als dann alles fertig war und ich mir anschaute, was wir zusammen geschafft hatten, war das schon ein ziemlicher Triumph. (Marleen)
- Alles in allem hat mir die Arbeit viel Spaß gemacht. Ich habe neue Dinge dazugelernt, auch auf geschichtlichem Gebiet, die ich vorher nicht wusste, und ich habe neue Leute kennengelernt sowie eine neue Art mit diesen zu kommunizieren. Ich weiß jetzt, wie man ein Interview führt und vor allem, wie man es vorbereitet, und ich habe erfahren, wie man Arbeitsergebnisse dokumentiert. Außerdem habe ich durch dieses Projekt gelernt in einer Gruppe zu arbeiten und Teamwork zu leisten. (Marleen)

- Ich habe durch dieses Projekt gelernt, dass man für Dinge, an die man glaubt, auch einsteht, auch wenn es nicht immer leicht ist seinen Standpunkt zu verteidigen. (Antje)
- Am Anfang unserer Projektarbeit waren die Herren für mich erst einmal nur die „Gruppe Kochheim“. Später waren es dann Niemeyer, Würdig, Kochheim, Dammasch, Nühs, Freitag und Meusel, da kannte ich die Namen von den Mitgliedern dieser Gruppe und ihr Schicksal. Aber von dem Zeitpunkt an, als ich sie dann persönlich kennengelernt hatte, konnte ich mir ein noch viel besseres Bild von ihnen machen. Es war jetzt nicht mehr nur die „Gruppe Kochheim“ oder Nühs, Niemeyer usw., sondern es waren „unsere alten Herren“. (Juliane)



# Verfassung für die Schülerschaft der Oberschule Genthin

## A. Grundlagen für die Schülervertretung.

- Artikel 1:**  
Die Schülervertretung (SV) setzt sich aus je drei Vertretern der Klassen 12 und 11, je zwei Vertretern der Klassen 10 und je einem Vertreter der Klassen 9 zusammen.
- Artikel 2:**  
Die Arbeit der Schülervertretung hat den Interessen der Schülerschaft zu dienen.
- Artikel 3:**  
Die Schülerschaft soll ihren Willen verwirklichen:  
a) durch die Wahl einer Schülervertretung  
b) durch Kontrolle der Arbeit der Schülervertretung  
c) durch Forderung eines Schülerentscheides bei besonderen Anlässen
- Artikel 4:**  
Die Schülervertretung muß sich des Vertrauens der Schüler und der Lehrerschaft jederzeit würdig erweisen.
- Artikel 5:**  
Die Schülervertretung erstrebt die Verständigung mit dem Lehrkörper und hat als Verbindungsmann einen Vertrauenslehrer.
- Artikel 6:**  
Die Mitarbeit in der Schülervertretung darf keinerlei Benachteiligung durch den Lehrkörper mit sich bringen.
- Artikel 7:**  
Die Schülervertretung setzt es sich zur Aufgabe, die Schülerschaft zu demokratischem Denken und Handeln anzuregen.

## B. Grundrechte und Grundpflichten der Schüler.

- Artikel 8:**  
Schüler und Schülerinnen sind in jeder Beziehung gleichberechtigt.
- Artikel 9:**  
Jeder Schüler kann verlangen, daß die SV seine Rechte achten gegenüber wahrnimmt.
- Artikel 10:**  
Jeder hat das Recht, seine Meinung sachlich vorzutragen, muß aber dabei das Ansehen der Schule berücksichtigen. Niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.
- Artikel 11:**  
Alle von der SV gefassten Beschlüsse müssen von den Schülern befolgt werden.
- Artikel 12:**  
Die Wünsche der Schülerschaft und des Elternbeirats in reinen Schulaangelegenheiten sind zu berücksichtigen, müssen sich aber mit den Interessen der Schülerschaft decken.
- Artikel 13:**  
Die Schüler nehmen an der Verantwortung für die Schule teil.
- Artikel 14:**  
Ein Schülerentscheid kann erfolgen, wenn ein Fünftel aller Schüler oder eine Klasse geschlossen dies beantragen.
- Artikel 15:**  
Die Schülerschaft kontrolliert die Arbeit der SV, indem sie  
a) an den öffentlichen Sitzungen der SV teilnehmen kann  
b) Unregelmäßigkeiten und unsaubere Elemente dem Vorstand zur Untersuchung meldet.  
c) durch einen Misstrauensantrag der SV das Vertrauen entzieht.

Dokument 24: Verfassung der Schülervertretung der Oberschule Genthin  
(Schularchiv des Bismarck-Gymnasiums Genthin)

Die Schülervertretung.Artikel 16:

Die SV ist das höchste Organ der Schülerschaft und vertritt ihre Belange in reinen Schülerangelegenheiten.

Artikel 17:

Die SV besteht aus den von der Schülerschaft gewählten Vertretern und zwei Vertretern der FDJ-Schulgruppe.

Artikel 18:

Die Schülervertreter werden in den Klassen durch geheime Wahl bei einfacher Stimmenmehrheit auf die Dauer von einem Schuljahr gewählt.

Artikel 19:

Näheres bestimmt ein Wahlgesetz.

Artikel 20:

Die SV tritt einmal monatlich zur ordentlichen Sitzung zusammen oder, wenn ein Drittel der Mitglieder der SV es verlangen.

Artikel 21:

Die SV gibt sich beim 1. Zusammentritt eine Geschäftsordnung.

Artikel 22:

Die Sitzungen der SV sind öffentlich oder, wenn es die Mehrheit der SV verlangt, geheim.

Bei geheimen Sitzungen der SV müssen die Mitglieder das Sitzungsgeheimnis gegen jedermann wahren.

Artikel 23:

Die SV hat das Recht und auf Antrag von ein Drittel der Schülerschaft die Pflicht Unterausschüsse einzusetzen.

Artikel 24:

Bei groben Vergehen kann die SV einem Schüler das Recht auf Mitarbeit absprechen und ihn dem Lehrerkollegium zur Bestrafung melden.

Artikel 25:

Wird der SV durch zwei Drittel Mehrheit der Schülerschaft das Vertrauen entzogen, muß sie zurücktreten.

Neuwahlen sind bis spätestens 3 Tage nach dem Rücktritt vorzunehmen.

Artikel 26:

Die Beschlussfassung obliegt ausschließlich der SV.

D. Der Vorstand.Artikel 27:

Die SV wählt sich beim 1. Zusammentritt einen Vorstand, der aus drei Mitgliedern besteht. Einem 1. Vorsitzenden und zwei gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Wahl des Vorstandes erfolgt nach Artikel 18.

Artikel 28:

Wahlbar in den Vorstand sind alle Schüler, die das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Artikel 29:

Ein Vorstandsmitglied kann nach Artikel 26 durch die SV abberufen werden.

Artikel 30:

Vorstandsmitglieder sind berechtigt, jederzeit außerordentliche Sitzungen einzuberufen.

Artikel 31:

Der Vorstand kann geheime Sitzungen ohne die SV durchführen.

Artikel 32:

Der Vorstand vertritt die Schülerschaft auf Konferenzen des Lehrerkollegiums und des Elternbeirates in reinen Schülerangelegenheiten.

Artikel 33:

Der Vorstand unterzeichnet die von der SV gefassten Beschlüsse.

Artikel 34:

Beim Rücktritt der SV bleibt der Vorstand solange im Amt, bis Neuwahlen durchgeführt sind.

Artikel 35:

Dem Vorstand bleibt die Entscheidung vorbehalten, ob ein Schüler mit seinem Worten bei Sitzungen und Versammlungen in der Schule dem Ansehen der Schule schadet. Wenn dies der Fall ist, kann ihn das Amt entzogen werden.

E. Stellung des Vertrauenslehrers.Artikel 36:

Der Vertrauenslehrer wird durch die gesamte Schülerschaft gewählt. Die Wahl erfolgt nach Artikel 18.

Artikel 37:

Er kann an den Sitzungen des Vorstandes und der SV mit beratender Stimme teilnehmen. Er muß bei Vorstands- und geheimen SV-Sitzungen das Sitzungsgeheimnis wahren.

Artikel 38:

Er unterrichtet den Vorstand der SV, wenn dessen Teilnahme an Sitzungen oder Konferenzen notwendig ist.

Artikel 39:

Seine Abberufung kann nach Artikel 29 erfolgen.

F. Allgemeines.Artikel 40:

Wird einem Schüler vom Lehrerkollegium das Vertrauen entzogen, so ist der Vorstand der SV weitestmöglich zu unterrichten, welche Gründe zum Vertrauensentzug führten.

Der Schüler ist nicht mehr wahlbar in die SV.

Artikel 41:

Die Klassensprecher haben das Recht, bei Sitzungen der SV Anträge ihrer Klasse vorzutragen.

Artikel 42:

Änderungen und Erweiterungen der Verfassung können von der SV vorgenommen werden. Wenn 2/3 der Schüler es verlangen, müssen sie durchgeführt werden.

Artikel 43:

Die Verfassung tritt in Kraft mit dem Tage ihrer Annahme durch die SV und das Lehrerkollegium.

Genthin, den 26.11.1947.-

Der Vorstand für die SV:

gez. Kochheim  
gez. Claus Hanecke  
gez. W. Böcker

Der Vertrauenslehrer:

gez. König

CIC	Counter Intelligence Corps – militärischer Nachrichtendienst der USA
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
MWD	Ministerstwo Wnutrennych Del – Ministerium für Innere Angelegenheiten
NKWD	Narodnyj Komissariat Wnutrennych Del – Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten – sowjetische politische Polizei
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SMA	Sowjetische Militäradministration
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik

- Finn, Gerhard: Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945-1958, Pfaffenhofen/Ilm: 1959
- Flick, Uwe: Qualitative Forschung: Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH 1998
- Friedrichs, Jürgen: Methoden empirischer Sozialforschung, Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH 1980
- Gräf, Dieter: Im Namen der SED, Deutschland-Report Nr. 10 der Konrad-Adenauer-Stiftung, Melle: Knoth-Verlag 1990
- Gries, Jürgen; Kliesch, Klaus: Praktische Hinweise für wissenschaftliches Arbeiten in Studium und Praxis der Sozialen Arbeit, Berlin: Katholische Fachhochschule, Eigendruck, 3/1994
- Kleißmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 193, Bonn: 1986
- Lehmann, Hans-Georg: Deutschland-Chronik 1945-1995, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 332, Bonn 1995
- Schulze, Hagen: Kleine deutsche Geschichte, München: Beck-Verlag 1996
- Strafgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) vom 26. November 1926 in der am 01. Januar 1952 gültigen Fassung in: Oleschinski, Brigitte: Feindliche Elemente sind in Gewahrsam zu halten, Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an politische Gewalttaten, Band 3, Köln: Kiepenheuer-Verlag 1997
- Weber, Hermann: DDR, Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hannover: Fackelträger-Verlag 1991

**Aufsätze und andere Materialien:**

- Behrend, Konrad: Die Schuljahre 1947-1951, Aufsatz in: Festschrift: 75 Jahre Bismarck-Gymnasium 1922-1997, Genthin 1997, S. 55
- Caspari, Wolfgang: Erinnerungen eines Schülers, unveröffentlichter Aufsatz, 1998
- Dammasch, Fritz: Interviewprotokoll vom 19.09.1998, Brettin 1998

Fehse, Erika: Bomben, Gift und Reifentöter - Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit: Geschichten aus dem Kalten Krieg, Filmdokumentation des WDR (Westdeutscher Rundfunk) 1996

Fehse, Erika: Spione sind wir nicht gewesen - Das Ostbüro der SPD, Filmdokumentation des WDR (Westdeutscher Rundfunk) 1997

Flemming, Jens; Jeß, Thorsten: Arno Esch-Freiheit gegen Stalinismus, Filmdokumentation des NDR (Norddeutscher Rundfunk) 1995

Förderverein des Bismarck-Gymnasiums (Hrsg.): 75 Jahre Bismarck-Gymnasium 1922-1997, Festschrift, Genthin 1997

Geisler, Herbert (Hrsg.): Wegweiser-Politisches Echo unserer Generation, Jahrgang II, Heft 7/8, Berlin: Wegweiser-Verlag 1948

Koch, Hans-Christoph: Klassenfeinde-Ostagenten-Gegner wider Willen: Geschichten aus dem Kalten Krieg, Filmdokumentation des WDR (Westdeutscher Rundfunk) 1996

Kochheim, Hansjochen: 1945-1949- Ein ehemaliger Schüler berichtet, Aufsatz 1997

Kochheim, Hansjochen: Interviewprotokoll vom 19.09.1998, Brettin 1998 a

Kochheim, Hansjochen: Gesprächsprotokoll vom 03.07.1998, Genthin 1998 b

Kroll, Benno: Benutzt im Namen der Freiheit, Aufsatz in: Stern, Nr.11/1997, S. 66

Lang, Ingo: Eingetaucht in sibirische Vergangenheit, Aufsatz in: Kölner Stadt-Anzeiger, Nr. 175, 31.07.1998

Lange, Dieter: Reise in Vergangenheit war kein Nostalgietrip, Aufsatz in: Oberbergische Volkszeitung, Nr. 145, 26.06.1998

Meincke, Ilse: Fragen eines jungen Mädchens, Aufsatz in: Wegweiser-Politisches Echo unserer Generation, Jahrgang II, Heft 7/8, Berlin: Wegweiser-Verlag 1948, S. 25

Mohr, Helga: Erinnerungen an meinen Vater, unveröffentlichter Aufsatz aus dem Jahr 1998

Niemeyer, Wolfgang: Interviewprotokoll vom 19.09.1998, Brettin 1998 a

Niemeyer, Wolfgang: Gesprächsprotokoll eines Telefonates vom 22.12.1998, Dretzel 1998 b

Nühs, Gerhard: Interviewprotokoll vom 19.09.1998, Brettin 1998 a

Nühs, Gerhard: Erinnerungen, unveröffentlichter Aufsatz 1998 b

Stiebens, Anneluise: Gesprächsprotokoll vom 27.07.1998, Genthin 1998

Strube, Gisela; Hänecke, Klaus (Hrsg.): Sprachrohr - Wandschrift der Oberschule Genthin: Sonderausgabe zum Abschlußfest am 23. Juli 1948, Genthin 1948

Wüldig, Joachim: Interviewprotokoll vom 19.09.1998, Brettin 1998 a

Wüldig, Joachim: Erinnerungen, unveröffentlichter Aufsatz, 1998 b

### Archivalien:

Abiturakten 1948, Schularchiv des Bismarck-Gymnasiums Genthin

Archiv des deutschen Liberalismus Gummersbach, Quellen aus: 2508/Ostbüro, Rechtsschutzstelle, Haftfälle

BArch, B 209, Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (Bestand des Gesamtdeutschen Instituts)

BArch, DO 1, Mdl, SMT-Kartei (Quellen aus dem Bestand des Ministeriums des Inneren der ehemaligen DDR)

BArch, DY 30 / IV 2 / 9.05 / 77 (Quellen aus dem Bundesarchiv Berlin, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Abteilung Volksbildung beim ZK der SED)

BStU, ZA MfS, AS 6/54 42; 1/59 1; 3/59; 7/59 1/1; 14/59; 15/59 1 (Quellen aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Gauck-Behörde, Zentralarchiv des MfS, Allgemeine Sachakte)

BStU, ZA MfS, G-SKS 10 32 56/1; 70 10 88/1; 10 05 86/1 (Quellen aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Gauck-Behörde, Zentralarchiv des MfS, Gefangenen-Sonderkarteisachakte)



## LITERATURVERZEICHNIS

---

BStU, ZA MfS, JAK (Quellen aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Gauck-Behörde, Zentralarchiv des MfS, Justizaktenkartei)

BStU, ZA MfS, JAK-SK 4 (Quellen aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Gauck-Behörde, Zentralarchiv des MfS, Justizaktenkartei-Sonderkartei)

BStU, ZA MfS, SMT 43/91 (Quellen aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Gauck-Behörde, Zentralarchiv des MfS, sowjetisches Militärtribunal)

LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 5320 (Quellen aus dem Landesarchiv -Landeshauptarchiv - Magdeburg, Ministerium für Volksbildung)

LA Magd. -LHA-, Rep. K 10 MVb Nr. 7310 (Quellen aus dem Landesarchiv -Landeshauptarchiv - Magdeburg, Ministerium für Volksbildung)

LA Magd. -LHA-, Rep. P 15 SED-Kreisleitung Genthin IV 4/3/78 (Quellen aus dem Landesarchiv-Landeshauptarchiv-Magdeburg, SED-Kreisleitung Genthin)

Privatarchiv Fritz Dammasch

Privatarchiv Fritz Freitag

Privatarchiv Hansjochen Kochheim

Privatarchiv Horst Meusel

Privatarchiv Wolfgang Niemeyer

Privatarchiv Gerhard Nühs

Privatarchiv Achim Würdig

Protokolle der Konferenzen des Lehrerkollegiums (Konferenzberichte) vom 10.08.1939 - 02.05.1952, Schularchiv des Bismarck-Gymnasiums Genthin

Schulchronik der Bismarck-Schule, Schularchiv des Bismarck-Gymnasiums Genthin

Schülerverzeichnis – Hauptbuch der Bismarck-Schule von 1922 bis 1953, Schularchiv des Bismarck-Gymnasiums Genthin

---

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Außenstelle Magdeburg der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

## Impressum

Widerstand junger Liberaler an der Oberschule Genthin 1947-1949

Beitrag zum Schülerwettbewerb „Deutsche Geschichte“ um den Preis des Bundespräsidenten zum Thema: „Aufbegehren, Handeln, Verändern. Protest in der Geschichte“, ausgerichtet von der Körber-Stiftung Hamburg, vorgelegt von den Schülerinnen der 12. Klasse des Bismarck-Gymnasiums Genthin

Antje Kreutzmann

Steffi Kalz

Silvana Sattelkau

Marleen Schulze

Juliane Specht

Tutor: Falk H. Schmidt,  
eingereicht am 26.02.1999

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 11)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt  
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, Dezember 1999

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg - Arbeitsverwaltung